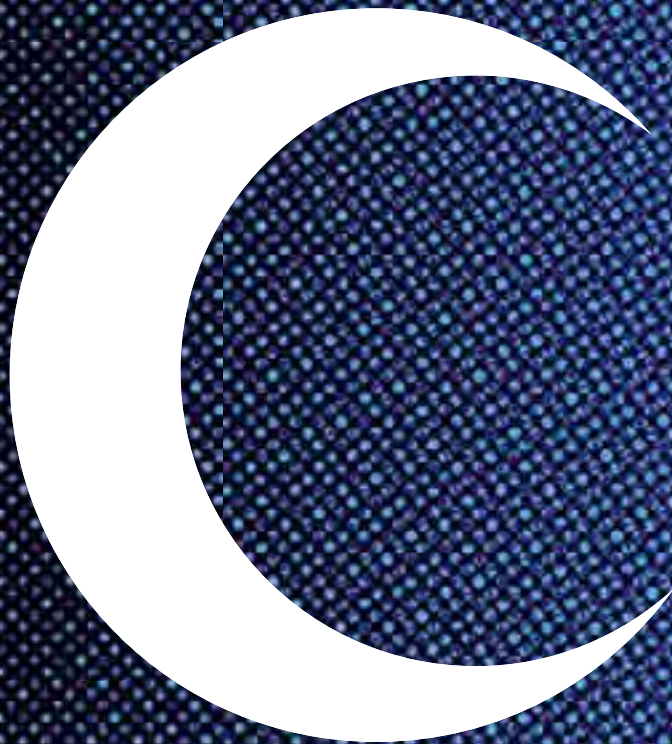


ACADEMIA ³⁸

Das Wissenschaftsmagazin der Europäischen Akademie Bozen
La rivista scientifica dell'Accademia Europea di Bolzano
La zaita scientifica dla Academia Europea de Bulsan



EU & ISLAM

- Kruzifix, Kopftuch und Koran
- Tra credenti e fedeli, i principi dello stato laico

Ue & Turchia

I lunghi preparativi per un matrimonio insolito e difficile

EU & Religion

If there is an EU approach to religion it is religious freedom

EU & Transport

Von der Straße auf die Schiene: Europas Verkehrspolitik in den Alpen

Editorial / Editoriale



Selten hat eine ACADEMIA Nummer so viel Diskussionsstoff geboten: Gibt es einen demokratischen Islam? Warum fürchten wir uns so vor dem EU-Beitritt der Türkei? Wie regelt die EU Religionsfragen, wenn überhaupt? Dürfen muslimische Frauen in Europa nun ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit tragen oder müssen sie es ablegen? Und wie steht es um den Kruzifix-Streit in italienischen Schulen? Die Antworten auf diese Fragen sind genauso vielfältig wie die Kulturen der EU. Die Religion fällt in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Deshalb gehen die 25 EU Länder auch ganz unterschiedlich mit dem Thema Religion um.

Lang und breit wurde auch die graphische Umsetzung dieser heißen Themen diskutiert: Wie kann der Islam möglichst wertfrei dargestellt werden, ohne die gängigen Fotos von verschleierten Frauen und bärtigen, koranschwingenden Fanatikern? Unserem Graphiker Marco Polenta ist es gelungen komplexe Inhalte in einer abstrahierenden, bisweilen spritzigen (Pop)-Art darzustellen. Denn eines wollen wir mit dieser Ausgabe auf keinen Fall: Vorurteile schüren und allzu ausgetretene Pfade beschreiten.

Sigrid Hechensteiner, Chefredakteurin



Chi vorrebbe cambiare le cose. Chi, le cose, gli sta bene rimangan come sono. Chi invece, nell'incertezza, preferisce stare a guardare. Nella dinamica che segna l'evolversi degli equilibri internazionali in campo politico ed economico, si invoca oggi sempre più spesso – a torto o a ragion veduta, con o senza cognizione di causa – la religione.

Cercando di seguire sentieri meno battuti, prospettive più ampie, questo numero di ACADEMIA si occupa del ruolo svolto dalle questioni religiose nel dibattito sociale attualmente in corso in Europa. Un'Europa che oscilla tra aspirazioni laiche, attaccamento alle radici giudaico-cristiane, timori nei confronti dell'Islam. Un Islam reso ancor più presente dalle trattative con la Turchia, ma dipinto spesso solo come realtà monolitica e integralista, antitesi irriducibile della democrazia. Una democrazia che, come dimostra la difficile realtà dell'India, è chiamata a compiere nuovi e rinnovati sforzi per garantire l'equilibrio sociale all'interno di mosaici culturali e religiosi sempre più complessi. Perché le cose – che si sia favorevoli, contrari o indifferenti – cambiano.

Stefania Coluccia, vice-caporedattrice

Inhalt / Indice



Verliebt, verlobt, verheiratet
Die Annäherungen zwischen EU und Türkei gleichen einer politischen Achterbahn. Seite 4



EU and religion
Whoever believes in God must also believe that not even the creators of the constitution can escape into a God-free zone. Page 11



Mit Vollgas durch die Alpen
Jährlich donnern Millionen LKWs über die Alpenstraßen. Die Ausweichmöglichkeit Schiene wird noch unzureichend genutzt. Seite 42

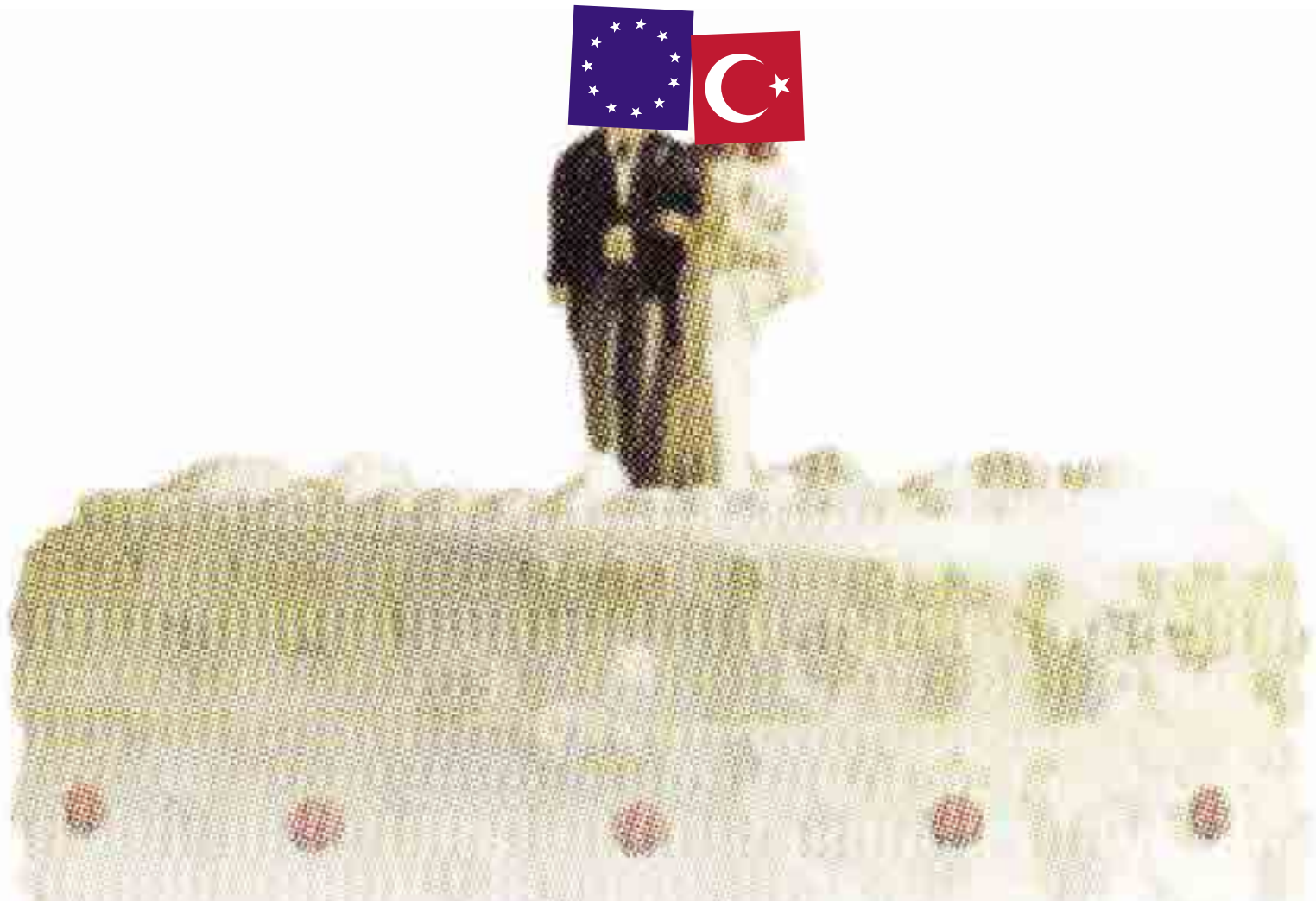


Voci Stimmten
La mostra dell'EURAC racconta la storia delle persone che hanno vissuto l'ex-GIL. Con la loro viva voce. Pagina 58

Verliebt verlobt verheiratet	5
Die Verliebtheit zwischen EU und Türkei von 1963 präsentiert sich ungeschickt, die Verlobung 1999 problematisch. Eine Hochzeit wird es so bald nicht geben.	
Cose turche	8
Intervista a Francesco Palermo e Leonhard Voltmer sull'ingresso della Turchia nell'Ue e il pericolo di ridurre tutto a una questione religiosa.	
Is there an EU approach towards religion?	11
Interview with Gabriel N. Toggenburg: EU has no singular position on the topic of religion, but some delicate religious dimension.	
Wenn Gott das Urteil sprechen soll	14
Im Islam verschwimmen Religion und Recht. Was passiert, wenn ein Muslim in Europa vor Gericht tritt? Welches Recht gilt es dann anzuwenden?	
Wer Wucher frisst, ist des Satans	18
Interview mit Prof. Posch. Der Koran verbietet Zinsgeschäft. Für Muslime bieten Geldinstitute Umweggeschäfte an.	
Burka-tragen: 41,32 Euro	20
In Europa leben rund 20 Millionen Muslime. Tendenz steigend. Wie der Westen mit der fremden Kultur klarkommt und die fremde Kultur mit dem Westen.	
Dialoghi possibili	22
Paola Vismara, responsabile del Centro pastorale per gli immigrati di Bolzano, crede nel dialogo come via verso l'integrazione tra culture diverse.	
Religione a scuola: una realtà in divenire	24
Sullo sfondo di un'Italia sempre più multiculturale si riaccende il dibattito sull'insegnamento della religione cattolica nella scuola italiana.	
Mit dem Kruzifix gegen Andersdenkende?	26
Seit Herbst 2003 ist auch Italien Schauplatz des erbitterten Kruzifix-Streits: Dürfen sie die Wände öffentlicher Schulen nun schmücken oder nicht?	
Die religiöse Rechte in den USA	28
In den USA wirken sich religiöse Einstellungen der Bürger auf das politische Wahlverhalten aus wie in keiner anderen Demokratie der Welt.	
Living as a Minority in a Muslim World	30
Pakistan is a Muslim State where religious minorities suffer from oppressive legislation that fosters social discrimination.	
Guilty of Faith	34
In Pakistan, blasphemy laws are used to persecute the Ahmadi minority, condemning them to death or prison if they declare themselves Muslims.	
Un equilibrio difficile	36
L'India, stato democratico e laico in cui convivono comunità religiose diverse, cerca di tenere rigorosamente separate religione e politica.	
"Nicht alles rechnet sich in Geld"	39
Guido Perathoner, Moralthologe, im Interview zum Thema Ethik im Tourismus	
Bioetica per una società pluralista	40
Cresce il bisogno di confrontarsi sui risvolti etici della ricerca scientifica, in un dialogo allargato e informato tra ricercatori, politici e soprattutto cittadini.	
Mit Vollgas durch die Alpen	42
Jährlich donnern Millionen LKWs über die Alpenstraßen. Die Ausweichmöglichkeit Schiene wird bislang unzureichend genutzt. Das soll sich ändern.	
... metti l'olio agli stantuffi	44
Pronta nel 2015 la galleria di base del Brennero: davvero un'alternativa valida al trasporto merci su strada?	
"Ohne Russland hätten wir den Konflikt schon gelöst"	47
Der georgische Konfliktminister zu Besuch an der EURAC, um über friedliche Lösungsansätze in Minderheitenfragen zu diskutieren.	
Lebensqualität = 42	48
Lebensqualität lässt sich anhand von Indikatoren messen. Die Ergebnisse sollte man aber mit Vorsicht genießen, wie eine Studie der EURAC zeigt.	
Südtirols Verwaltung in Top-Form	50
Vergangenen Mai sind auf der Fachmesse für Verwaltungsreformen in Rom gleich drei Südtiroler Projekte ausgezeichnet worden.	
Pianificazione strategica	52
Il Comune di Bolzano è stato premiato con l'Award di eccellenza per il Piano di Sviluppo Strategico della Città di Bolzano - Idee 2015.	
Ja nicht am Markt vorbeiforschen	54
Seit Juni gibt es an der EURAC ein Institut für Erneuerbare Energie. Ein Interview mit den beiden Institutsleitern Alexandra Troi und Wolfram Sparber.	
La parola ai muri	58
La mostra <i>Voci Stimmten</i> restituisce la torre dell'EURAC alla vita e presenta un collage di voci di chi vi ha vissuto.	
Die Nähe zum Volk suchen	60
Die EURAC Initiative „Wissen schaf(f)t Kunst“ schlägt eine Brücke zwischen zwei Disziplinen und findet zu einer neuen Kommunikation mit der Öffentlichkeit.	
Lingue di andata. E ritorno.	62
Carmine Abate, scrittore, poeta e saggista, racconta la storia degli Arbëresh, cittadini italiani di origine albanese.	
Nachrichten / Notizie	64

Verliebt, Verlobt, Verheiratet

Die Türkei, Europas unheimliche Braut.



Ende 2004 wurden der Türkei offiziell Beitrittsverhandlungen mit der EU in Aussicht gestellt. Doch der Reformeifer der Türken wirkt erlahmt. Premier Erdogan zeigt sich in befremdlichen Presseklagen als dünnhäutige Mimose, die normaler, demokratischer Kritik nicht gewachsen ist. Vergangenen März kam es gar zu Prügeleien und Verhaftungen von friedlichen Demonstranten. Presselandschaft wie auch politische Klasse Europas zeigten sich berechtigterweise entsetzt. Mancherorts wird allerdings mit Häme über ungeahnte Möglichkeiten eines generellen „Abschusses“ der türkischen Beitrittsperspektive frohlockt. Das Verhältnis zwischen EU und Türkei ist zwiespältig. Dies nicht zuletzt weil der Prozess der Annäherung einer politischen Achterbahnfahrt gleicht und keiner konsequenten und nachhaltigen Strategie folgt.

Die Doppelbödigkeit der Türkei Debatte ist bereits in ihrer Entwicklung grundgelegt. Sie lässt sich am sprichwörtlichen Dreiersprung „verliebt - verlobt – verheiratet“ mit ironischem Ernst nachzeichnen. Das Sprichwort dient dazu, allzu vorschnelle Jungesellen vor einem möglichen „Heiratsautomatismus“ zu warnen. Obgleich es kaum jemanden ernsthaft vom Heiraten abhält, hat es doch seine innere Logik. Auf jeder dieser drei Beziehungstufen sollten unterschiedliche Fragen zur Debatte stehen. Doch gerade im Falle der Türkei scheint es, als habe die EU die Volksweisheit nicht Ernst genommen und leide nun an den Folgen ihres Leichtsinns.

Das Sich-Verlieben bildet unter Umständen den Anfang eines in den Zustand der Ehe mündenden Prozesses, hat aber für sich genommen keinerlei Zielrichtung. Als die EWG 1963 mit der Türkei ein Assoziationsabkommen abschloss, war das der Beginn einer politisch wichtigen Wirtschaftspartnerschaft, die beiden Vertragsparteien eine viel versprechende Plattform bot. So weit so gut. Es erstaunt allerdings, dass bereits dieses erste Abkommen erklärter Weise dazu diente, „später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft zu erleichtern“. Im Stadium der Verliebtheit wurde hier also schon von Verlobung gesprochen. In den nächsten Jahrzehnten hat die Türkei diese Heiratsperspektive niemals vergessen und brachte dies mit einem ausdrücklichen Beitrittsgesuch zur EWG 1987 unmissverständlich zum Ausdruck. Gleichzeitig wuchs auf Seiten der EWG zum einen der Druck, dieser „Verliebtheit plus“ eine ausdrückliche Verlobung folgen zu lassen und, zum anderen, die Unmöglichkeit, sich aus dieser (politischen) Bindung ohne größeren Gesichtsverlust zu lösen. Da bot auch die Wandlung von der EWG in die EU im Jahre 1993 kaum Handhabe. Die Europäische Union konnte sich nicht hinter ihren neuen Kleidern verstecken. Schließlich verfügt die EU über keine eigene Rechtspersönlichkeit, baut institutionell auf die Europäische Gemeinschaft auf und ist auch

politisch klar als Produkt der EWG und damit als die Turteltaube der frühen Jahre zu identifizieren. So ungeschickt sich die Verliebtheit des Jahres 1963 präsentiert, so problematisch war dann auch die Verlobung zwischen der EU und der Türkei im Jahre 1999.

Im Unterschied zu Verliebten sind Verlobte zwei Personen, die sich in einer Art Vorvertrag das Versprechen geben, einander zu heiraten. Was sich am Punkt der Verlobung vor allem ändert, ist die Argumentationslage für den Fall des Austritts aus dem scheinbaren Automatismus „verliebt - verlobt – verheiratet“. Während es etwa durchaus Sinn macht, wenn sich ein Verliebter von seiner fremdsprachigen Verliebten mit dem Einwand trennt, er wolle seine Kinder nicht multikulturell aufziehen, so wäre der gleiche Einwand zwischen zwei bereits Verlobten höchst irrational. Bei zwei Verlobten kann man nämlich davon ausgehen, dass sie vor dem Moment der Verlobung prüfen, ob *im Prinzip (!)* ein grober Einwand gegen eine spätere Eheschließung besteht. Ähnlich ist es bei der EU. Erklärt sie einen Staat zum Beitrittskandidaten, so bringt sie spätestens damit zum Ausdruck, dass es sich um einen „Europäischen Staat“ im Sinne des Artikel 49 EUV handelt, gegen dessen Mitgliedschaft keine gänzlich *prinzipiellen* Einwände vorliegen.

Als der Europäische Rat in Helsinki im Dezember 1999 aber erklärte, dass die Türkei „auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitragswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll“, war man sich offenbar der Wesentlichkeit dieses Moments nicht bewusst. Weder hat es Versuche gegeben, im Vorfeld den Entscheidungsprozess von der elitären auf eine breitere Basis zu stellen, noch wurde die EUropafähigkeit der Türkei und die Türkeifähigkeit EUropas prinzipiell, umfassend und offen in Frage gestellt.

Im Herbst 2004, also fünf Jahre nach dem Gipfel von Helsinki (und damit zu spät), befasste man die EU-Öffentlichkeiten mit einer grundlegenden poli-

Die Verliebtheit zwischen der EU und der Türkei von 1963 präsentiert sich ungeschickt, die Verlobung 1999 problematisch.

Nach der Verlobung kann nicht mehr diskutiert werden, ob ein zu 99% muslimisches Land die „Europäische Identität“ sprengt.



tischen Frage, über die politisch schon entschieden worden war. Denn für die Entscheidung, ob und wann mit den Vertragsverhandlungen zu beginnen sei, konnte im Dezember 2004 nicht mehr ausschlaggebend sein, ob ein zu 99% muslimisches Land nicht das Sprengen würde, was man gemeinhin als „Europäische Identität“ bezeichnet. Was nämlich für die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen relevant ist, bleibt allein die Frage, ob der EU-Beitrittskandidat die Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993 in ausreichendem Maße erfüllt. Und diese Frage hat der Europäische Rat, und damit alle Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten nun, kurz vor Jahresende bejaht.

Die Europäische Politik hat somit vor der warnenden Volksweisheit „verliebt – verlobt – verheiratet“ versagt. Doch vielleicht kann die Polit-Szene an einer anderen Volksweisheit Genesung finden, nämlich „Ende gut, alles gut“? Schließlich hat man sich offiziell geeinigt, am 3. Oktober 2005 mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und bis mindestens 2014 die Umstände der Vollmitgliedschaft der Türkei zu verhandeln. Man darf aber bezweifeln, dass sich die politische Klasse in der Tiefe ihres Herzens auf ein harmonisches „Ende gut, alles gut“ verständigt hat. Das Umfeld der Türkei-Entscheidung Ende letzten Jahres legt vielmehr nahe, dass die Europäische Spitzenpolitik schon lange „Angst vor der eigenen Schneid“ bekommen hat.

Nach übereilter Verlobung geht die EU nur widerwillig zu den Verhandlungen des Ehevertrags mit der türkischen Braut über.

Anzeichen dafür gibt es viele. So forderte etwa Österreich (auf Druck der FPÖ), die Verhandlungen als „ergebnisoffen“ zu führen und die CSU/CDU rief nach Verhandlungen über eine „Privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei. Derartige „Konzepte“ sind nichts als Leerformeln. Beitrittsverhandlungen sind wie alle Verhandlungen *per definitionem* ergebnisoffen. Gleichzeitig können sie - ebenso *per definitionem* - nicht zieloffen sein, sondern betreffen die Vollmitgliedschaft in der EU.

Die Türkei ist kein niemand. Sie ist Alleinerbin der ehemaligen osmanischen Supermacht.

Folgerichtigerweise blieb von alledem im Schlusstext des Gipfeltreffens nur über, dass bei Scheitern der Verhandlungen „sichergestellt werden“ muss, dass die Türkei „durch eine möglichst starke Bindung vollständig in den europäischen Strukturen verankert wird.“ Wie wenig Spielraum aber für eine Alternative zwischen Erfolg und Scheitern der Verhandlungen existiert, ergibt sich schon aus der Tatsache, dass die Türkei mit der EU bereits seit 1995 eine Zollunion unterhält. Doppelbödiges Taktieren tut sich auch im Umfeld Zyperns auf. Da die bestehende Zollunion mit der Türkei auch auf dieses neue EU-Mitglied ausgedehnt werden muss, ist die Türkei gezwungen, Zypern als Staat anzuerkennen. Dies ist der Türkei klar. Es musste aber einen bitteren Beigeschmack hinterlassen, dass die Europäischen Staats- und Regierungschefs versucht haben, beim Gipfel in Brüssel von der Türkei eine entsprechende *ad hoc* Unterschrift herauszupressen. Schließlich hat sich die Türkei in den letzten beiden Jahren um eine (am Votum Südyperns einstweilig gescheiterte) Lösung des Zypern-Problems verdient gemacht. Es ist nur verständlich, dass sie ihre letzte Karte nicht in einer einzigen Brüssler Nacht über Bord werfen wollte. Dies ist auch im Sinne einer europäischen Lösung der Zypern-Frage. Eine solche hat auf der Grundlage des UN-Plans und anständiger Verhandlungen zu erfolgen. Hellhörig machen schließlich auch die Schlussfolgerungen des Gipfels, wenn sie von „Ausnahme-

regelungen, spezifischen Vereinbarungen oder dauerhaften Schutzklauseln“ sprechen. Es wird hier darauf zu achten sein, dass sich in den zukünftigen Beitrittsvertrag nicht primärrechtswidrige Verletzungen des Gleichheitsgebotes zu Lasten der Türkei hineinverirren.

All dies hinterlässt den für alle Beteiligten unglücklichen Eindruck, dass die Europäischen Staats- und Regierungschefs sich nur widerwillig in die Verhandlung des Ehevertrags mit einer Braut begeben, die ihnen trotz (oder wegen) über-eilter Verlobung im Grunde unheimlich geblieben ist. Was bleibt zu raten? An die Adresse der EU ist zu richten, dass Verhandlungen im Völkerrecht frei von jeder böswilligen Mentalreservation des

Seit 1924 hat sich die Türkei ihre eigene und eigenwillige Identität zugelegt.

Scheiterns zu führen sind. An die Türkei gewandt mag man warnend vermerken, dass der Ausdruck „Beitrittsverhandlungen“ ein höflicher Hilfsausdruck ist. Bald wird sich für die politischen und wirtschaftlichen Eliten in Ankara herausstellen, dass hier nicht viel zur Debatte steht, sondern die Türkei „angewiesen“ wird wie, wann und wo ihr System Europa reif zu machen ist. Es wird interes-

sant zu beobachten sein, wie die Türkei mit diesem ersten „touch down“ auf dem postnationalen Boden der EU umgehen wird. Schließlich kann nicht ausgeblendet werden, dass die Türkei im Unterschied zu anderen neuen Mitgliedstaaten keine *Systemrevolution* hinter sich hat, sondern bestenfalls eine zarte *Systemevolution*. Zum anderen ist die Türkei keine junge, kleine und identitätsschwache Legatarin aus dem Nachlass eines Großreiches wie es die mittel- und ostdeutschen Beitrittsbräute waren. Sie ist vielmehr Alleinerbin der ehemaligen osmanischen Supermacht und hat sich bereits seit 1924 eine eigene und eigenwillige Identität zugelegt. Spannungen sind vorprogrammiert, deren Ausgang allerdings ungewiss ist. Tatsächlich wird sich erst in den nächsten 10 bis 15 Jahren zeigen, *wer* es ist, der unter dem Namen „Türkei“ der Europäischen Union beitreten wird. Und, zum anderen, wird erst dieses kommende Jahrzehnt zeigen, *wem* diese neue Türkei überhaupt beitreten wird. Denn wenn es gelingt, den Verfassungsprozess in Europa wiederzubeleben, so ist dieses Europa gar nicht mehr jenes Gebilde, zu dem die Türkei Beitritt beantragt hat, sondern dessen Rechtsnachfolgerin, also eine neue Union auf der Grundlage der neuen Europäischen Verfassung. Freilich war dieser Selbstfindungsprozess Europas selten so offen wie heute. Für 2015-2020 sind damit einige Verfassungsszenarien für Europa denkbar. Jenes einer alten EU, einer neuen EU oder gar mehrerer Parallel-Unionen. Die Hochzeitsaussichten der Türkei sind unklarer denn je. Ihr Status als Braut Europas hingegen bleibt unbeschädigt. Tatsache ist, dass wohl kaum je ein Brautpaar so wenig von der gemeinsamen, sowie von der Zukunft des jeweils anderen gewusst hat, wie die Türkei und Europa.



Gabriel von Toggenburg/EURAC
Institut für Minderheitenrecht
gabriel.toggenburg@eurac.edu



COSE TURCHE

La tendenza a voler ridurre tutto a una questione religiosa, a un'irrealistica contraddizione tra Islam e democrazia, rischia di far perdere di vista il vero nodo che si cela dietro l'ingresso della Turchia nell'Ue: la dittatura militare che ancora oggi controlla il paese. A colloquio con Francesco Palermo e Leonhard Voltmer per capire come la Turchia si prepara a entrare in Europa. E l'Europa ad accoglierla.

L'anno scorso dieci nuovi membri, ora la Turchia che si fa più vicina. Qualche scricchiolio nella "casa Europa"?

Palermo: Il passo determinante è stato senza dubbio l'allargamento a est: da 15 a 25 membri in un "sol colpo". Questo ampliamento, il più grande nella storia dell'Ue, è stato frutto di una lunga preparazione, ma non è stato possibile controllare tutto. All'inizio era previsto l'ingresso di soli sei paesi, poi il numero è salito a dieci... non è stato possibile predisporre tutte le riforme istituzionali necessarie. Il sistema mostrerà anche qualche segno di cedimento, ma è per i recenti ingressi di ieri non per quelli di domani.

Il 70% dei cittadini turchi si dichiara a favore dell'Ue, solo il 50% degli europei guarda invece con favore all'ingresso della Turchia.

Voltmer: Sono dati tutto sommato prevedibili, che raccontano delle grandi differenze sociali e politiche del continente europeo: più un paese è povero, più

guarda con favore all'Ue. Lo stesso sul piano politico: più le condizioni sono difficili, più grande è la voglia di cambiamento. Una conferma, per contrapposizione, viene dall'atteggiamento "freddino" nei confronti dell'Ue mostrato dalla Norvegia o dalla Svizzera, paesi in cui il tenore di vita è più alto, le istituzioni funzionano meglio...

Palermo: L'Ue mostra forse qualche segno di cedimento, ma la ragione va ricercata negli ingressi di ieri non in quelli di domani.

Il dialogo Europa-Turchia è iniziato con l'Accordo di Associazione del 1963. Un primo passo che - gli obiettivi erano già chiari allora - avrebbe dovuto portare gradualmente la Turchia all'interno dell'Europa. Di passi, la Turchia ne ha fatti negli ultimi decenni... come mai tempi così lunghi per il suo ingresso?

Palermo: Diciotto anni. Un tempo d'ingresso non molto più lungo di altri... dalla loro candidatura i nuovi membri hanno atteso quattordici anni per entrare nell'Ue. Certo, per la Turchia c'è una prova in più, un passaggio costituzionale obbligato: alcuni paesi membri, in particolare la Francia, prevedono infatti di sottoporre a referendum ogni modifica

dei trattati prima di procedere alla loro ratifica.

L'ingresso della Turchia dovrà dunque essere approvato all'unanimità e non a maggioranza dei membri?

Palermo: Questo dipende dal fatto che l'Ue è un soggetto costituzionale che



Voltmer: Più le condizioni politiche sono difficili, più la voglia di cambiamento è grande.

nasce però come organizzazione internazionale. Si potrebbe dire che ha sviluppato un software costituzionale su un hardware internazionale. Ora: per modifiche all'hardware vale la regola tipica del diritto internazionale, ossia l'unanimità. Un po' come in un condominio: ci sono regole diverse per la manutenzione straordinaria e per quella ordinaria. In quest'ultimo caso, le decisioni vengono prese a maggioranza. In casi straordinari – ad esempio: va sostituito il tetto? cambiato il colore della casa? – la decisione deve essere presa all'unanimità.

Ogni volta che si parla di "Turchia in Europa", il riferimento alla religione, all'Islam, sembra inevitabile. Eppure in Turchia religione e stato sono ormai separati.

Palermo: Una separazione oltretutto più netta che in alcuni stati membri dell'Ue... Non ci sono motivi per così dire "razionali", "oggettivi" dietro a questa tendenza a mescolare i due piani, ingresso della Turchia nell'Ue e religione. C'è solo molto delle nostre antiche paure nei confronti dell'Islam, paure legate a vicende storiche, all'immigrazione, alla recente ondata di terrorismo... Timori diffusi un po' in tutta Europa.

Voltmer: Prendiamo la Francia. Uno stato laico, che ignora espressamente le fedi dei

cittadini e che, per questo, lascia "scandalizzati" altri membri dell'Unione. Non appena si parla di Turchia, però, ecco che improvvisamente siamo tutti lì a dire no ai partiti religiosi, no all'influenza della religione sulla politica...

Palermo: La Turchia non è certo più islamica di quanto non sia cattolica l'Italia. Allora: o siamo pronti a riconoscere che l'Italia è un paese cattolico e allora, se davvero non c'è spazio in Europa per uno stato fortemente religioso, dovremmo escludere non soltanto la Turchia ma anche altri stati che fanno già parte della casa dei 25. Oppure riconosciamo che il fattore religioso non è discriminante – ed è quanto avviene per gli attuali membri – e quindi ammettiamo anche la Turchia. Ma la contraddizione non è solo politica, è anche culturale. C'è in questi discorsi un'implicita pretesa di superiorità storica di una religione sull'altra. D'accordo, le radici giudaico-cristiane prevalgono, ma non possiamo negare *tout court* le radici islamiche. La penisola iberica non è forse rimasta a lungo sotto l'influsso della cultura araba? La questione non può essere posta in termini culturali e



Francesco Palermo e Leonhard Voltmer

religiosi: l'Europa è un progetto politico-giuridico, non religioso né culturale.

Voltmer: Le parole di Orhan Pamuk, noto scrittore turco, mi sembrano particolarmente illuminate: il pericolo vero non è una Turchia islamica, ma un Islam senza democrazia. Per entrare in Europa, la Turchia sarà costretta ad accogliere e promuovere i valori fondamentali a cui l'Europa si è fermamente votata... e questo avrà effetti anche sulla religione islamica. E poi, guardi: l'Islam è una religione, la democrazia un regime politico. Dove starebbe la contraddizione? Forse che un musulmano non può essere democratico?

Quanto incide la religione islamica sul sistema giuridico turco?

Palermo: Anche in questo campo la

Voltmer: Questo gran parlare di religione rischia di far dimenticare uno dei veri, grandi nodi della questione turca: la dittatura militare.

Turchia ha fatto molto. Il 21 maggio 2004 ha approvato un pacchetto di riforme costituzionali fondamentali che garantisce una serie di principi democratici e laici: l'abolizione definitiva della pena di morte, la parità tra uomo e donna, la collaborazione con la Corte penale internazionale.

Voltmer: Uno dei grandi nodi della Turchia – troppo spesso offuscato dalla questione religiosa – è la sua recente storia di dittatura militare. Il sistema politico turco appare talvolta come una democrazia ostaggio del “favore” dei militari. La speranza è che le cose cambino, che il paese riesca a trasformarsi in una democrazia finalmente emancipata, in cui vivono cittadini di fede islamica. Questo sarebbe davvero un grande passo nella Storia!

Palermo: Il punto decisivo, determinante è se la Turchia intende o meno attenuare la sua sovranità di Stato. Quello che dovremmo realmente chiederci è: l'Ue può permettersi un'altra Gran Bretagna? Non credo. Abbiamo bisogno di una Turchia che sia disposta a integrarsi, a essere un po' meno “stato” di quanto non sia adesso. A rinunciare a parte della sua sovranità, come hanno fatto gli altri membri.

Palermo: La Turchia non è certo più islamica di quanto non sia cattolica l'Italia.

Come si diceva: il vero problema è il potere enorme che il sistema militare ancora esercita sullo Stato. Uno Stato che quindi è difficilmente disposto a cedere parte dei suoi poteri, che al contrario ha tutti gli interessi a conservare piena sovranità. Ecco il vero nodo dell'ingresso della Turchia in Europa.

E Lei, professor Palermo: favorevole o contrario all'ingresso della Turchia?

Palermo: Emozionalmente contrario e intellettualmente favorevole. Emozionalmente, come tutti gli europeisti, rimango affezionato alla “prima Europa”, l'Europa pre-Maastricht. Ma la porta è stata aperta e l'aria è decisamente cambiata. E questo

Voltmer: Il pericolo vero non è una Turchia islamica, ma un Islam senza democrazia.

chiama in causa l'aspetto più intellettuale: dobbiamo abituarci a un'Europa diversa, che coinvolge soggetti economici e politici che viaggiano a velocità diversa. Il progetto di federalismo è stato abbandonato e l'Ue si prepara a trasformarsi in un soggetto politico e giuridico nuovo. E speriamo laico.

Cosa potrebbe succedere se la Turchia non venisse ammessa in Europa? Quali potrebbero essere le conseguenze per l'Ue e per la Turchia?

Palermo: In entrambi i casi le conseguenze sarebbero molto probabilmente negative. La Turchia potrebbe vivere un

ritorno di fondamentalismo islamico... l'Europa avrebbe molto probabilmente un nemico in più, crescerebbe il rischio di destabilizzazione.

Voltmer: Ci sono tre milioni di cittadini di origine turca in Germania che sperano che la Turchia entri nell'Ue.

Se le trattative dovessero interrompersi sarebbe una grossa delusione per loro. E non solo: in tutta l'Europa l'integrazione degli immigrati islamici subirebbe un brusco arresto.

Spesso l'Ue ha giocato la carta del ricatto verso i paesi candidati...

Voltmer: Uno dei casi più recenti è la Croazia: sarebbe dovuta entrare assieme a Bulgaria e Romania, è stata invece “rimandata”, penalizzata dall'atteggiamento scarsamente collaborativo verso il tribunale dell'Aja per i crimini di guerra dell'ex-Jugoslavia. L'imposizione di condizioni ai paesi che si candidano a entrare nell'Ue è senza dubbio indice

di un potere politico e giuridico molto forte... e se l'Ue gioca bene le sue carte può fare in modo che la Turchia diventi più europea di molti altri paesi europei.

Ma la Turchia potrebbe anche rispondere con un bel “Arrivederci e grazie!”

Palermo: La forza dell'Unione europea sta anche in una certa dose di ipocrisia... Vede, di fatto, ognuno può interpretare liberamente la valenza del grande progetto europeo: la Turchia può leggerlo come spinta alla modernizzazione, allo sviluppo economico, alla maggiore integrazione dei suoi cittadini all'interno degli altri paesi europei; dal canto suo, l'Ue può leggerlo come possibilità di espandere la propria sfera di influenza a zone strategiche da un punto di vista geopolitico, di creare una Turchia “a propria immagine e somiglianza”. Al fondo, l'esistenza di questa zona d'indeterminatezza (sia per l'Ue sia per un paese candidato) è un bene.

Intervista di Sigrid Hechensteiner e Stefania Coluccia



Is there an EU approach towards religion?

Europe is considered to be a cultural area founded on three pillars: the Palatin, symbolizing Roman Law, the Olymp, symbolizing Greek culture, and Golgotha symbolizing Europe's Christian heritage. But at the same time, the EU has no singular position on the topic of religion, and there is nothing resembling a proper EU law or policy on the subject. Nonetheless, even the EU has some delicate religious dimension, as the following interview with Gabriel N. Toggenburg, expert on EU constitutional issues at the EURAC, shows.

ACADEMIA: The draft constitution of the European Union is currently – and will remain in the year to come – under intense scrutiny in the EU member states, all of which have to approve the document before it can enter into force. A good portion of its critique concerns the fact that the Constitution ignores Europe's religious side, since it contains no reference to Christianity and does not mention God. Is Europe's future constitution a "Godless" document?

Toggenburg: "Godlessness" is a metaphysical and not a legal term. Whoever believes in God must also believe that human beings – the creators of the constitution included – can never escape into a God-free zone. From a legal perspective, however, it is true that the constitution contains neither a reference to God, nor to Christianity. This is

because of the resistance of secular states such as France during the drafting of the constitution. But it is also the result of an unfortunate strategy employed by the states that pushed for such an inclusion. It would have been much easier to gain consensus on a passage pointing to Christianity's position within the constitutions of several member states. Such a solution would have avoided a "normative overstretch" at the European level, and at the same time, assured that this important notion is featured in the EU constitution.

But this didn't happen. So does the constitution ignore Europe's religious dimension?

No, it does not. Actually, the very beginning of the constitution states that its creators drew "*inspiration from the cul-*

tural, religious and humanist inheritance of Europe". However, it is true that the approach of EU law toward religion is generally rather negative. By "negative", I mean in the legal, technical sense. So the Union wants to leave protected leeway for religious decisions at a national level rather than prescribing a European approach to religion. If there is such a thing as a "European" approach to religion – and I continue to speak of its legal dimensions – it is one of religious freedom. Consequently, the draft Constitution states, for example, that the parents have a right to ensure the education and teaching of their children "*in conformity with their religious conviction*". This right shall be respected by the Union – and this is important – "*in accordance with the national laws governing the exercise of such freedom and right*".

This attitude is very much confirmed by the very general obligation of the Union to “*respect cultural, religious and linguistic diversity*”.

What is meant by “diversity”?

It is mainly the diversity *between* states rather than *within* states. Nevertheless, to a certain degree the European and national levels may interact, even when it comes to assessing how much religious diversity has to be respected *within* a single state. Normally, these cases involve the religious traditions of minorities such as Jews or Muslims. A possible model for such interaction can be found in the draft constitution’s stance on animal welfare: In formulating and implementing the Union’s agriculture, fisheries, transport, internal market, research and technological development and space policies,

“Godlessness” is a metaphysical and not a legal term.



Whoever believes in God must also believe that human beings – the creators of the constitution included – can never escape into a God-free zone.

the Union and its Member States are both requested to pay “*full regard*” to the requirements of animal welfare, “*while respecting the legislative or administrative provisions and customs of Member States relating in particular to religious rites, cultural traditions and regional heritage*”.

So in the end, can it be concluded that the Union is full of religious freedom but not of religion itself?

Hmm [smiling]. In one sense you are right, but not in every sense. For instance, the Union pretty much recognises the crucial role of Churches. I would argue that the issue of the position of Churches in the Constitution is much more important for the Churches than the question of whether the term “God” appears in the constitution. The autonomous administration of the Churches could easily come into conflict with European anti-discrimination norms: consider hot issues like

discrimination against women, exclusion of homosexuals or the violation of data confidentiality. However, the draft constitution explicitly states that the Union must “*respect*” and may not “*prejudice the status under national law of churches and religious associations or communities in the Member States*”. So far, the sole comparable statement was made in a non-legally binding declaration attached to the current treaty. Moreover, the draft constitution guarantees what was up to now only a de facto process in Brussels: the “*open, transparent and regular dialogue*” between the European Union (mainly the Commission) and the churches. This, however, cannot do away with the fact

that EU law can – with or without a constitution – impinge on value decisions taken at the national level.

So was the new Pope right when he said in April that some might argue that excluding women from the right to priestly ordination is irreconcilable with the draft Constitution?

If you are against the Constitution in principle, you will always find arguments fuelling fears in one or the other direction. However, the new Pope is *not* against the Constitution. And the Commission of Bishops’ Conferences of the European Community (COMECE) decided to fully sustain the draft constitution in early March 2005. Discussion of a European Union which pushes for the unlimited right to abortion or to free suicide and the like belongs to the same sort of information as the fairy tale which seemingly circulated in the British press some time ago claiming that EU regulations would lead to the prohibition of ringing church bells. Of

If there is such a thing as a “European” approach to religion it is religious freedom.

course, the Court of Justice may offer its own interpretations of various elements of the constitution, which could either please or displease the Churches. But this is also the case with constitutional Courts at the national level. Nobody, not even the Church, has an exclusive sovereignty over the values within a society.

Gabriel, why does the US use every single banknote to make its position on the existence of God clear? – Is it possible to think of the official European currency equipped with a proud “in God we trust”? And if not, why not?

I think we can rule out such a Euro note. Of course, there is an obvious reason for the transatlantic difference in sensibility toward the separation of church and state. Despite the fact that grammar fosters us to talk misleadingly of one single European Union but many United States (of America), the reality is the other way round. The US system is about unity (“*E pluribus unum*”), whereas the Union is organised according to the principle of diversity (“*Concordia in varietate*”). The 25 states differ crucially in their legal and political attitudes vis a vis religion and churches (in fact, in at least one EU state you *do* find coins with a reference to God). To think that these 25 states could arrive at a consensus on religion is unrealistic. However, this is just one side of the story. The transatlantic difference is also about culture.

A Euro note emblazoned with the slogan “in God we trust” is unimaginable for legal reasons. For example the idea of a European Commission President opening weekly meetings with a prayer (as is said of Mr. Bush) seems politically speaking highly unlikely. This is not to say that there is no division between state and religion in the US, but it seems that the US approach to this principle is somewhat “softer” when compared to the European practice. The US and Europe’s respective historic experiences with the phenomenon of religion differ substantially. The US population was originally composed of religious refugees, and its early history saw the coexistence of a plurality of small religious Communities

without a dominant and homogeneous clergy. There was therefore neither the space nor the need for an aggressive form of enlightenment.

Couldn’t one argue that with the accession of the somehow “more religious” societies such as those in Bulgaria, Romania and Turkey, the Union’s position on religion will change?

It is true that a recent study shows that people in the acceding states are more in favour of an association between religion and the state. Furthermore, within the “EU 15”, only 18% of the population favoured the idea that politicians should believe in God, while this figure was 31% in the new member states, 47% in Romania and Bulgaria, and even 57% in Turkey. The explanation for this phenomenon is complex, and depends on various factors, such as the respective percentage of Protestants, Catholics, orthodox Christians and Muslims (it seems that the inclination toward a sharp separation of church and state is decreasing within these groups in this order), the degree of modernization in a society and the degree of social organization of the churches in the respective societies. The picture is too complex for simple assessments. In any case, I do not expect that the Union as a legal body of governance will become more involved in religious matters with further enlargement than it is at present.

Interview by Sigrid Hechensteiner

Further reading:

- Treaty establishing a Constitution for Europe: Preamble, Articles I-52, II-74, II-82 and III-121.
- COMECE, The Evolution of the European Union and the Responsibility of Catholics, 2005.
- Gabriel N. Toggenburg, Der (dritte) Weg zur (v)erfassbaren Religionsidee der EU, in Politik und Religion in Europa, Basler Schriften zur Europäischen Integration Nr. 68, 2004 (online: www.europa.unibas.ch/fileadmin/pdf/bs68.pdf).
- Religion im erweiterten Europa, in Jürgen Gerhards, Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union, Wiesbaden 2005.

An Euro note emblazoned with the slogan “in God we trust” is unimaginable for legal reasons.

Gabriel N. Toggenburg





WENN GOTT DAS URTEIL SPRECHEN SOLL

Im Islam verschwimmen Religion und Recht. Der Koran ist Heilige Schrift und Gesetzesbuch in einem. An ihn haben sich alle Muslime zu halten. Was passiert, wenn ein Muslim in Europa vor Gericht tritt? Welches Recht gilt es dann anzuwenden, europäisches oder islamisches?

Professor Joseph Marko, Leiter des EURAC-Instituts für Minderheitenrecht, versucht in einer einzigartigen Lehrveranstaltung an der Universität Graz, den Studenten das islamische Recht näher zu bringen.

Einmal pro Woche beschreiten Joseph Marko, Professor für Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, und sein Kollege Willibald Posch, Professor für Privatrecht, Neuland. Dann lehren sie rund 40 Studenten islamisches Recht an der Universität Graz. Im Unterricht geht es nicht um die Auslegung des Korans. Die Grazer Professoren sind weder Muslime noch sprechen sie Arabisch, die Sprache der Heiligen Schrift des Islam. In ihren Vorlesungen geht es um die Wirkungen und Anwendungen des islamischen Rechts in den EU-Staaten und insbesondere in Österreich. Also um die Frage, ob und wie islamisches Recht in den europäischen Rechtsordnungen angewandt werden kann.

Dies, so erklärt Professor Joseph Marko, sei notwendig, weil die Zahl der Muslime in der EU zunehme und damit auch die Zahl der zivilrechtlichen (seltener öffentlich-rechtlichen) Fälle, in die islamische Religionsangehörige verwickelt sind.

Schwierigere Rechtsfragen entstehen eindeutig im Zivilrecht. In vielen Bereichen besteht für die streitenden Parteien, die unterschiedlichen Rechtsordnungen angehören, eine Wahlmöglichkeit. Das bedeutet beispielsweise, dass ein Österreicher und ein Spanier vor österreichischen Gerichten wählen können, ob der Richter den Streit nach österreichischem, spanischem oder vielleicht gar nach einem anderen Recht entscheiden soll. Dasselbe gilt auch für einen mus-

limischen Mitbürger. Der in Österreich lebende Syrer kann von dem ebenfalls in Österreich lebenden Türken ein Auto kaufen und dabei türkisches Recht vereinbaren. Ziehen diese beiden nun vor Gericht, muss der österreichische Richter das türkische Recht anwenden.

Richter müssen heute also immer internationaler werden und öfter über den eigenen Horizont blicken. Zu komplexen Fragen holen sie meist Rechtsgutachten von Juristen ein, die sich auf die Rechtsordnungen anderer Länder spezialisiert haben. In Österreich greifen Richter im Falle von islamischer Rechtsprechung häufig auf bundesdeutsche Experten zurück, da diese mehr Erfahrung sammeln konnten.



KANN
ISLAMISCHES
RECHT IN DEN
EUROPAISCHEN
RECHTSORD-
NUNGEN
ANGEWANDT
WERDEN?



Viele Fälle, in denen islamisches Recht angewandt werden soll, beziehen sich auf das Familien- und Erbrecht. Beide werden vom Koran bis in Details vorgeschrieben und unterscheiden sich in vielen Punkten grundlegend von europäischen Rechtsordnungen. Muslimen erlaubt der Koran beispielsweise die Mehrehe mit bis zu vier Ehefrauen. Beim Erbrecht schreibt er vor, dass Frauen nur die Hälfte des Erbes gegenüber den Männern erhalten. „In einer patriarchalischen Gesellschaft mit Mehrehe hat dies in der Vergangenheit – fern aller Diskussionen um die Gleichberechtigung – auch durchaus Sinn gemacht“, meint Professor Marko, da Männer meist mehr Familienmitglieder zu versorgen hatten als Frauen. In Europa nicht. Hier ist auch die Mehrehe verboten. Islamische Gesetze sind also nur dann anwendbar, wenn sie mit den Grundsätzen der jeweiligen Rechtsauffassung zu vereinbaren sind, also auch mit den Grundsätzen der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der alle westlichen Demokratien verpflichtet sind. Auch die Türkei ist der EMRK bereits 1954 beigetreten.

„Ein Urteil, wie Tod durch Steinigung bei Ehebruch, das erst neulich wieder in Afghanistan an einer Frau vollstreckt wurde, während der Ehebrecher mit 100 Peitschenhieben davon kam, wird es in Österreich niemals geben,“ erklärt Prof. Marko. „Auch wird niemals einem Dieb eine Hand abgehackt werden, wie es der Koran vorsieht.“ Bei solchen strafrechtlichen Verfahren gibt es, im Unterschied zum Zivilrecht, keine Wahlfreiheit. Bei Strafprozessen gilt das Recht des Territoriums. Der Straftäter wird also gemäß dem Strafrecht des Landes, in dem er die Straftat begangen hat, abgeurteilt.

In den Vorlesungen von Professor Marko geht es also um Kollisionsrecht, dem juristischen Grenzbereich, in dem

IN KEINER ANDEREN RELIGION SIND GESCHICHTE, RELIGIONS- UND RECHTSFRAGEN SO ENG MITEINANDER VERKNÜPFT WIE IM ISLAM.

unterschiedliche Rechtsordnungen – in seinem Fall die europäischen und die islamischen – aufeinanderprallen, und der Richter zu entscheiden hat, welches Recht er nun anwenden darf oder muss. Doch bevor Professor Marko an konkreten Fallbeispielen vorexerziert, was es mit dem Kollisionsrecht auf sich hat, bekommen die Studenten eine Einführung in den Islam. „In keiner anderen Religion sind Geschichte, Religions- und Rechtsfragen so eng miteinander verknüpft wie im Islam“, erklärt der Experte. Dies lasse sich auch anhand der drei Themenschwerpunkte der Lehrveranstaltung ganz klar verdeutlichen.

1 Die Vereinbarkeit zwischen Staat und Religion

Staaten mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung gehen vollkommen unterschiedlich mit dem Thema Staat und Religion um. In der Türkei hat der Staatsgründer Atatürk 1924 die strikte Trennung zwischen Staat und Religion angeordnet und in der Verfassung verankert. Im Iran hingegen ist der Islam einzige Staatsreligion und der Koran oberste gültige Rechtsquelle.

Innerhalb der EU fällt die Religion in den Kompetenzbereich der einzelnen

Nationalstaaten. Frankreich handelt nach dem Prinzip des Trennungmodells. Ähnlich wie die Türkei trennt es Kirche und Staat vollkommen voneinander. Religion ist reine Privatsache, darf also nur in den eigenen vier Wänden gelebt werden, nicht aber in der Öffentlichkeit. Österreich handelt nach dem Kooperationsmodell. Kirche und Staat wirken zusammen und im öffentlichen Bereich werden die anerkannten Religionen gleichberechtigt behandelt. Deutschland und Italien folgen mit einigen Unterschieden ebenfalls Kooperationsmodellen.

2 Die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie

In der modernen Demokratie liegt die Souveränität beim Volk. Im Islam liegt sie allein bei Gott. Diese grundlegend unterschiedliche Auffassung sorgt für Zündstoff. Wer soll denn nun in islamischen Ländern das Recht umsetzen? Die vom Volk gewählten Repräsentanten, die im Parlament sitzen? Und wer entscheidet über Widersprüche zwischen Gesetzesrecht, das vom Parlament geschaffen wird, und dem für alle Zeit festgeschriebenen göttlichen Recht?

Die westliche Vorstellung, dass ein unabhängiges Verfassungsgericht die Frage nach dem Widerspruch entscheidet, ist undenkbar. Die iranische Verfassung sieht einen eigenen Wächterrat vor, bestehend aus geistlichen Vertretern, die darüber wachen, dass Recht und Politik mit den islamischen Idealen konform gehen. Der Wächterrat ist höchste Autorität im Staat, steht also über dem Parlament und kann dessen Gesetze jederzeit außer Kraft setzen.

3 Die Vereinbarkeit von Islam und Menschenrechten

Es gibt orthodox konservative Vertreter, die das liberale Modell der Menschenrechte, wie es in der euro-

päischen Menschenrechtskonvention verankert ist, ablehnen, und moderate islamische Rechtsgelehrte, die den Islam und die Menschenrechte miteinander vereinbaren wollen.

Einige demokratische Prinzipien wie etwa die völlige Gleichstellung von Mann und Frau ist so mit dem Koran nicht vereinbar. Trotzdem hat sich auch ein islamischer Feminismus entwickelt.

4 Islam in Europa

Islamische Gläubige haben in den verschiedenen EU-Ländern auch verschiedene rechtliche Ausgangslagen. Länder wie Großbritannien und Frankreich haben aufgrund ihrer Kolonialgeschichte schon eine viel längere Tradition im Umgang mit dem Islam. Auch Österreich hat bereits 1912 in Folge der Annexion von Bosnien Herzegowina ein Islamgesetz erlassen, das die islamische Glaubensgemeinschaft als Religionsgemeinschaft anerkennt.

Bei Punkt vier nennt Professor Joseph Marko gerne den Kopftuchstreit, um seinen Studenten zu veranschaulichen, wie unterschiedlich EU-Länder mit dem Thema umgehen: In **Deutschland** gab es Gerichtsurteile. Die Entscheidung für oder wider Kopfbedeckung im öffentlichen Bereich obliegt den Bundesländern. In **Italien** ist es bislang noch zu keinem Prozess gekommen. In Turin wurde kürzlich eine muslimische Erzieherin aus einer Kindertagesstätte verwiesen. Sie erschreckte die Kleinkinder mit ihrer Kopfbedeckung, meinte die Direktion. Daraufhin hat sich sogar der italienische Innenminister eingeschaltet und in der Presse verlautbaren lassen, dass dies nicht akzeptabel sei. Auch in

Österreich wurde die Frage noch nie vor Gericht ausgetragen. Aber es gab Fälle, in denen die Schulverwaltung seien es Lehrerinnen als auch Schülerinnen erlaubt hat, das Kopftuch zu tragen. In Niederösterreich hat es ein Direktor verboten, unter dem Vorwand, es verstoße gegen die Hausordnung. In **Frankreich** ist das Tragen von Kopftüchern, wie auch von allen anderen religiösen Symbolen, in der Öffentlichkeit grundsätzlich verboten, in der **Türkei** ebenso.

In vielen Ländern, weiß der Experte, ist nicht das islamische Recht das Problem, sondern die Kultur, die dahintersteckt. Die Verschleierung der Frau wird im Koran nicht eindeutig festgelegt. Die Frauen sollen nicht mit ihren körperlichen Reizen spielen, lautet eine Textstelle der Heiligen Schrift, und reizvolle Körperteile bedeckt halten. Im Islam gibt es deshalb Frauen, die eine moderne westliche Kleidung mit ihrem Glauben durchaus für vereinbar halten, aber auch Frauen, die Ganzkörper-Burka tragen. „Als ich 1999 Verfassungsrichter in Sarajewo war“, erzählt Professor Marko, „hab ich viel weniger verschleierte Frauen gesehen als in Graz.“ Auch die Beschneidung der Frau sei reine Stammestradiation und in den meisten islamischen Ländern sogar explizit verboten.

Die Vorlesungen des Professors werden rege besucht, von Studenten aus Österreich, aus Bosnien, dem Irak und Afghanistan. Sie sind Muslime, Christen, Juden, Buddhisten und Atheisten. Im letzten Semester hatte er einen tschechischen Studenten, der im Nahen Osten aufgewachsen war und fließend Arabisch



Prof. Joseph Marko

sprach. „Er konnte uns immer wieder Stellen aus dem Koran übersetzen“, erinnert sich Professor Marko. Das sei sehr spannend gewesen, weil die Gruppe zum ersten Mal mit Originaltexten arbeiten konnte und nicht auf übersetzte und vielleicht falsch interpretierte Texte angewiesen war.

„Ja, im letzten Semester habe ich mehr von diesem einen Studenten gelernt als er wahrscheinlich von mir“, sagt der Islam-Experte und lächelt. Aber darum gehe es doch, um die gegenseitige Befruchtung. Anders wäre es auch nicht möglich an die Problematik EU und Islam heranzugehen. „Mit meiner Arbeit“, so Marko, „möchte ich die Studenten in erster Linie für das Thema sensibilisieren.“

Sigrid Hechensteiner/EURAC
Chefredakteurin
sigrid.hechensteiner@eurac.edu

IN DER MODERNEN DEMOKRATIE LIEGT
DIE SOUVERÄNITÄT BEIM VOLK.
IM ISLAM LIEGT SIE ALLEIN BEI GOTT.

Wer Wucher frisst, ist des Satans

Für Muslime ist der Koran die göttliche Urquelle des Rechts, Finanzrecht eingeschlossen. So verbietet die heilige islamische Schrift etwa das Geschäft mit Zinsen. Ein Gespräch mit dem Rechtsvergleichler Prof. Willibald Posch über die Vorgaben des Korans und die Möglichkeit diese zu umgehen.

ACADEMIA: *Wie viel islamisches Recht ist im Koran enthalten?*

Posch: Von den 6000 Koranversen werden rund 600 als Grundlage des islamischen Rechts (Scharia) angesehen. Aus dem Koran werden Aussagen zur gesamten Palette von Privatem bis Öffentlichem Recht getätigt. Wie die Koranstellen ausgelegt werden, hängt von der islamischen Rechtsschule ab, der ein Muslim angehört. Es sind deren im Sunnitismus vier: Hanafiten, Hanbaliten, Malikiten und Schafiiten. Neben dem Koran ist auch die Sunna primäre Quelle des Islamischen Rechts. Sie ist das aufgezeichnete Leben Mohammeds, nach dessen Vorbild Muslime leben sollten. Die Sunna gliedert sich wiederum in Hadite, die von Propheten rund 800 n. Chr. aufgezeichnet worden sind. Es gibt einige hundert Hadite.

Hat sich die islamische Rechtsprechung im Laufe der Jahrhunderte weiterentwickelt?

Nicht wirklich. Koran und Sunna enthalten seit 1200 Jahren die primären Rechtsquellen des Islam. Da es sich um göttliches Recht handelt, darf es der Mensch nicht abändern und auch nicht nach seiner freien Auffassung interpretieren. Der Islam erkennt auch nur den originalen Koran in arabischer Sprache als alleingültige Rechtsquelle an. Jede Übersetzung ist schon Interpretation, also nur ein Kommentar.

Dennoch wurden Koran und Sunna sowie das Schrifttum in viele Sprachen übersetzt.

Ja. Vor allem ins Englische. Kuala Lumpur etwa ist ein Ort, an dem zahlreiche islamische Rechtsquellen in englischer Sprache verlegt werden. Dort bin ich während meiner Gastprofessur im Jahr 2000 auch auf das meiste Material gestoßen, mit dem ich heute arbeite.

In Malaysia wird zwar Malayisch gesprochen, doch wurde das Englische als Rechtssprache eingeführt, da sich das relativ einfache Malayisch nicht für den komplexen Rechtsdiskurs eignet. Schon in der britischen Kolonialzeit ist in Malaysia das islamische Recht intensiv ins Englische übertragen worden.



Der Islam erkennt nur den originalen Koran in arabischer Sprache an. Jede Übersetzung ist Interpretation

Prof. Willibald Posch

Brachte die Kolonialisierung nicht auch westliches Rechtsgut in islamische Länder? Allerdings. Vor allem in jenen Grenzbe- reichen, die nicht direkt vom Koran ab- gedeckt wurden. Und auch diesbezüglich ist Malaysia ein spannendes Land. Denn hier wurde englisches Recht aus der Ko- lonialzeit oft einfach übernommen, wo- durch sich im Recht ein interessantes Spannungsverhältnis aufgebaut hatte.

Der Koran verbietet ähnlich wie die Bi- bel das Geschäft mit dem Geld.

Im Koran wird das Verbot des Zinswu- chers an mehreren Stellen hervorgeho- ben, besonders ausführlich in der 2. Sure „Die Kuh“. „Wer Wucher frisst, ist des Satans“, heißt es dort. Ein Muslim, der über Geld verfügt und mit diesem selbst nichts anfangen kann, hat es anderen unverzinst zur Verfügung zu stellen und kann selbst nur ein Recht auf Beteiligung am Gewinn und Verlust geltend machen.

Dies steht doch im absoluten Wider- spruch mit dem europäischen und ame- rikanischen Bankwesen.

Allerdings. Beim Festhalten an den Re- geln des Korans hätten islamische Ban- ken keine Chance bei globalen Geld- geschäften. Im Jahre 1963 hat daher als erstes Geldinstitut der islamischen Welt die ägyptische *Mit Ghmar Local Savings Bank* zinslose Darlehenskonzepte entwi- ckelt, die als „Islamic Banking“ bekannt wurden. Heute gibt es weltweit mehr als 150 Geldinstitute, die so genannte Um- gehungsgeschäfte anbieten.



Wie sehen solche Geschäfte aus?

Man unterscheidet grundsätzlich vier Arten von Umgehungsgeschäften: 1) Die Bank kauft Waren für den Kunden und verkauft sie dann an diesen zu einem höheren Preis weiter. Eine Art „cost plus profit“ Geschäft. 2) Bank und Kunde gehen eine Vereinbarung in Form einer Partnerschaft ein oder aber 3) in Form einer Gesellschaft. 4) Kunde und Bank gehen eine Art Leasing Geschäft ein, in Form einer Ausrüstungsvermietung so- zusagen.

Der Islam kennt Kunstkniffe, mit denen Verbote des islamischen Primärrechts umgangen werden können

Ist das nicht Augenwischerei? Letztend- lich werden doch Geschäfte mit Geld ge- macht, Zinsen hin oder her.

Wenn Sie es nach Ihrer westlichen Auf- fassung interpretieren ja, wenn sie es nach islamischer Auffassung interpretie- ren nein. Wenn der Koran vorschreibt, dass Wuchergeschäfte eine Sünde sind, dann muss sie ein gläubiger Muslim tunlichst meiden. Deshalb hat insbeson- dere die hanafitische Rechtsschule des Islam die so genannte „hiyal“ entwickelt.

Das sind im Laufe der Zeit entstandene Kunstkniffe, mit denen Verbote des is- lamischen Primärrechts umgangen wer- den können.

Das ist doch auch eine Auslegung oder Interpretation des Korans, wenn wir so wollen?

Manche Vertreter anderer Rechtsschulen verurteilen solche Umgehungsgeschäfte ja auch als Willkür und Verfälschung des Primärrechts, doch ist in der Frage der Methoden des „Islamic Banking“ weit- hin Zustimmung gegeben.

Das Interview führte Sigrid Hechensteiner

Professor Willibald Posch bietet gemeinsam mit Professor Joseph Marko das Kombinationsfach „Einführung in das Islamische Recht“ an der Uni- versität Graz an. Seinen ersten Kontakt mit dem Islam hatte er Mitte der 1970er Jahren als Teil- nehmer an einem Weltkongress für Vergleichendes Recht, das vom Schahregime in Teheran orga- nisiert wurde. Bei einer Exkursion in die heilige Stadt Mesched hat er zusammen mit weiteren Europäern die dortige große Moschee besucht, in der sich Muslime zum Gebet zusammengefunden hatten. Als die Gläubigen die „Eindringlinge“ sa- hen, reagierten sie gereizt. „Ihr Gebet schwoll an und ging in aggressive Wortäußerungen über“, erinnert sich der Professor. Da sei ihm mit einem Schlag bewusst geworden, dass er an diesem Ort absolut unerwünscht war.

Burka-tragen: 41,32 €



Etwa 20 Millionen Muslime leben in Europa. Bis 2015 soll sich die Zahl noch verdoppeln. Allein in Italien, so schätzt man, leben rund eine Million und in Deutschland sogar schon drei Millionen Bürger muslimischen Glaubens.

Fereshta Ludin darf ihre Schüler nicht mehr unterrichten. Das Land Baden-Württemberg verbietet ihr, als Lehrerin tätig zu sein, solange sie weiterhin ihr Kopftuch auch in der Schule trägt. Wie ihr geht es vielen in Europa.

Europa stört sich an Symbolen im öffentlichen Leben, solange es nicht Europas eigene Zeichen sind. Wer ein öffentliches Amt bekleidet und den Staat repräsentiert, muss sich den Vorgaben des Staates beugen. Und das heißt vor allem: keine Kopftücher und keine Turbane während der Arbeitszeit.

Aber auch in der Freizeit fällt es nicht immer leicht, das Anderssein auszuhalten. Medien, Mitbürger und vor allem die Arbeitswelt diskriminieren diese „anderen“ beinahe täglich.

Die Menschenrechtsorganisation International Helsinki Federation for Human Rights (IHF) zeigt in ihrem im März veröffentlichten Bericht, wie sich der 11. September auf das Leben der Muslime in Europa ausgewirkt hat. In den elf untersuchten EU-Staaten Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich, Schweden und Spanien fühlen sich Muslime nicht nur diskriminiert, sie sind es auch nachweislich.

Schon vor dem Anschlag auf die USA bestand weit verbreitete Skepsis bei den Bürgern gegenüber ihren muslimischen Mitmenschen. Doch seit diesem Tag stieg in fast allen untersuchten Ländern die Diskriminierung deutlich an. Kurzzeitig sank ihre Zahl wieder eini-

und sie das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und die Rechtstaatlichkeit verlieren“, erklärt Aaron Rhodes, Direktor der IHF. Doch vor allem gibt er zu bedenken, dass gerade diese täglichen Diskriminierungen einige Muslime erst für die Ideen extremistischer Gruppierungen empfänglich machen.

Die Studie zeigt, dass es Gemeinsam-

80% der Deutschen assoziieren „Islam“ mit „Terrorismus“ und „Unterdrückung von Frauen“

keiten in den untersuchten EU-Staaten gibt. Vor allem die Berichterstattung in den Medien ist ein herausragendes Beispiel: Durchweg besteht ein Trend zur negativen und stereotypen Darstellungsweise von Muslimen. Aber auch bei Fragen des Arbeitsmarktes und der Wohnungsvergabe sind Diskriminierungen an der Tagesordnung. In Schweden z.B. bleibt jeder fünfte Job verwehrt, weil der Bewerber einen arabisch klingenden Namen trägt.

Doch es ergeben sich auch ganz praktische Sorgen für muslimische Bürger: Nur die wenigsten öffentlichen Friedhöfe verfügen über separate muslimische Abteilungen. Auf den wenigsten von ihnen sind die religiösen Bestattungszereimonien erlaubt. Allein in Deutschland müssen daher 80% der muslimischen Familien enorme finanzielle Lasten auf sich nehmen (von der Bürokratie ganz zu schweigen), um ihre Verstorbenen im Herkunftsland beerdigen zu können.

In Deutschland, so der Bericht, zählt man gut 2500 muslimische Gebetsorte.

Sabrina Marroni lebt im Tausend-Seen-Ort Drezzo bei Como. Vor vier Jahren ist sie zum Islam konvertiert und trägt nun eine den ganzen Körper verhüllende Burka. Doch in diesem Dorf regiert die Lega Nord: für sie ist die Burka ein „Sicherheitsproblem“ und „Todesymbol“. Dabei versuchen sie bewusst, die Bilder wach zu rufen, als tschetsche-

nische Musliminnen sich als Selbstmordattentäterinnen in die Luft sprengten. Sabrina Marroni musste zwei Bußgelder zu je 41,32 € bezahlen. Und warum? Weil ein faschistisches Sicherheitsdekret von 1931 verbietet, sich das Gesicht zu bedecken. Und weil ein Gesetz aus den 1970er Jahren auf dieselbe Art gegen politischen Extremismus und Terrorismus kämpft. Seit die Roten Brigaden ihre Gesichter unter Sturmhauben und Motorhelmen versteckten, darf sich niemand mehr verhüllen.

Aaron Rhodes warnt ausdrücklich vor den rechtspopulistischen Parteien und ihrer Rhetorik beim Stimmenfang. Er nennt neben der in Rom mitregierenden Lega Nord auch den belgischen Vlaams Blok und Haiders Freiheitliche in Österreich. An die EU-Mitgliedstaaten richtet er Empfehlungen, wie z.B. die systematische Erfassung von Diskriminierungen und deren konsequentere Bestrafung. Aber er legt uns auch ans Herz, Muslime ihren Glauben genau so ausüben zu lassen wie wir es uns selbst erwarten. Dazu könnten auch muslimische religiöse Feiertage gehören.

Was Du nicht willst, das man Dir tut... Die Akzeptanz fremder Kulturen kann zu Hause beginnen. Und muss nicht mit dem Beachten von Bekleidungsregeln in muslimischen Urlaubsorten enden.

Carolin Zwillling/EURAC
Institut für Föderalismus- und
Regionalismusforschung
carolin.zwillling@eurac.edu

47% der italienischen Jugendlichen halten Muslime für „fanatische Fundamentalisten“

ge Monate später, um dann mit jedem einzelnen Terroranschlag, vor allem in Madrid, und jeder religiös motivierten Gewalttat, wie dem Mord an Theo van Gogh, wieder in die Höhe zu schnellen. Die international anerkannte Menschenrechtsorganisation erwartet Rückschläge bei der Integration der Muslime in Europa. „Wir befürchten, dass Frustrationen unter den Muslimen zunehmen

Doch nur 140 Moscheen. In allen übrigen Fällen handelt es sich um Garagen, verlassene Fabriken oder Lagerhäuser.

In Italien leben Muslime auch nicht viel besser. Zwar steht in Rom seit 1995 die größte Moschee Europas, doch gibt es insgesamt nur etwa 350 Gebetsorte. Auch hier handelt es sich laut Studie bei zwei Dritteln um Garagen und Privatwohnungen.



Dialoghi possibili

Soldi, casa, lavoro: gli stranieri immigrati in Italia, sempre più numerosi, da sempre più paesi diversi, hanno spesso bisogno anche di altro, di un sostegno spirituale. Il racconto di Paola Vismara, responsabile del centro pastorale per gli immigrati di Bolzano.

Non è abituata a rilasciare interviste e il saluto con cui ci accoglie tradisce un timido imbarazzo dietro la curiosità. Milanese, un'attiva partecipazione all'interno della chiesa cattolica e una lunga esperienza come missionaria in Sudan, Paola Vismara è la responsabile del Centro pastorale per l'immigrazione di Bolzano: è lei il punto di contatto tra la chiesa e il mondo degli immigrati.

Dal modo in cui inizia subito a parlarci del Centro e delle sue iniziative traspare la modestia e la semplicità, ma anche l'estrema forza e determinazione su cui ha costruito tutta la sua vita e che oggi caratterizzano la sua attività all'interno del Centro pastorale. Una realtà che di fatto rimane ancora poco nota ai cittadini. "Nei primi anni", ci racconta Paola Vismara, ricordando il suo arrivo in Alto Adige nel 2003, "la Chiesa offriva una risposta di carattere assistenziale e caritativo con le Caritas e i gruppi di volontariato. Questo non bastava, non basta. Occorre affiancare a un'accoglienza di tipo caritativo anche il supporto di un'accoglienza religiosa".

È l'immagine di una chiesa semplice, modesta, aperta al dialogo e all'accoglienza quella che Paola Vismara sa trasmettere: un'immagine che l'ha portata a vivere 11 anni in Sudan, dove si è occupata della formazione delle insegnanti per le scuole dirette dalla missione cattolica. Non ama fare vanto delle sue esperienze e delle sue conoscenze (oltre all'inglese e al francese parla anche l'arabo), ma ha molto chiaro quello che intende realizzare: "Ogni straniero che arriva qui da noi, non è solo un lavoratore che contribuisce allo sviluppo economico della regione, ma un uomo che porta con sé un proprio retaggio culturale e religioso che deve essere rispettato e tutelato".

Sono queste le persone con cui ha a che fare ogni giorno, conosce bene le loro storie, i loro problemi e le difficoltà che incontrano quando arrivano nel nostro paese: provengono da realtà molto diverse dalle nostre e anche molto diverse tra loro, hanno basi culturali diverse, ma comune a tutti è la nostalgia per ciò che hanno lasciato. Sentono forte il bisogno di ritrovare qui alcuni aspetti delle proprie radici: "Queste persone sentono nostalgia del loro stile di celebrare, dei loro canti, della loro lingua, del loro modo di esprimersi in un contesto di preghiera. Si tratta di ricreare il loro ambiente". L'immigrazione, come ci spiega, è un fenomeno complesso e variegato, così come complessa e differenziata è la necessità di integrazione.

Non tutti gli immigrati che arrivano nel nostro paese cercano l'integrazione, o perlomeno non tutti nella stessa misura e di questo bisogna tener conto nel momento in cui si mettono in atto determinate attività. "Esistono anche fette di immigrazione del tutto diverse, penso ad esempio alle donne che provengono dall'Ucraina. Si tratta per lo più di donne in età matura, che vivono un lavoro che le costringe a rimanere in contatto con una realtà italiana povera, sono per lo più badanti. A loro serve un incontro settimanale in cui ritrovano del tutto le loro radici, la loro lingua, il loro modo di pregare, il loro rito più simile al rito ortodosso, i loro costumi, il loro cibo. Queste persone non cercano l'integrazione."

Impossibile non essere catturati dall'emozione che traspare dalla voce e dalle parole di Paola Vismara, che fa capire con quanta passione dedichi così tanta parte della sua vita al prossimo: "Non è l'immigrato, ma la persona, non è la religione cristiana, ortodossa o musulmana, ma le persone che vivono la religione con cui occorre ed è possibile instaurare il dialogo."

È quasi impossibile interromperla mentre ci parla, vuole raccontarci, spiegarci. Ci dà materiali, riviste con articoli su azioni in cui la missione cattolica è coinvolta: la diocesi ha inviato un giovane diacono in Egitto per imparare la lingua e la cultura araba. Con lui potrà dare vita a un vero e proprio dialogo interreligioso con la comunità islamica presente in Alto Adige: “Ogni religione è fatta di persone concrete che hanno propri stili di vita, proprie tradizioni, proprie radici storiche e culturali, ma i punti di incontro e di dialogo ci sono sempre. Ogni paese deve puntare sul dialogo”. Il dialogo, interculturale e interreligioso, deve essere voluto, cercato, costruito: “I conflitti nascono dalla paura. Quello che non si conosce fa paura. Il diverso fa paura. In un processo di conoscenza, cerchiamo di sviluppare sempre quello che è positivo, che è vicino a noi. In questo processo di conoscenza, la paura cade e solo allora possiamo trovare un punto di contatto. Anche con l’Islam questo dialogo è possibile!”

E Paola Vismara questo dialogo lo ha cercato per ben 11 anni, nel suo periodo di lavoro in Sudan, attraverso un processo lungo e difficile, non privo di difficoltà e di battute di arresto. In Sudan ha conosciuto tutte le facce dell’Islam: ha avuto modo di apprezzare l’Islam accogliente, semplice, vissuto come rapporto con dio e come religione di tolleranza: “L’Islam della popolazione semplice che ti vede come possibilità di fare un cammino insieme, che ti offre sostegno”. Ma si è scontrata anche con l’Islam fondamentalista, l’Islam con cui – queste le sue conclusioni dopo anni di tentativi – “ogni possibilità di dialogo e di ragionamento è chiusa”.

Mentre ci racconta la sua esperienza passata in Sudan, la sua voce tradisce una certa commozione. Ci parla con entusiasmo del clima di collaborazione e di fiducia che lei e i suoi collaboratori erano riusciti a instaurare con la popolazione, del lungo lavoro fatto con i bambini per assicurare loro un supporto e un’educazione. Ed è difficile pensare che la signora che ci sta davanti, dai modi così raffinati e gentili, dalle mani curate e dalla pelle bianca e delicata, abbia potuto vivere esperienze difficili e pericolose in un paese ostile come il Sudan.

È una grande fede quella che la anima e che le ha dato la forza di superare tante difficoltà, una fede che porta sempre con sé come la croce che porta sempre al collo e che spesso tocca e stringe con forza mentre ci parla, o le varie immagini sacre appese alle pareti del suo ufficio, insieme a varie carte geografiche e un poster con dei bambini africani. Ed è questa la chiesa di cui ci parla: una chiesa che partecipa direttamente alla vita del mondo circostante, una chiesa attiva, impegnata nel recupero e nell’educazione della popolazione più povera, una chiesa tollerante e caritatevole, rispettosa della diversità religiosa e non spinta da tensioni di evangelizzazione. “In Sudan la Chiesa cattolica aveva avviato delle scuole per aiutare i bambini, che in quel paese sono spesso abbandonati a se stessi e non mangiano. Nei nostri centri, i bambini avevano da mangiare e ricevevano un’educazione. Per quel che riguarda l’educazione religiosa,

l’amministrazione locale mandava le loro persone e noi avevamo le nostre, senza costrizioni o imposizione da nessuna delle due parti. Questa era una formula accettata da anni e avevamo ottenuto risultati notevoli, fino a quando gli uomini del nuovo governo fondamentalista al potere fecero irruzione nei nostri centri e nel giro di poco tempo fecero chiudere ben 4 dei 6 centri che avevamo creato.”

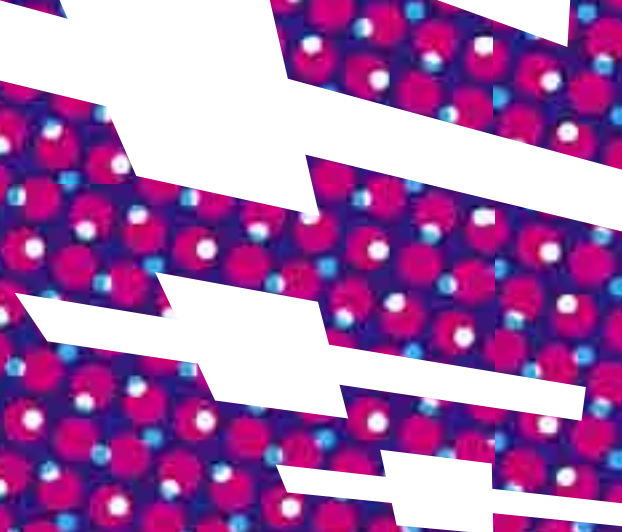
Il suo sguardo si intristisce e la sua voce si fa più dura mentre ci racconta gli episodi di quegli anni. Il suo arrivo in Sudan alla fine degli anni Ottanta coincise con il colpo di stato che segnò il passaggio a un governo militare e l’ascesa al potere del colonnello Omar el Bashir, che si rivelò presto incapace di arginare l’ascesa dei fondamentalisti. Come una cancrena che intacca ogni cosa che tocca, il fondamentalismo si diffuse ben presto in tutte le sedi del governo centrale, avvilendo e reprimendo ogni tentativo di resistenza o di opposizione. E in tutto questo, la religione divenne un’arma potente ed efficace per creare un clima di sottomissione e di ignoranza. “La religione era solo una scusa! La loro idea era quella propria di tutte le dittature: più si tiene il popolo nell’ignoranza, più la dittatura funziona. L’unico modo in cui ci si può opporre alla dittatura è dare alle persone le possibilità e i mezzi per ragionare in maniera autonoma e questo deve partire in primo luogo dai bambini. Le differenze sociali, culturali esistono e non possono essere annullate, ma vanno innanzitutto conosciute e rispettate. L’educazione gioca in tutto questo un ruolo importante per creare un discorso di reciproca tolleranza e comprensione”.

Le differenze con il mondo musulmano dunque rimangono. Ma Paola Vismara rimane convinta della forza del dialogo: “Ogni incontro di civiltà porta a una maturazione delle civiltà stesse e sono convinta che l’Islam abbia in questo momento di incontro con l’Occidente una chance importante che deve essere sfruttata. È una sfida per loro, ma anche per la *nostra* società”.

Stefania Campogianni/EURAC
Comunicazione scientifica
stefania.campogianni@eurac.edu



Paola Vismara con Anna e i suoi figli in Sudan. Anna, una delle prime maestre d’asilo della missione cattolica, è oggi la coordinatrice del gruppo.



RELIGIONE A SCUOLA: UNA REALTÀ IN DIVENIRE

Nel 1984, un nuovo Concordato ridisegnava i rapporti tra Stato e Santa Sede senza riuscire tuttavia a placare il lungo dibattito che dall'età moderna accompagna l'insegnamento della religione cattolica all'interno della scuola italiana. Oggi, sullo sfondo di un'Italia sempre più multiculturale, spuntano nuovi motivi di discordia.

Se per lunghi secoli il regime dell'istituzione scolastica è rimasto fortemente permeato dalla cultura e dallo spirito religioso, tanto da esserne diretta espressione, con la nascita dello Stato moderno, fondato sul concetto di sovranità, ha inizio una spinta verso la laicizzazione della scuola, la sua progressiva emancipazione dall'influenza ecclesiastica. È nell'età moderna, dunque, che si apre la questione dell'insegnamento della religione cattolica nelle scuole, si dà avvio all'affermarsi di una scuola pubblica e laica. Un processo destinato a ricevere ulteriore impulso dallo sviluppo del pensiero scientifico moderno, che prende distanza dai principi dogmatici e inderogabili della religione per valorizzare invece un metodo di conoscenza basato sull'esperienza. I profondi cambiamenti concettuali del modo tradizionale e religioso di pensare il mondo si riflettono anche all'interno della realtà scolastica e la scuola diviene lo scenario in cui si innestano e si svelano le reciproche aspi-

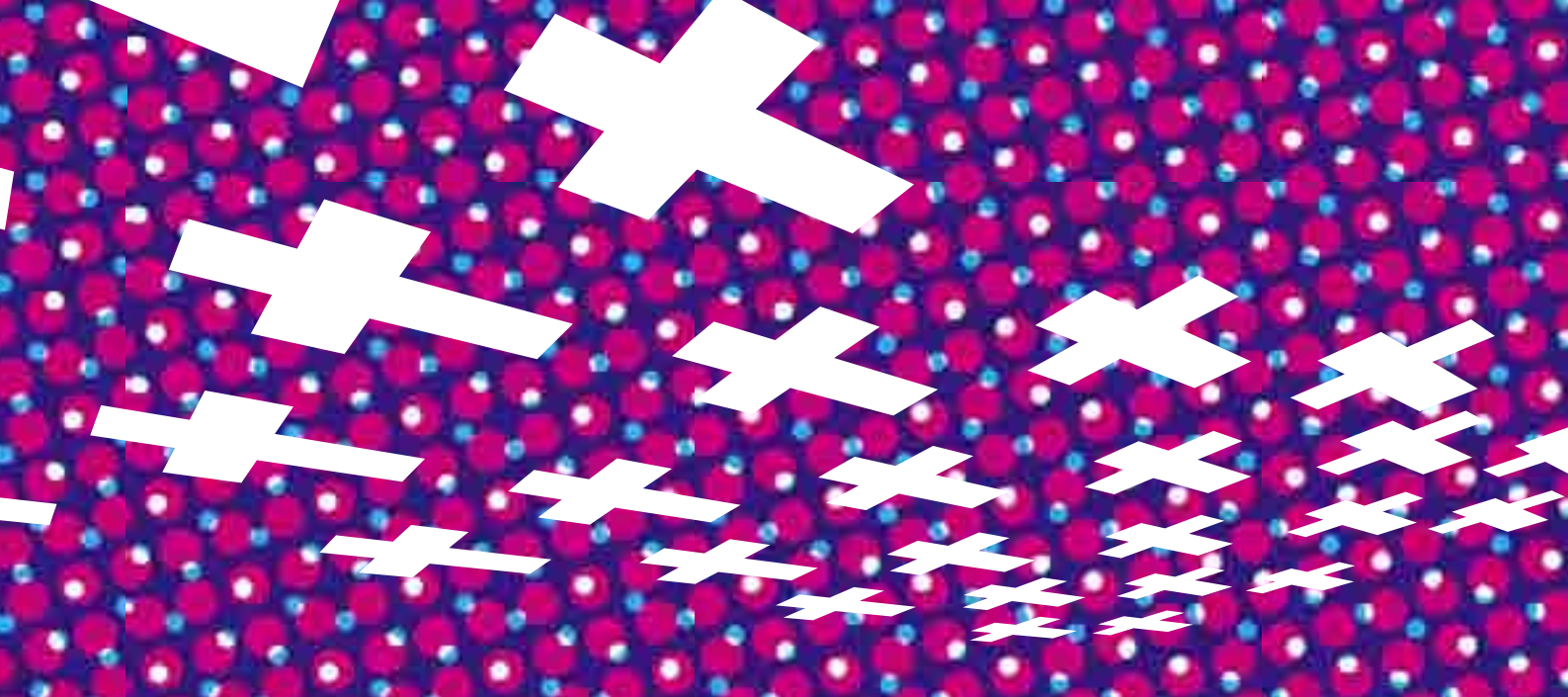
razioni e rivendicazioni di Stato e Chiesa, le loro spinte ad acquisire maggiori spazi educativi al suo interno.

Con forme e modi diversi, il problema dell'insegnamento della religione nella scuola pubblica accompagna dunque da molto tempo le vicende storiche e culturali della nostra società. Una tappa fondamentale nella storia recente della religione cattolica è rappresentato dal nuovo Concordato tra lo Stato e la Santa Sede, concluso a Roma nel 1984, a modifica e in sostituzione di quello contenuto nei Patti Lateranensi del febbraio del 1929.

Uno dei nodi centrali del Concordato è infatti la questione relativa all'insegnamento della religione. L'interesse per la problematica deriva dalla coscienza dell'importanza rivestita dalla scuola come luogo di elaborazione culturale e come centro di formazione umana. La scuola dispone infatti di un ascolto obbligato nei confronti dei giovani, in un perio-

do che può essere considerato senz'altro come decisivo nella loro formazione individuale. È chiaro quindi il tentativo delle due parti di orientare un così vasto uditorio secondo i propri principi e la propria ideologia: da una parte lo Stato con il suo progetto di secolarizzazione della società civile, dall'altra la Chiesa e la sua volontà di trasmettere ai giovani i valori etici tradizionali della cultura cattolica attraverso l'insegnamento della religione. Al centro del dibattito, il nuovo Concordato che assicura l'insegnamento della religione cattolica nelle scuole pubbliche e garantisce al contempo la libertà in ordine alla scelta se avvalersi o meno di questo insegnamento, a maggior ragione quando vi siano motivi di coscienza o di diversa fede religiosa.

La disciplina concordataria è stata oggetto di molteplici ricorsi giurisdizionali, perché ritenuta in contrasto con i principi di eguaglianza indipendentemente da motivi religiosi e libertà di fede,



affermati nella Costituzione. Chiamata più volte a pronunciarsi al riguardo, la Corte costituzionale ha affermato la conformità della disciplina in esame con i principi costituzionali, stabilendo al tempo stesso alcuni punti fermi nell'interpretazione della normativa sull'insegnamento della religione cattolica: riconoscendo ad esempio a coloro che hanno scelto di non avvalersi dell'insegnamento religioso il diritto di assentarsi dall'edificio scolastico, sottraendoli di conseguenza a qualsivoglia obbligo.

A distanza di oltre vent'anni dal Concordato, e nonostante l'intervento della Corte Costituzionale, si assiste ancora oggi ad accesi dibattiti relativi all'insegnamento della religione cattolica nelle scuole. Nel corso degli ultimi anni, tuttavia, la nostra società è stata teatro di profondi cambiamenti che hanno in parte mutato lo scenario culturale: l'Italia è divenuta ormai paese di immigrazione e quindi tendenzialmente multiculturale. Nella scuola il riferimento alla religione cattolica, ai suoi contenuti, deve di conseguenza avvenire sempre più in aperto confronto e in dialogo con le altre confessioni cristiane, le altre religioni e sistemi di significato presenti nella società.

C'è chi auspica un mutamento di disciplina, affermando che l'ora di religione dovrebbe diventare un'ora di insegnamento della "storia delle religioni", in

cui venga trattato l'argomento religione in chiave storica senza alcun intento catechistico, lasciando alle famiglie o alle strutture confessionali di ognuno il vero e proprio insegnamento religioso; a queste posizioni, la gerarchia cattolica ribatte che la connotazione confessionale dell'insegnamento di religione deve considerarsi un prezioso valore e non un limite poiché, pur essendo mosso da finalità catechistiche, esso si qualifica ciononostante come proposta culturale offerta a tutti. In tal senso, si propone come insegnamento che va oltre le personali scelte di fede, essendo prioritaria la sua vocazione culturale: decidere di avvalersi dell'insegnamento della religione cattolica per un ragazzo non significa dichiararsi cattolico, ma piuttosto scegliere una disciplina scolastica che si ritiene abbia un valore per la crescita della persona e la comprensione della realtà nella quale è inserito.

Coloro che invece sostengono la laicità dello Stato ribadiscono il loro no alla religione come insegnamento strutturato. Essi affermano che nell'attuale contesto multiculturale occorre educare le nuove generazioni alla diversità, con la conoscenza della storia dell'altro, nella sua dimensione culturale e religiosa. Solo in questo modo si possono prevenire i conflitti e gettare le basi solide per la costruzione di una società pluralista. Per poter garantire la tutela della mul-

ticulturalità, la scuola statale deve essere di tutti e quindi laica. La scuola, quale centro educativo, contribuisce in maniera determinante alla maturazione, allo sviluppo e alla valorizzazione del bambino prima e del giovane poi; essa tuttavia deve essere in grado di cogliere le variabili significative e le nuove prospettive culturali che si affacciano nella società e integrarle nei propri dinamismi.

Con lo scopo di corrispondere alle nuove esigenze sociali e culturali, negli ultimi anni sono stati riformati i programmi scolastici relativi all'insegnamento della religione cattolica. Gli argomenti affrontati durante le lezioni tentano di spiegare il fenomeno religioso nelle sue molteplici espressioni storiche, dedicando inoltre un'attenzione particolare al cattolicesimo come componente peculiare della cultura e dell'ambiente in cui vivono i destinatari.

L'insegnamento religioso si propone di aiutare il giovane nell'opera di costruzione di un futuro non deteriorato da pregiudizi o privilegi, favorendo un approccio culturale e critico in grado di fondare l'esperienza religiosa del giovane e di favorire la comprensione di quella degli altri.

Isabella Stanizzi/EURAC
Istituto di Comunicazione Specialistica
e Plurilinguismo
isabella.stanizzi@eurac.edu



MIT DEM KRUFIFIX GEGEN ANDERSDENKENDE?

Kreuze an öffentlichen Orten – ein Thema, das seit Jahren die Gemüter in verschiedenen europäischen Staaten erhitzt und nur all zu oft den Weg bis zu den obersten Gerichten fand. Seit Herbst 2003 ist nun auch Italien Schauplatz eines erbittert geführten Streits: Dürfen Kruzifixe an den Wänden öffentlicher Schulen prangen?

Der „Caso Ofena“ schlug im Oktober 2003 wie eine Bombe ein. Ein junger Richter an einem kleinen Landesgericht in den Abruzzen hatte angeordnet, die Kruzifixe aus allen Klassenräumen zu entfernen. Dabei traute er sich nur, die Verfassung wörtlich zu nehmen. Er erklärte zwei königliche Dekrete von Vit-

torio Emanuele für verfassungswidrig, die Kruzifixe für jeden Klassenraum vorschreiben.

Die Bevölkerung war empört und streikte. Der Hausmeister weigerte sich, die Kruzifixe abzuhängen. Der Bürgermeister ließ zum Schutz der Kinder vorübergehend die Schule schließen. Der Erfolg

ließ nicht lange auf sich warten: Der Präsident des Landesgerichts setzte die Anordnung vorläufig aus und erklärte sich als Zivilgericht für unzuständig. Ebenso wie die katholische Kirche fordern Italiens Politiker, dass die Kruzifixe als Zeichen von Freiheit, Vertrauen und Hoffnung an die christliche Kultur Itali-

ens erinnern sollen. Schüler sollten ständig das religiöse Erbe ihrer Nation vor Augen haben. Die Lega Nord geht sogar noch einen Schritt weiter. Ihre Parlamentarier möchten die katholischen Symbole außerdem in allen Büros der öffentlichen Verwaltung, in Bahnhöfen, Flughäfen und allen diplomatischen Sitzen Italiens im Ausland sehen.

Muslime, Atheisten und Grüne empört

Dieser Forderung steht eine Opposition gegenüber, wie sie nicht unterschiedlicher zusammengesetzt sein könnte. Strenggläubige Muslime und Atheisten berufen sich jeweils auf Laizität und Neutralität. Die Partei der Grünen fühlt sich als politische Opposition dazu verpflichtet, grundsätzlich gegen Rom zu wettern.

Die Muslimische Union Italiens fordert z.B. im geschilderten Fall die Gleichbehandlung aller Religionen und Glaubensgemeinschaften, wie sie die Verfassung garantiere. Italien dürfe nicht nur die katholischen Glaubenssymbole anbringen lassen. Aus den Reihen der Grünen hört man Vergleiche mit dem mittelalterlichen Kreuzzug gegen die „gefährlichen Islamisten“.

Der Verfassungsgerichtshof hätte 2004 die Möglichkeit gehabt zu entscheiden, ob die königlichen Dekrete aus der faschistischen Ära noch mit den heutigen Verfassungsprinzipien vereinbar sind. Doch auch die höchsten Verfassungshüter folgten dem Beispiel ihrer Vorgänger und erklärten sich für unzuständig. Sie flüchteten sich in verfahrensrechtliche Feinheiten, die jedoch rechtlich nicht

FÜR DIE KATHOLISCHE KIRCHE IST DAS KRUFIX ZEICHEN VON FREIHEIT, VERTRAUEN UND HOFFNUNG.

zu beanstanden sind. Damit bleibt der Streit offen. Das Lager der Befürworter feiert diese Entscheidung als grandiosen Sieg: christliche Kultur Italiens und nationale Identität sind gerettet.

Die scharfe Kritik, die Universitätsprofessoren und Verfassungsrechtsexperten üben, verhallt. Eigentlich hätte gar nicht anders entschieden werden können, als es schon der junge Richter im „Caso Ofena“ getan hatte.

„Die nationale Flagge, das Kruzifix und das Bild des Königs“

Die historischen Veränderungen des zwanzigsten Jahrhunderts liefern selbst die Antwort auf die Frage nach katholischen Symbolen an öffentlichen Orten.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war der katholische Glaube offizielle Staatsreligion. In den zwanziger Jahren benutzten die Faschisten Religion, um die Bevölkerung zu manipulieren.

Heute ist der Staat verpflichtet, die religiösen von den zivilrechtlichen Angelegenheiten strikt zu trennen. Die Neutralität des laizistischen Staates steht im Mittelpunkt – und auch im Brennpunkt. Die republikanische Verfassung befiehlt dem Staat seit 1949, die Vielfalt von Konfessionen und Kulturen zu schützen. Andere Glaubensgemeinschaften und atheistische Gruppen sind gleich wie die katholische Konfession zu behandeln, auch wenn sie nicht formal mit ihnen gleichgestellt sind. Italien ist jedoch

nicht wie das laizistische Frankreich, das alles Religiöse aus dem Alltag verdrängt. Italiens Laizität bedeutet, aktiv den Ausgleich aller zu suchen.

Als deren Folge schaffte Italien z.B. den Religionsunterricht als Pflichtfach 1984 ab (nur in Südtirol gilt die entgegengesetzte Regelung, dass sich der Schüler vom Religionsunterricht befreien lassen muss).

Der Streit, Kruzifixe ja oder nein, bewegt alle Gemüter. Jeder weiß emotional und spontan zu antworten:

- Werden Schüler durch die bloße Präsenz der Kruzifixe beeinflusst?
- Sollten nur Kruzifixe oder auch Kreuze verboten sein?
- Bedeutet Pluralität, dass Symbole aller Religionen aufzuhängen sind oder aber keiner einzigen?

Heute stehen sich die beiden Lager unversöhnlicher denn je gegenüber und ein Kompromiss scheint in unerreichbare Ferne gerückt. In Ofena trohnt seit 2003 ein drei Meter hohes Metallkreuz auf dem Dorfplatz vor dem Schuleingang – als Warnung an die Kläger von damals, die Muslimische Union Italiens.

Carolin Zwilling/EURAC
Institut für Föderalismus- und
Regionalismusforschung
carolin.zwilling@eurac.edu

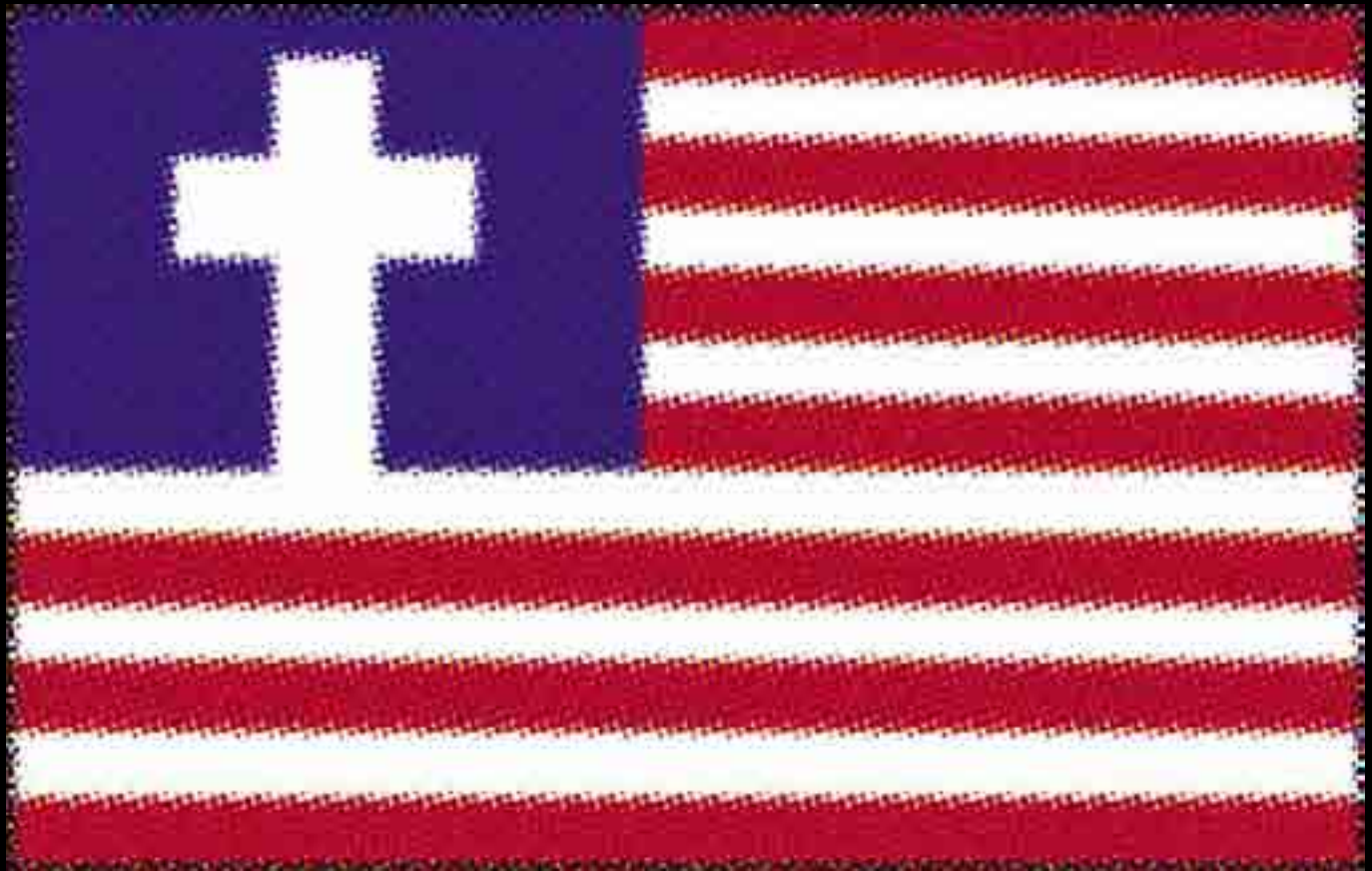
Ein Blick über die Grenze

Deutschland: 1995 hat das Bundesverfassungsgericht ein Bayrisches Gesetz, dass die Anbringung von Kruzifixen vorsah, für verfassungswidrig erklärt. Seitdem können Schüler und Eltern in Bayern beantragen, dass die Kruzifixe abgehängt werden.

Frankreich: Seit 2004 verbietet das Laizitäts-Gesetz in den Schulen auch neben dem Tragen von Kopftüchern das Tragen jeglicher religiöser Zeichen, größerer Kreuze als Kettenanhänger oder jüdischer Kippa.

Schweiz: Bereits 1990 hat das Bundesgericht Kruzifixe aus Schulräumen wegen Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht verbannt.

Österreich: Kruzifixe dürfen in allen Schulen hängen, in denen die Mehrheit der Schüler Christen sind. Der Staat geht in allen Schulen von einer christlichen Mehrheit mangels Gegenbeweises aus, da eine statistische Erhebung über die Religionszugehörigkeit durch das Gesetz zum Schutz der persönlichen Daten ausgeschlossen ist.



Die religiöse Rechte in den USA

Eine Herausforderung für die transatlantische Wertegemeinschaft

In den USA wirken sich religiöse Einstellungen der Bürger auf das politische Wahlverhalten aus wie in keiner anderen Demokratie des Westens. Religiös-moralische Orientierungen waren einmal mehr ein entscheidender Faktor bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen am 2. November 2004.

Der wiedergewählte Präsident George W. Bush fand die größte Unterstützung bei Wählern, denen religiös-moralische Wertfragen am Herzen lagen und denen der Terrorismus Sorgen bereitete. Nicht unvermittelt: Ging Präsident Bush doch auch mit „moralischer Klarheit“ (moral clarity) gegen die Terroristen vor. Der Oberste Befehlshaber demonstrierte seinen Anhängern Führungsstärke und Entschlossenheit, indem er – anders als sein Herausforderer Senator Kerry, dem Wankelmütigkeit unterstellt wurde – klar zwischen Richtig und Falsch, ja zwischen „Gut“ und „Böse“ unter-

schied. Sollten nicht massive wirtschaftliche Probleme eintreten, dürften neben den Sicherheitsfragen religiös motivierte moralische Kriterien auch bei künftigen Wahlen mitentscheidend bleiben. Welche Rolle spielen christlich rechte Interessengruppen bei der Beschaffung Republikanischer Mehrheiten im Kongress und für das Weiße Haus? Gelingt es der religiösen Rechten, ihr politisches Gewicht bei den Wahlen in politische Repräsentation und praktische Politik umzusetzen? Hat dies Auswirkungen auf die außenpolitischen Positionen Washingtons und insbesondere das transatlantische Verhältnis? Wie soll deutsche und europäische Politik damit umgehen?

Ein neues Establishment

Das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch-religiöser Bewegungen seit Beginn der 1980er Jahre ist eine der bedeutsamsten

kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und bildet die Grundlage für neuartige (außen) politische Machtstrukturen. Dabei spielt die sogenannte Christliche Rechte eine zentrale Rolle als Wählerpotential und Wahlkampfhilfe der Republikaner im Kongress und als Basis der Bush-Administration im Weißen Haus. Dies erklärt sich aus Veränderungen in der Gesellschaft und im politischen System. Christlich rechte Wähler und ihre Interessenvertretungen (Political Action Committees, Basisorganisationen und Think Tanks) nehmen nicht nur Einfluss auf Wahlen, sondern auch auf die politische Agenda der Vereinigten Staaten.

Außenpolitische Agenda

Außenpolitisch beziehen „Rechtgläubige“ (*true believers*) vor allem Stellung für ein militärisch starkes Amerika und den uneingeschränkten Schutz Israels. The-

men nationaler Sicherheit im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus spielen auch deshalb eine zentrale Rolle, weil sie die Kohäsion einer heterogenen Wählerschaft fördern und die Grundlage dauerhafter Republikanischer Mehrheiten bilden können.

Selbst für den Fall, dass Amtsinhaber Bush nicht wiedergewählt worden wäre, wäre das über Jahrzehnte aufgebaute Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten ebenso wirkmächtig wie deren Weltbild geblieben, insbesondere über ihre Netzwerke und Arbeitskreise gleichgesinnter Repräsentanten und Senatoren im Kongress.

Wirkungen

Das religiös-moralische Engagement christlich Rechter polarisiert die USA im Innern und führt zu Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen: bei grundsätzlichen Abwägungen zwischen dem Einsatz militärischer Gewalt und jenem diplomatischer Mittel, aber auch bei konkreten Politikvorstellungen zur Regelung von Konflikten, vor allem im Mittleren und Nahen Osten.

Anders als die Demokraten bleiben die Republikaner eher geneigt, militärische Gewalt anzuwenden – vor allem der harte Kern der evangelikalen Christen. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt setzen sie mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie, um Frieden zu gewährleisten. Christlich Rechte sind auch davon überzeugt, „dass Frieden im Nahen Osten nicht mit vertraglichen Vereinbarungen, diplomatischen Gesten oder wohlwollenden Gefühlen erreicht werden kann“. Laut Gary Bauer, Wortführer der Christlichen Rechten, „wird nur ein starkes und lebensfähiges Israel im Konzert mit den mächtigen und resoluten USA Frieden erreichen“. In gleichem Sinne begrüßte die Christliche Rechte das kompromisslose Vorgehen Präsident Bushs gegen das Tyrannen-Regime in Bagdad.

Religiöse Einstellungen spielen in der Frage des Irakkriegs nach wie vor eine signifikante Rolle: Häufige Kirchgänger bleiben eher geneigt, ihn zu unterstützen, als weniger religiöse Amerikaner. Vor allem weiße evangelikale Protestanten

sind nach wie vor der Auffassung, dass der Waffengang im Irak „gerechtfertigt“ ist, und sieben von zehn (72%) der Evangelikalen halten darüber hinaus am Konzept der präventiven Kriegführung fest. Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Kompromissfähigkeit des amerikanischen Präsidenten bei existentiellen Fragen der Sicherheit Amerikas sowie nicht zuletzt auch Israels

und hat damit auch Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen.

Empfehlungen für europäische Politik

Auf europäischer Seite ist nachhaltiger als bisher zur Kenntnis zu nehmen, dass die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten erhebliches politisches Gewicht hat. Ihr Gewicht begrenzt unter anderem auch den Handlungsspielraum George W. Bushs in zentralen außenpolitischen Feldern, vor allem in der Nahostpolitik. Die von Europäern favorisierte Politik, mehr Druck auf Israel auszuüben, wurde in Washington vor der Wahl 2004 schon aus wahltaktischen, wird aber auch weiterhin aus wahlstrategischen Überlegungen im Interesse an dauerhaften Mehrheiten nur rhetorisch unterstützt. Dies birgt auch eine Gefahr für gemeinsame Projekte wie die „Road Map“, die Wegskizze des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses, die vom sogenannten „Quartett“ – bestehend aus den USA, der EU, der Russischen Föderation und den Vereinten Nationen – vorgezeichnet wurde.

Angesichts dieser Konstellation amerikanischer Politik könnte der transatlantische Graben künftig noch weiter aufreißen, insbesondere in der Politik gegenüber Syrien und Iran – beides Länder, die in den Augen christlich Rechter die Sicherheit Israels und Amerikas unmittelbar bedrohen. Europäische Akteure sollten dieses Konfliktpotential in der Konsenssuche antizipieren und frühzei-



tig christlich rechte Interessenvertreter und Politiker in diplomatische Gespräche einbinden.

Europäische Politiker wie Nichtregierungsorganisationen sollten überdies generell das Gespräch mit Vertretern christlich rechter Organisationen in den Vereinigten Staaten suchen – nicht zuletzt um deren Sicht der Realität zu verstehen, um künftige transatlantische Herausforderungen zu erkennen und Ver-

ständigungsmöglichkeiten auszuloten. Regierungsvertreter sowie zivilgesellschaftliche Akteure diesseits des Atlantik sollten versuchen, die sich verhärtenden Positionen jenseits des transatlantischen Wertegrabens im Dialog aufzuweichen, damit religiöse Standpunkte und Weltbilder christlich Rechter in Amerika nicht die Perspektiven für gemeinsame Interessen und künftige gemeinsame Herausforderungen verstellen und zu einer gravierenden langfristigen Belastung der transatlantischen Beziehungen werden.

Josef Braml

Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

josief.braml@swp-berlin.org



Josef Braml ist Mitarbeiter der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* in Berlin und Spezialist im Bereich innenpolitischer Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren amerikanischer

Außenpolitik. Zuvor war er Projektleiter beim *Aspen Institute Berlin*, Visiting Scholar beim *German-American Center*, Consultant der Weltbank, Gastwissenschaftler an der *Brookings Institution*, Congressional Fellow der *American Political Science Association* sowie Legislativer Berater im US Abgeordnetenhaus. Soeben ist Bramls Studie „Amerika Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis“ bei Matthes & Seitz Berlin erschienen.

Living as a Minority in a Muslim State

Pakistan is a Muslim State where religious minorities suffer from oppressive legislation that fosters social discrimination and psychological intimidation. The tiny Christian minority was the main target of terrorism in Pakistan after 9/11

Each year, during the Islamic month of Muharram, the Shiites commemorate the death of Hussain, son of Ali and for the Shiites the legitimate successor of the Prophet Mohammed. The high point of the mourning ceremonies is a public self-flagellation ritual, which draws hundreds of spectators to the streets. The bloodied men strike themselves over the left shoulder, scourging and lacerating themselves deeply in order to praise Ali and Hussain. The whole eerie procession has to be overseen by the police to prevent interference from militant Sunnis. Iran is the only Islamic country with a Shiite majority; in Pakistan, on the other hand, they are the largest religious minority.

The Islamic Republic of Pakistan is predominantly a Muslim State, but other religious groups (including Ahmadis, Bahais, Buddhists, Christians, Hindus, Kalash, Parsi, Sikhs and Zikris) also live

there. These minorities represent approximately 8% of the total population, which consists of 77% Sunni Muslims and 15% Shiite Muslims. All the minorities except for the Shiites, Ahmadis and Zikris are

Deadly clashes between Sunni Muslims (77%) and Shiite Muslims (15%) are very common in Pakistan.

non Muslims, and with the continuance of oppressive laws, it is clear that governmental and legal structures favour the Sunnis while marginalizing and even endorsing discrimination against Shiites

and non-Muslims, who have been the targets of ethnic and religious hatred, ruthless killings and murders, destruction of property and places of worship, and crimes of sexual violence and kidnapping.

The Shiite community is present all over Pakistan and they are not allowed to practice their religion freely. For the majority of Sunni the beating and cutting during Muharram – mourning over the martyrdom of Hussain - is unbelief and religious Sunni fundamentalists declare them as “Kafir”, means non-Muslims. Especially local scholars are creating hate saying that if one kills a Shiite he can enter into heaven. State is very much involved in the matter of creating religious misbalance by having clashes among Sunni and Shiite. Due to the government negligence there are many Shiites who have been killed by the different



groups doing rallies, saying derogatory speeches in the mosque, writing verses and poems against Shiites. All this is happening under the supervision of government officials and nobody takes action against. In March 2004 an incident happened in Quetta. During the Muharram procession a bomb was blasted in which 52 people were killed, 154 were injured and a lot of shops burned in the attack. During the processions in different cities the government provides the special security but in this recent case the government forces took action only after four hours of the attack. The Shiite community is convinced that the government itself is involved in this act of terrorism even though the government of Pakistan has not declared the Shiite as non-Muslims.

In 1974, Prime Minister Zulfikar Ali Bhutto took the first step to marginalising the Ahmadi community. In the second amendment to the 1973 Constitution, the Ahmadis were officially declared non-Muslims, even though they consider themselves to be Muslims. Many accusations have been levied against them, such as that they defame and blaspheme the Sacred Prophet, that they do not observe the fast, that they are against Pakistan because they have good relations with India. Typically, the Blasphemy laws are used against them in claims that they write sacred verses on their marriage cards or recite forbidden verses from the holy book in prayer. In the past, the Ahmadi community possessed high social status and political representation, but today they have to hide their identities to get work, and have no representation in any of the state institutions (see article p. 34).

Similar to the Ahmadis, Christians are accused of disloyalty, as well as of preaching to Muslims in order to convert them. Therefore the tiny Christian minority (less than 2% Pakistan's population) was the main target of terrorism after the 11th of September. Schools, hospitals, churches and Christian organ-

izations were attacked, and Christians were forced to convert to Islam. In the bombing of a Christian hospital church in Texila in August 2002, where 95% of the patients were Muslims, four Christian nurses were killed. A famous case of discrimination against Christians was the murder of Javeed Anjum. The 19-year old boy was drinking water from tap near a Muslim seminary school where the administrators of the school caught and tortured him, claiming that he was trying to steal their water pump. They held him in their custody for five days, denying him food and water, subjecting him to electric shocks, torturing his body with hot rods, piercing him with large needles and forcing him to change

Christians are constantly forced through torture to convert to Islam.

his religion. After falling unconscious, he was handed over to police, who refused to take him because of his precarious situation. Some weeks later, on 2nd May 2004, he died in hospital because of his serious injuries. After protest, the police began investigating the case and arrested his alleged captors. The case of Javeed Anjum is a good example of the frequent involvement of local authorities in the incidents or they are not very active to investigate against Muslims.

Hindu-Muslim relations in Pakistan are very often dependent on events in India. The fundamentalists provoking actions against Hindus in reaction to the Gujrat conflict in India, accusing the Hindu community of having links with India. Because of such misconceptions among the common people, Hindu families cannot allow their children to leave the house alone for fear that there are not safe. Hindu women cannot wear their traditional Saris, as this would identify them as Hindus, and they are forbidden from



eating in Muslim hotels or using the same glasses and plates as Muslims, because people consider them impure. Even in schools, children are segregated on the basis of their religion. Forced conversion is a major problem, as working-class are obliged by their landlords to change their religion. Worse still is the rampant harassment and rape of poor girls by their Muslim landlords. The government has not taken any action against this practice, while a Muslim who converts to another religion faces the death penalty.

All of the other small religious minorities face similar problems, and suffer from oppressive legislation that fosters social discrimination and psychological intimidation. Religious intolerance is on the increase because the authorities remain fearful of challenging extremism and religious fanaticism. Misleading information is disseminated by the manipulative media – journalists refuse to cover minority news, and promote propaganda against minority religious groups. Urdu

Hindus are forbidden from eating off of the same plates as Muslims, as they are considered impure.

newspapers, especially, make frequent derogatory statements about minorities, whereas English newspapers are more positive, as their readers are often members of a minority or a specific social class.

The biggest cause of political discrimination against religious minorities before 2002 was the system of separate electorates. Under this system, Muslims were elected legislators by an exclusively Muslim list of voters, while non-Muslim denominations could vote only for members of their own religion on separate voters' lists. The religious minori-

ties opposed this system, which excluded them from the political mainstream and led to discrimination in the educational, social and economic fields. In 2002, a common voters' list was adopted, though the Ahmadis remain excluded. The religious minorities have reserved seats in all legislative bodies except for the Senate, and these seats are filled with candidates appearing on the political parties' lists according to the proportion of seats won by these parties.

Pakistan has gradually moved to a theocratic state, and Islam is its state religion. Tyranny and criminal prosecution under religious law continues, and the minorities are unable to raise the issues until the national and ethnic diversities are not only recognized but also respected through constitutional instruments and democratic governance.

Günther Rautz/EURAC
Institute for Minority Rights
guenther.rautz@eurac.edu



The Badshahi mosque is one of the largest mosques in the world. The white building behind the mosque is the Sikh temple "Samadhi of Maharaja Ranjit Singh"

EURAC researcher visits Pakistan

The second South Asian Workshop on „Combating Racism, Xenophobia and Discrimination Against Ethnic Minorities and Indigenous Peoples“ was held in Lahore, Pakistan, March 22-31. The 10-day workshop was sponsored by the European Commission and organized by the EURAC together with local partners like HRCP Pakistan and SAFHR Nepal. On behalf of the EURAC Institute for Minority Rights, Günther Rautz participated at the sessions which concentrated on the history of state formation, constitutional developments, ethnicity and national unity, protection of ethnic, religious and political minorities and the comparison between South Asian and European case studies.



Guilty of Faith



In Pakistan, blasphemy laws are used to persecute the Ahmadi minority, condemning them to death or prison if they declare themselves Muslims.

The nation of Pakistan was founded through the partition of India in 1947 as a homeland for Indian Muslims. The movement for a separate state was based on the idea that Muslims were socially, politically and economically excluded in Hindu-dominated India, and only the establishment of a separate homeland could correct their marginalisation. The inherent complexity of constructing a new nation, however, proved a difficult process, which ironically led to the marginalisation and denial of citizen's rights in a nation established to remedy minority exclusion.

Pakistan signed the Universal Declaration of Human Rights in 1948, a young nation tending toward secular political order under the leadership of Muhammad Ali Jinnah, who died the same year.

While Ahmadis consider themselves Muslims, they are rejected by both orthodox Shiites and Sunnis.

Immediately after his death, lawmakers commenced the preparation of an 'objectives' resolution, which was adopted by Pakistan's Constituent Assembly in 1949 despite serious objections raised by Hindu members from East Pakistan. The Resolution promised a society based on the Quran and Sunna, while assuring the

non-Muslim minorities of complete freedom of worship. The government, then led by modernist prime minister Liaqat Ali Khan, was conscious of the Universal Declaration of Human Rights passages stating that "everyone has the right to freedom of thought, conscience and religion; this right includes freedom to change his religion or belief and freedom either alone or in community with others and in private or public to manifest his religion or belief in teaching, practice, worship and observance" [Article 18] and that "no one shall be subject to discrimination by any state, institution, group of persons or person on the ground of religion or other belief." [Article 2].

The Objectives Resolution was therefore carefully designed. It began with a reference to a generic God (later changed to

'Allah') and a clear commitment to the free practice of other religions. In 1985, the word 'free' was deleted through a constitutional amendment, a symptom of the gradual erosion of religious freedom in Pakistan.

The main targets of persecution today are the Ahmadis - a young religious minor-

ity. The scope of this article is to examine the situation of Ahmadi community in Pakistan, and I will not attempt to discuss the situation of other non-Muslim minorities (such as Hindus, Sikhs, Christians, and other indigenous peoples), which are in no way less important.

While Ahmadis consider themselves Muslims, they are rejected by both orthodox Shiites and Sunnis. The controversy over the Ahmadi sect started a century ago, when a Muslim cleric, Mirza Ghulam Ahmad, declared himself a prophet of Islam. Orthodox Muslims denounced him as a false prophet and an apostate in violation of the principle of finality of prophet hood (the belief that Mohammed was the last true prophet), declaring his followers heretics and excluding them from the Muslim faith. Ahmadis have been banned from using Islamic symbols in Pakistan since 1974, when the national parliament declared them non-Muslim in a constitutional amendment, a clear violation of the article 18 of UDHR. This decision could only be interpreted as an extension of the policy of excluding the minorities from full-fledged democratic participation by identifying them as 'separate electorates', a process which began in 1954. The orthodox Islamic political parties mobilised their activists to attack prominent Ahmadi families and figures, whose homes and properties were burned



The Aqsa Mosque, Rabwah, Pakistan (copyright www.alislam.org)

Ahmadis that present themselves as Muslims are punishable by life imprisonment or hanging.

down. Thousands were killed in the anti-Ahmadi movement, and Pakistan successfully marginalised another minority religious community.

The persecution of the Ahmadis increased when general Zia-ul-Haq seized power in 1977 and initiated the program of Islamification. In 1984, the General amended the Pakistan Penal Code with sections 298-B and 298-C, new blasphemy laws providing for blanket prohibition of acts ranging from Ahmadis to presenting themselves as Muslims, preaching or propagating their religion in writing or speech, or using Islamic terminology or practices of worship and making such offences punishable by life imprisonment or hanging.

While separate electorates were nominally abolished in 2002 under President General Pervaiz Mushraff, discriminatory practice continued, as voters identifying themselves as Muslims were required to declare absolute faith in the finality of the prophet hood: a demand expressly excluding Ahmadis from registering as Muslims. The issue of finality of prophet hood is also being used against Ahmadis in the private economic sector as well. In February 2004, the once-public Sui Southern Gas Company entered the stock market, requiring prospective sharehold-

ers to declare themselves 'Muslim' or a non-Muslim, forcing Ahmadis (like the voting registration requirement) to either declare themselves non-Muslim or face prosecution for blasphemy.

In 2004 alone, over 100 cases were registered against individuals under blasphemy laws, according to an annual report by the Human Rights Commission of Pakistan – needless to say, the majority of them were ill-fated Ahmadis. Even more disturbing is the fact that studies conducted by non-governmental organisations (NGOs) show that the majority of blasphemy law cases were used to settle personal scores or extort money from the defendants.

In its persecution of the Ahmadi and other non-Muslim minority groups, Pakistan has ignored its commitment to the Universal Declaration of Human Rights and other International Covenants. The unwillingness of successive governments to support religious minorities is criminal, and the liberal parties' lack of political will and compromising politics have left religious minorities at the mercy of militants and fringe elements.

The protection of minorities is an inherent part of European Union policy on human rights: Article 14 of the European

Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms states that the rights and freedoms laid down in the Convention should 'be secured without discrimination on any ground such as sex, race, colour, language, religion, political or other opinion, national or social origin, association with a national minority, property, birth or other status'. As the EU is its largest trading partner, Pakistan has an obligation to fulfil under the European Convention on Human Rights. Without pressure from the international community, there is little hope that religious minorities in Pakistan will attain equal constitutional and legal status.

Shahid Fiaz

Human rights activist
and secretary general of SAFHR Pakistan
shahidfiaz@gmail.com



Shahid Fiaz is participating in the Europe-Asia exchange project on experiences of the politics of recognition, organized by the EURAC. In late June, he visited the EURAC for 10 days. Together with

eight other participants from India, Nepal and Pakistan, he examined South Tyrolean autonomy in particular, and in general the European approach to conflict management regarding minority issues.

Shahid Fiaz has been working as a human right activist for SAFHR Pakistan (Lahore) since 1999. The organisation is mainly engaged in the peace movement between India and Pakistan and promoting a network of human rights activists throughout Southeast Asia.

"Democracy is a cross-border phenomenon that has to be approached at all levels and from all states", Shahid explains. SAFHR is among other training programs also offering workshops for women in conflict zones. "They are suffering the most from war. Left alone, they have to deal with big responsibilities, defend their homes and feed their families. Many of them are forced into prostitution."

Un equilibrio difficile

In poche democrazie al mondo convivono così tante comunità religiose come in India. E benché lo stato, ispirato al principio della laicità, cerchi di tenere rigorosamente separate religione e politica, non sempre ci riesce, come dimostrano le tensioni che divampano regolarmente tra induisti e musulmani.



Ha più di un miliardo d'abitanti, è il più grande paese democratico del mondo, e abbraccia un gran numero di lingue, caste e religioni – tra cui quella indù (82% della popolazione), islamica (11%), cristiana (2,5%), sikh (2%) e buddista (1%). Ma lo sforzo che l'India deve compiere per tenere insieme questo mosaico culturale e politico è davvero enorme – basti pensare agli oltre 40 partiti e alle 20 lingue ufficiali del paese – ed essere riusciti ad importare la democrazia in una terra culturalmente tanto variegata è stato un vero miracolo.

Di primo acchito, l'India appare al visitatore estremamente varia, ma anche assai equilibrata. A un'osservazione più attenta, però, i conflitti tra filosofie di vita per molti aspetti profondamente diverse non tardano a venire a galla. Non stupisce, dunque, che la convivenza sia spesso difficile, anche alla luce di quello “scontro di civiltà” – per dirla con Samuel Huntington – che in India vede contrapposti gli induisti ai musulmani. Uno scontro che giunse al suo apice più sanguinoso nel 1992, allorché un gruppo d'estremi-

sti indù distrusse una moschea nella città di Ayodhya. Il tempio era stato costruito dai musulmani proprio nel luogo che – secondo la leggenda – diede i natali al dio indù Ram, un vero e proprio affronto per la comunità induista. In quell'occasione, gli scontri e le manifestazioni di massa lasciarono sul terreno più di 1000 morti e svariate migliaia di feriti.

Il timore che le differenze culturali tra induisti e musulmani potessero degenerare si era fatto strada tra i dirigenti poli-

tici fin dal momento in cui fu costituito il nuovo stato indiano, tanto è vero che già nel 1947 si era decisa la cosiddetta *partition*, ossia la creazione di uno stato musulmano separato a Nord del paese che prese il nome di Pakistan. Negli anni successivi, l'India tentò in vari modi di indurre i musulmani ancora presenti nel proprio territorio ad emigrare in Pakistan, ma la propaganda non ebbe il successo sperato, e non tutti si lasciarono persuadere ad abbandonare il suolo natio alla volta di una terra considerata straniera. Gran parte dei musulmani, infatti, vivono ancora oggi nell'India settentrionale, dove costituiscono circa un quarto della popolazione, ma con punte del 70% nella regione del Jammu e Kashmir.

Fin dall'inizio, del resto, questo piano d'epurazione religiosa imbastito dal governo indiano apparve in aperto contrasto con la costituzione, che sancisce a

Le ipotesi, almeno teoriche, sono sostanzialmente due:

- 1) Il secolarismo, ossia uno stato che adotta rigorosamente lo spirito della costituzione, garantendo a tutti il medesimo trattamento, ma non lasciando emergere posizioni di minoranza. In questo caso, i musulmani, minoritari, sarebbero semplicemente assimilati, fomentando così la loro resistenza.
- 2) La seconda ipotesi sarebbe il comunalismo, ossia uno stato che adotta un'interpretazione più tollerante delle leggi, lasciando spazio alle identità culturali, ma correndo il rischio, così facendo, di aumentare il divario tra le comunità religiose. In sostanza, si favorirebbe l'isolamento al posto del-

preferì lasciare più spazio alle rivendicazioni islamiche, dando agli induisti la sensazione di essere svantaggiati e spingendoli alla ribellione.

Il Bharatiya Janata Party (BJP), che ha governato negli ultimi anni, ha adottato una politica molto diversa da quella di Indira Gandhi, professando i principi di uno stato rigorosamente laico e votato all'uguaglianza di tutti i cittadini. Ma queste posizioni rigide del BJP hanno suscitato proteste e critiche molto aspre da parte dei musulmani, costretti a rinunciare alle proprie tradizioni, creando di fatto una polarizzazione delle posizioni in campo.

Durante il governo di Indira Gandhi, il "Partito del Congresso", constatato che il diritto civile indiano non era applicabi-

Nel 1992, gli scontri tra musulmani e induisti provocarono oltre mille morti in tutto il Paese.



chiare lettere la parità di diritti per tutti i cittadini, a prescindere da casta, razza o religione. L'India è uno stato laico, che come tale assume una posizione neutrale nei confronti delle religioni, ma la religiosità profonda che permea tanto la comunità induista quanto quella musulmana rende assai difficile l'attuazione pratica di questo principio di neutralità. Come si fa a garantire "parità" in una terra in cui si fronteggiano due comunità religiose così diverse fra loro?

l'integrazione. Un effetto negativo di questa politica già si vede nel nazionalismo hindutva, che spinge gli induisti non solo a isolarsi, ma addirittura a considerarsi la razza "pura", superiore alle altre.

La politica indiana, dal canto suo, fin da quando nacque il nuovo stato, ha sempre avuto parecchie difficoltà a trovare un equilibrio fra i due principi. Se nei primi decenni Nehru aveva cercato di assumere un ruolo di mediazione, Indira Gandhi, che gli successe alla guida del governo,

le secondo i principi musulmani, aveva varato per questa comunità religiosa delle apposite norme di "diritto personale", per esempio consentendo ai musulmani di contrarre quattro matrimoni, mentre a un induista era consentito sposarsi una sola volta. Ma se ai musulmani questo gesto di tolleranza era parso appropriato, gli induisti lo considerarono subito una spina nel fianco.

Ancora oggi, comunque, nonostante i molti tentativi, l'India non ha un codice civile che valga per tutti i cittadini, anzi, ci

sono state perfino delle sentenze giudiziarie pronunciate in prima istanza contro musulmani, annullate poi in appello in quanto incompatibili con il "diritto personale" musulmano. Un caso eclatante fu quello di Shah Bano, un musulmano che nel 1987, era stato condannato in primo grado a pagare un assegno di mantenimento alla ex moglie. Ma questa sentenza, in aperto contrasto con le tradizioni musulmane, scatenò subito le reazioni inviperite dei musulmani conservatori, tanto che Rajiv Gandhi, all'epoca capo del governo, si vide costretto a varare una legge speciale sulla "tutela dei diritti in caso di divorzio", che abolì di fatto per i musulmani divorziati l'obbligo di mantenimento nei confronti dell'ex coniuge. Per valutare l'equità di un trattamento giuridico particolare in favore della minoranza musulmana occorre considerare l'identità culturale e religiosa dell'Islam, per verificare se determinati valori e norme possono effettivamente trovare spazio nello stile di vita islamico, o fino a che punto si può invece pretendere che i musulmani si adeguino alle leggi induiste.

Gli indiani, infatti, si sono dati uno stato fondato sul modello occidentale laico, dove le religioni sono "subordinate" alle istituzioni politiche, ma dove è sancito il diritto di tutti a manifestare e a professare una fede religiosa. Diametralmente opposto è il principio che guida l'Islam, che invece pone la religione al di sopra dello stato. L'Islam, infatti, parte dal presupposto che la fonte d'ogni legge o impegno vincolante per la persona debba discendere dalla sharia, che a sua volta è tratta direttamente dal Corano e dalla Sunna. Quest'ultima è considerata l'interpretazione secolare delle norme islamiche, formulata direttamente dai profeti, e le disposizioni della sharia prevedono che uno stato sia legittimato ad esercitare il proprio potere solo quando le sue leggi sono in sintonia con i precetti islamici. È da quest'impostazione che deriva il problema di fondo di far convivere i musulmani con altre comunità, poiché questa comunità religiosa pone i comandamenti coranici al di sopra delle leggi dello stato,



e non viceversa. Per un musulmano credente, ogni legge non ispirata alla sharia costituisce quindi un'imposizione non applicabile.

Ma allora, come si può conciliare l'idea dello stato d'ispirazione islamica con quella occidentale o laica? Probabilmente, l'unico modo per uscire dal dilemma è che ambo gli schieramenti scendano a un compromesso. La stessa religione islamica, del resto, è interpretata in modi diversi ed elastici dai musulmani, e non essendo un costrutto rigido, la sharia potrebbe senz'altro adeguare il proprio concetto di uguaglianza ai principi voluti dai padri fondatori della costituzione indiana. Nel contempo, però, la maggioranza induista del paese non deve cercare di assimilare le minoranze, ma piuttosto lasciare loro uno spazio in cui realizzarsi liberamente. Probabilmente è questa la condizione indispensabile per fare in modo che l'India continui ad avere, anche negli anni a venire, quella varietà e quell'equilibrio tra le differenze per cui l'abbiamo sempre conosciuta e apprezzata.

Tanja Mayrgündter
Politologa
mayrguendter@msn.com

Tanja Mayrgündter ha studiato scienze politiche, economia politica e storia e al momento sta concludendo il suo dottorato di ricerca alla Leopold-



Franzens-Universität di Innsbruck. I suoi interessi vertono sulla gestione dei conflitti, in particolare nell'ambito dei conflitti regionali entro sistemi democratici. C'è un paese che esercita

su Tanja Mayrgündter un grande fascino: l'India. Al proposito afferma: "Malgrado il paese sia caratterizzato da un varietà di condizioni spesso dolorosa, sono convinta che possa trovare un equilibrio politico tra i vari interessi".

„Nicht alles rechnet sich in Geld“

Guido Perathoner, Moraltheologe und Referent im EURAC-Lehrgang Ethik und Tourismus, über das heikle Thema Umwelt, Nachhaltigkeit und soziale Beziehungen in der Tourismusbranche.

ACADEMIA: Herr Perathoner, womit beschäftigt sich Tourismusethik?

Perathoner: Mit sehr vielen unterschiedlichen Dingen, so etwa mit Umweltschutz - wie kann ich eine touristische Destination nachhaltig schützen, damit sie auch in Zukunft interessant bleibt? Mit Entwicklungshilfe - wie kann der Tourismus Drittweltländern in einer ethisch vertretbaren Entwicklung helfen? Mit sozialen Aspekten - wie der Frage, wie kann der Touristiker als Mensch reifen, welche charakterlichen und professionellen Schlüsselqualifikationen sollte er pflegen, um als Touristiker und Mensch in einem so anspruchsvollen Arbeitsfeld lange und gut arbeiten zu können. Wie gehen Touristiker oder Hoteliers mit Menschen um, egal ob es der Gast oder ein Mitarbeiter ist...

Thema Umgang mit Menschen. Ist es nicht schwierig den touristischen Kleinunternehmer davon zu überzeugen, den Mitarbeiter mit Samthandschuhen anzufassen. Sein Betrieb muss sich doch in erster Linie rechnen. Und wenn es einer Arbeitskraft nicht passt, dann ist sie auch austauschbar.

Sie sprechen da einen heiklen Punkt an. Der Hotelier denkt natürlich zuallererst an die Zahlen. Stimmen sie? Rechnet sich sein Betrieb? Im Alltagsgeschäft bleibt ihm gar keine Zeit für ethische Überlegungen wie - Ist mein Tellerwäscher aus Pakistan glücklich? Die Zeit sollte er sich manchmal einfach nehmen, auch und nicht zuletzt, um über sein eigenes persönliches Glück nachzudenken.

Das bleibt im Hotelbetrieb ja oft auf der Stecke.

In den 1990er Jahren hat es in Nordtirol einmal eine Studie gegeben, wonach die Scheidungsrate bei Hoteliers besonders hoch ist. Wenn ich mich recht erinnere war auch die Suizidrate in dieser Be-

rufsgruppe beachtlich. Familienethik ist beispielsweise auch ein Thema mit dem sich Tourismusethik beschäftigt.



Guido Perathoner

Was für eine Möglichkeit hat denn ein Gastgeber, sich in sein eigenes Privatleben zurückzuziehen. Wie gastfreundlich muss er sein?

Dieses Thema haben wir in meiner Moduleinheit ausgiebig diskutiert. Die Erwartungshaltung der Gäste ist natürlich groß. Sie bezahlen ja sozusagen für die „Gastfreundschaft“. Ein schwieriges Wort im Übrigen. Denn wie kann Freundschaft in so kurzer Zeit entstehen. Prof. Elmar Waibl, ein weiterer Referent beim Seminar Tourismus und Ethik, hat vorgeschlagen von Gastfreundlichkeit zu sprechen. Mit diesem Wort fällt es dem Gastgeber vielleicht leichter auf Distanz zu gehen. In jedem Fall muss auch der Hotelier die Möglichkeit eines Rückzugsgebiets in Anspruch nehmen dürfen. Was natürlich nicht immer einfach ist.

Wie viel hat Ethik mit Religion zu tun?

Viele Menschen setzen Ethik, Moral und Religion gleich. Natürlich bauen Religionen auf ethische Moralvorstellungen, aber es gibt auch eine Ethik außerhalb der Religionen. Grundprinzipien, wie

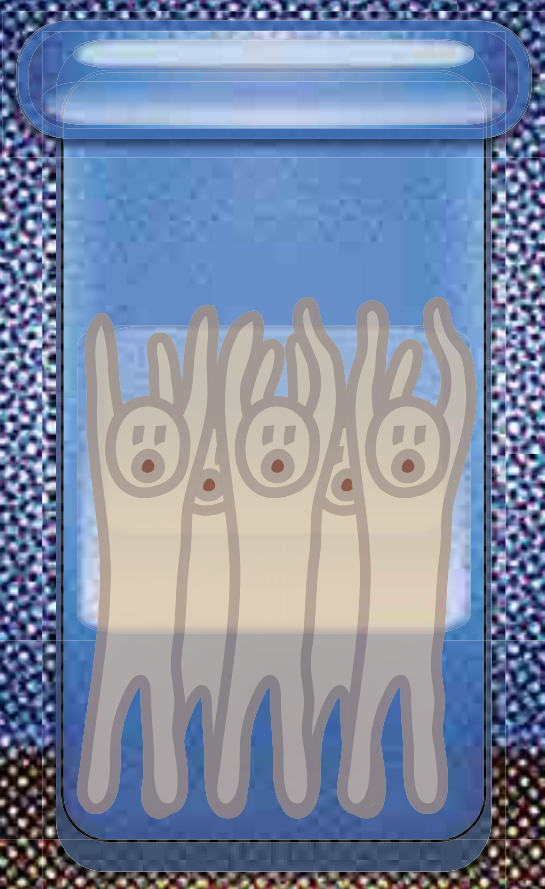
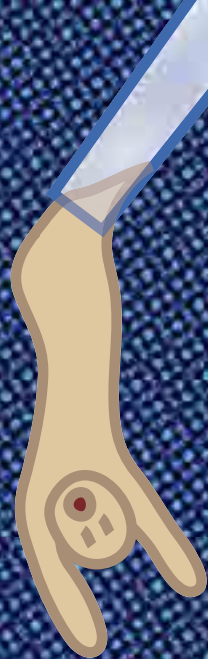
die Achtung vor dem Nächsten, gelten in allen Lebenslagen und Disziplinen, egal welcher Glaubensgemeinschaft ein Mensch angehört. Wenn ich als Pfarrer von Ethik im Tourismus spreche, werde ich oft etwas schief angeschaut. Das liegt mitunter auch an der antikirchlichen Einstellung.

Sollte sich die Kirche in Südtirol mehr des Themas Tourismusethik annehmen? Dieselbe Frage könnten Sie mir stellen in Sachen Wirtschaftsethik, Bioethik usw. Natürlich hat die Kirche den Auftrag sich um Ethik in weiterem Sinne zu kümmern. Dass und wie ein Pfarrer aber eng mit Touristen und Touristikern zusammenarbeitet, bleibt ihm überlassen und muss in erster Linie erwünscht sein. Mir geht es vielmehr darum, dass bei Seminaren, wie jenem der EURAC, Touristiker, Politiker, Hoteliers, Pfarrer, Wirtschaftstreibende usw. für das Thema Ethik im Tourismus sensibilisiert werden. Denn nicht alles rechnet sich in Geld. Glück, Wohlbefinden und eine schöne Landschaft am allerwenigsten.

Das Interview führten Sigrid Hechensteiner und Frieda Raich

EURAC-Kompaktlehrgang zu Ethik und Tourismus

Wie kann Gastfreundschaft gelebt werden, damit sich sowohl Gastgeber als auch Gäste wohlfühlen? Und wie können gerade ethische Werte einen Qualitätstourismus ermöglichen? Mit Fragestellungen zur ethischen Dimension im Fremdenverkehr beschäftigte sich ein Kompaktlehrgang der EURAC und der Pädagogischen Akademie Stams in Zusammenarbeit mit der Diözese Bozen-Brixen und der Tirol Werbung. Der Kurs fand von November bis Mai in vier Lehreinheiten in Galtür, Bozen, Stams und Brixen statt.



Bioetica per una società pluralista

Vacilla ormai da tanto la fede cieca nel progresso, cresce la paura per le possibili aberrazioni della sperimentazione. Tra questi due estremi, si esplica oggi la realtà della scienza, che sempre più spesso è chiamata a interrogarsi sui risvolti etici della ricerca. In un dialogo più aperto e pacato tra esperti, ricercatori, politici e soprattutto cittadini.

Il termine bioetica evoca spesso scenari di conflitto tra i valori morali di una società e le esigenze della scienza, conflitti su temi come i diritti degli embrioni, la genetica, l'eutanasia, l'aborto e molte altre questioni che toccano profondamente le nostre corde razionali ed emotive. Ma se è vero che l'obiettivo di questa nuova disciplina è sicuramente mettere in risalto gli scenari contraddittori aperti dalla riflessione etica sul progresso della scienza, è anche vero che sua aspirazione ultima è quella di creare le

basi di conoscenza, riflessione, dialogo allargato affinché un consenso possa essere trovato tra le diverse posizioni esistenti all'interno di ogni società.

Ciò trova ulteriore conferma nelle ragioni storiche che hanno portato alla nascita della bioetica, nelle quali si può cogliere un nodo centrale: la bioetica nasce come tentativo di dare risposta a un allarme, quello della crisi ecologica prima e quello legato alle scienze della vita poi. Dopo gli orrori del nazismo, il progresso nella scienza e nella sperimentazione acquista improvvisamente contorni inquietanti, fa nascere il timore che quella stessa scienza capace di migliorare la salute, le tecniche, la vita in generale possa essere usata per distruggere, sia capace di operare cose innominabili nel nome della sperimentazione. Da queste considerazioni nasce una tensione tra due posizioni estreme: una che teme ogni aspetto del progresso scientifico, l'altra che vede la libertà della ricerca come unica scelta possibile e non limitabile. Tra i due estremi, come spesso accade, si snoda la realtà della ricerca.

La dimensione etica delle scienze della vita è legata alle incredibili possibilità aperte dalle moderne biotecnologie, che di fatto hanno influito anche sulla nostra percezione del concetto di "limite": allungare la vita oltre i limiti del corpo (ne sono un esempio tutte le tecniche di rianimazione e sostegno artificiale del respiro e della nutrizione), creare la vita in vitro ecc. La regolamentazione dell'uso di tali tecnologie si pone al crocevia tra scienza e decisioni eticamente e politicamente rilevanti.

La bioetica nasce come risposta all'esigenza di controllo e regolamentazione di queste possibilità e si caratterizza per la sua dimensione multidisciplinare e democratica. Si tratta di una sorta di riappropriazione da parte della società di una possibilità di esprimersi, anche in senso decisionale, riguardo alla scienza e alla ricerca.

Partendo dalla considerazione che non esiste una scienza pura, fatta solo di conoscenze tecniche e scollegata da considerazioni etiche e politiche si rileva come gli scienziati non siano gli unici attori che possono esprimere un giudizio autorevole sulle questioni "scientifiche", né lo sono i bioeticisti o altri esperti. Esistono infatti questioni ove neppure gli scienziati riescono a trovare un accordo. In quei casi affidare le decisioni agli esperti non ha alcun valore aggiunto ed esclude semplicemente i cittadini dal processo decisionale. Un esempio molto chiaro di questa dimensione complessa della scienza è il recente dibattito sulla fecondazione assistita. Le questioni tecnico-scientifiche sul tema della procreazione hanno mostrato di possedere implicazioni etiche e politiche molto forti. Quando può definirsi vita umana personale un agglomerato di cellule? Quanti embrioni devono essere impiantati? Queste non sono questioni solo tec-

niche. Lo dimostra banalmente il fatto che gruppi di esperti si schierano su fronti opposti, senza soluzioni univoche.

In Italia il dibattito bioetico tende inoltre a cristallizzarsi su posizioni di valore che si riflettono in schieramenti politici: bioetica cattolica o laica, bianco e nero. In realtà le posizioni sono ben più variegata e la dicotomia bianco/nero non riflette assolutamente tale ricchezza. Associare le idee a uno schieramento toglie ancora una volta la parola al cittadino, per delegare questo diritto alla politica o a una religione. La dimensione del conflitto su schieramenti opposti è facilmente comprensibile se il livello del discorso rimane sul piano delle preferenze personali, ma dovrebbe assumere altri toni quando si tratta di definire politiche pubbliche, politiche che impongono all'intera comunità il punto di vista che esprimono. Le posizioni sono estremamente variegata secondo culture, posizioni personali, appartenenze religiose.

Ma ogni cittadino è in grado di pensare autonomamente, di partecipare attivamente allo sviluppo del dibattito, alla maturazione di decisioni che riguardano la società intera: del resto, se un parlamentare senza alcuna preparazione specifica è in grado di prendere una decisione, perché mai un cittadino informato non dovrebbe esserlo?

Da questa considerazione nascono esperienze in bioetica che si allontanano dalla mera contrapposizione di valori, e chiedono a gruppi di cittadini di partecipare attivamente alla costruzione di politiche sanitarie, ambientali ecc. che tengano conto della loro opinione diretta. Un esempio recente viene dal Canada, dove gruppi di cittadini hanno partecipato attivamente alle consultazioni pubbliche sugli xenotrapianti (trapianti di organi da animali a umani che presentano molti rischi), contribuendo a definire insieme agli scienziati e agli esperti dove porre i limiti e come regolare l'uso questa tecnica (se pagarla, permetterla, applicarla, a chi ecc.).

In una società complessa la bioetica ha un ruolo chiave: quello di introdurre e far circolare tutti i diversi aspetti della discussione su temi rilevanti nelle scienze della vita, temi che riguardano tutti da vicino. Delegare solo agli esperti le decisioni su questi temi è per la società una perdita della possibilità di democratizzare la scienza, quella stessa scienza che ha implicazioni essenziali per la nostra vita e che è ben lungi dall'essere quel paese della neutralità che spesso è la sua distorta immagine vulgata.

Deborah Mascalconi/EURAC
Istituto di Medicina Genetica
deborah.mascalconi@eurac.edu

Mit Vollgas durch die Alpen



Foto: Anton Aschbacher

Jährlich donnern Millionen Lastkraftwagen über alpinen Asphalt. Die Ausweichmöglichkeit Schiene wird bislang nur unzureichend genutzt. Dies liegt zum einen am schlecht ausgebauten Bahnnetz, zum anderen aber auch an schlecht durchdachter Verkehrspolitik. Schweiz und EU versuchen einem Problem Herr zu werden, dem kaum Herr zu werden ist.

„Hierher gekommen, gleichsam gezwungen, endlich an einen Ruhepunkt, an einen stillen Ort, wie ich ihn mir nur hätte wünschen können [...]“
schrieb Goethe am 8. September 1786 als er den Brenner erreichte.

Ruhig und beschaulich wie zu Zeiten des großen deutschen Literaten ist es auf dem meist befahrenen Alpenpass schon lange nicht mehr. Wie Perlenketten reiht sich Lastwagen an Lastwagen, alle acht Minuten quert ein Güterwagen den Grenzübergang.

Der Brenner war schon immer wichtiges Nadelöhr für den Handel zwischen der italienischen Halbinsel und dem Rest Europas. Die Menschen dies- und jenseits der Alpen haben von seiner strategischen Bedeutung profitiert und teilweise auch ihren Wohlstand darauf begründet. Doch was einst ein Segen war, erweist sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend als Fluch. Entlang der Brennerachse ist, wie auch in vielen anderen Teilen des Alpenbogens, der Verkehr zum Problem geworden, für die Ortschaften, die Umwelt und auch die regionale Wirtschaft.

Güterverkehr im Alpenraum

Es gibt heute 16 gut ausgebaute Alpenübergänge (s. Abb. 1). Im Jahr 2003 wurden über diese Übergänge insgesamt 183,3 Mio. Tonnen an Gütern transportiert.

Das sind doppelt so viele wie noch 1984. Dabei ist nur ein Teil des Güterverkehrs Transitverkehr, nämlich 61,3%. Der Rest hat seinen Ursprung oder Endpunkt beziehungsweise beides in der Alpenregion. Die Verkehrsentwicklung in den Alpen folgt einem generellen Trend. Auch innerhalb der EU (15) hat sich der Güterverkehr zwischen 1970 und 2000 mehr als verdreifacht. Die Straße hat bis 2003 ihren Anteil an Güterverkehr mit 73% im Verhältnis zu den 14% der Schiene erheblich ausgebaut. Noch bis 1982 wurden mehr Güter auf den Bahngleisen durch die Alpen transportiert als auf Asphalt. Dabei verlagerte sich in Österreich und Frankreich der Lastverkehr wesentlich stärker von der Schiene auf die Straße als in der Schweiz (s. Tabellen S. 43).

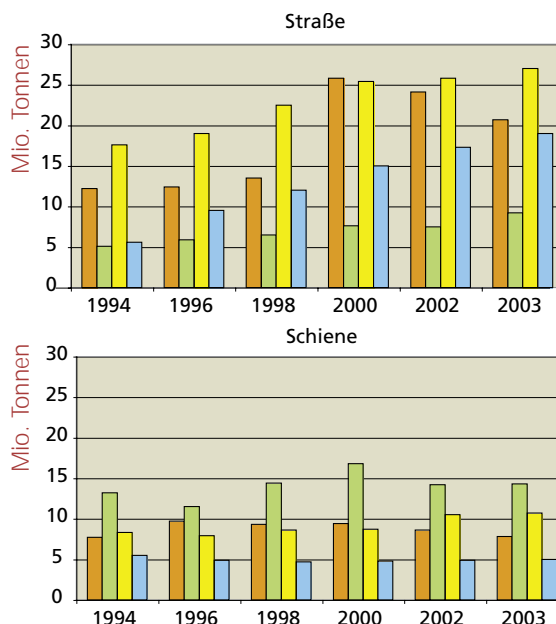
Die Schweiz verfolgt im Vergleich zu anderen Staaten auch im Güterverkehr eine schienenfreundlichere Politik. Generelle Sonntags- und Nachtfahrverbote für LKWs konnten die strukturellen Nachteile der Bahn teilweise wettmachen. Zudem galt bis zum Jahr 2001 ein Gewichtslimit für LKWs von 28 Tonnen. Doch auch

Tonnagebeschränkung und Fahrverbote haben den Anstieg des Straßengüterverkehrs nicht wirklich stoppen können. Teilweise gingen diese Maßnahmen sogar zu Lasten anderer wichtiger Alpenübergänge. So zogen LKWs dem Transit durch die Schweiz vielfach den Umweg durch Frankreich oder Österreich vor.

Auf Druck von innen und außen schloss die Schweiz 1999 ein Landverkehrsabkommen mit der EU ab. Im bilateralen Vertrag verpflichtet sich die Schweiz die Tonnagebeschränkungen sukzessive an den europäischen Standard anzupassen (ab 2001 34 Tonnen, ab 2005 40 Tonnen) und eine entsprechende Bahninfrastruktur bereitzustellen (Lötschberg 2006, Gotthard 2013). Als Gegenzug anerkennt die EU die Ziele und Instrumente der Schweizer Verkehrspolitik. Ein zentrales Instrument bildet hierbei die leistungsbezogene Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Seit fünf Jahren setzt die Schweiz auf diese kilometerabhängige Preisfiskalität im Transportwesen. Sie soll zur Kostenwahrheit beitragen und Schäden an Gebäuden und der Gesundheit kompensieren, die



Abb.1: 16 gut ausgebaute Alpenübergänge.



dem Güterstraßenverkehr zugeschrieben werden können. In dieser Berechnung leider nicht enthalten sind die Kosten für Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt, die vom Schwerverkehr hervorgerufen werden. Insgesamt wird dadurch die Fahrt mit dem LKW durch die Schweiz teurer.

Mit der LSVA finanziert die Schweiz teilweise die Bahnreform 2000, die Maßnahmen gegen Lärmbelastung für den Zugverkehr und die neuen Eisenbahntransversalen.

Seit Einführung der LSVA hat sich die Zahl des Transitverkehrs um 8% (bis 2003) reduziert. Die transportierte Gütermenge ist dagegen aufgrund der gelockerten Tonnagebeschränkung gestiegen. Dies bedeutet eine optimale Auslastung der LKWs, also auch weniger Leerfahrten.

Die Situation am Brenner

2003 wurden 37,7 Mio. Tonnen Güter über den Brenner transportiert; 27,1 Mio. Tonnen davon auf der Straße. Mit 20,5% aller über die Alpen transportierten Güter ist der Brenner der wichtigste Übergang im gesamten Alpenbogen.

Ein regelrechter Alptraum für die Anrainer dies- und jenseits des Brenners war das Jahr 2004. Nach Jahrzehnten mit einer „nur“ leicht steigenden Entwicklung im Straßengüterverkehr, wurde im vergangenen Jahr ein sprunghafter Anstieg von 22,1% verzeichnet. Insgesamt fuhr über 1,79 Mio. LKWs durch die kleine Ortschaft an der italienisch-österreichischen Grenze.

Wie ist dieser enorme Anstieg zu erklären? Im Jahr 2004 kamen erstmals neue verkehrspolitische Faktoren zum Tragen. Mit 1. Jänner 2004 lief das bis dahin gültige Öko-Punktesystem aus. Die von der EU beschlossene Nachfolgeregelung ist schwer umsetzbar. Sie wirkte sich in der Folge kaum beschränkend auf das LKW-Aufkommen aus. Zudem sind seit der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 die LKWs aus den neuen EU-Staaten mit einem Gewicht von über 7,5 Tonnen an keine Mengenbeschränkung mehr gebunden. Neben den rein verkehrstechnischen Aspekten ist darüber hinaus der Außenhandel der mitteleuropäischen Staaten 2004 beachtlich angestiegen. Das Wachstum setzt sich in etwas abgeschwächter Form auch im Jahr 2005 fort.

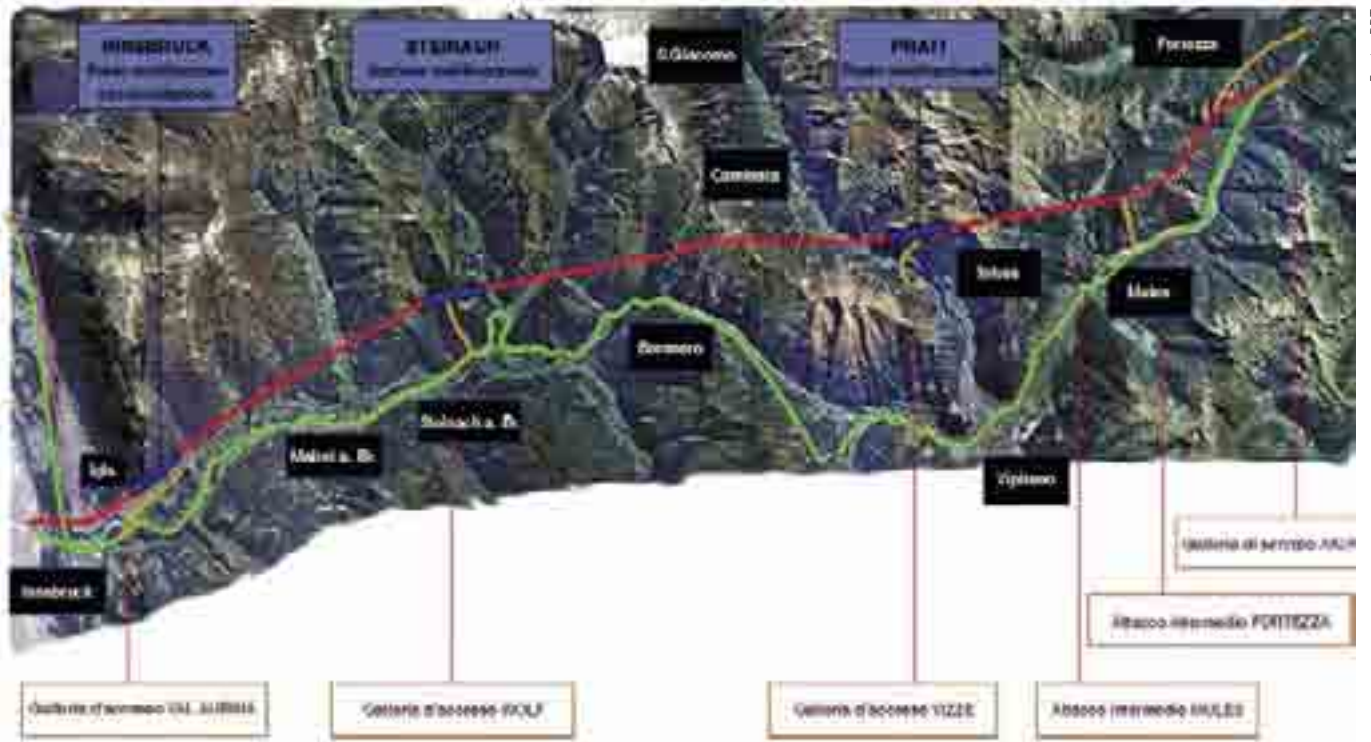
Und wie steht es um den Bahnverkehr? Die derzeitige Kapazität am Brenner liegt bei maximal 180 Zügen (Güter und Personen) pro Tag und rund 12 Mio. Tonnen Güter pro Jahr. Die Modernisierung der Bestandesstrecke (Erweiterung im Bereich Kufstein-Wörgl, Modernisierung auf italienischer Seite) lässt eine maximale Erhöhung des Kontingents auf 240 Züge pro Tag zu. Damit wird eine maximale Gütermenge von 18 Mio. Tonnen pro Jahr erreicht.

Der Schienentransport über den Brenner entwickelte sich deutlich schwächer als der Straßentransport. Zwar stiegen während der letzten Jahre die mit der Bahn transportierten Gütermengen leicht an, doch ging ihr Anteil am gesamten Gütertransport seit 1982 sukzessive zurück.

2003 wurden 10,6 Mio. Tonnen (29 %) auf der Schiene transportiert. Im Jahr 2004 blieb die Menge zwar gleich, der Anteil der Bahn betrug jedoch aufgrund des stärkeren Wachstums des Güterverkehrs auf der Straße nur mehr 24 % am Gesamtgüterverkehr.

Die gebremste Entwicklung der Bahn im Gütertransport hat neben den systemeigenen Nachteilen gegenüber der Straße auch noch andere Gründe. So befindet sich der klassische Wagenladungsverkehr in einer generellen Krise. Die Ursachen hierfür liegen in den zunehmenden logistischen Ansprüchen im Transportsektor und in der Veränderung der Güterstruktur in Richtung hochwertiger Güter mit geringem spezifischem Gewicht. Der klassische Wagenladungsverkehr wird künftig nur mehr in wenigen Bereichen von Bedeutung sein (Holz, Stein, Schrott usw.). Durch das Wegfallen des Öko-Punktesystems 2004 ging ferner das Interesse der Transporteure an der rollenden Landstraße (begleiteter kombinierter Warenverkehr) dramatisch zurück. Ein großes Potential liegt dagegen im Containerverkehr. Dieser kommt jedoch bislang am Brenner aufgrund logistischer und struktureller Schwachstellen der Bahn sowie den herrschenden wirtschafts- und verkehrspolitischen Rahmenbedingungen nicht wirklich zu tragen.

Flavio V. Ruffini/EURAC
 Institut für Regionalentwicklung
 flavio.ruffini@eurac.edu



Sviluppo del tracciato in Alto Adige



... metti l'olio agli stantuffi

A partire dal 2015, ultimati i lavori alla galleria di base del Brennero, Italia, Austria e Germania saranno più vicine. Il progetto promette infatti di dimezzare i tempi di percorrenza dei treni. Ma nascerà davvero un'alternativa valida al trasporto merci su strada?

La galleria di base si snoderà per 56 chilometri attraverso le Alpi, da Innsbruck a Fortezza, e sarà l'anello centrale del progetto di potenziamento ferroviario, finanziato dall'UE, del corridoio ferroviario tra Berlino e Palermo: il "corridoio n. 1" previsto nelle linee guida della rete transeuropea (Transeuropean network, TEN), destinato a collegare l'Europa meridionale a quella centrale.

Concepita per il trasporto di merci e passeggeri, la galleria di base è progettata come linea ad alta capacità, in modo che anche i convogli merci di peso relativamente elevato possano essere trainati da una sola motrice. In questo modo, si potrà assorbire un volume di traffico più cospicuo, garantendo al tempo stesso un consumo energetico contenuto.

Per completare il potenziamento della linea Monaco-Verona è previsto il quadruplicamento delle "tratte di accesso" alla galleria di base a nord e a sud. Sul lato meridionale, oltre alla galleria di base vera e propria, dovranno essere realizzate in un primo momento tre nuove tratte di linea, ossia Fortezza-Ponte Gardena, Cardano-Bronzolo e il Quadrante "Europa" (nuovo accesso alla stazione di Verona).

Il quadruplicamento della linea d'accesso sud inizierà quindi nei punti della linea che, con la messa in esercizio della galleria di base, diventeranno dei colli di bottiglia per il traffico ferroviario. Uno di questi, ad esempio, è il tratto che congiunge Fortezza a Ponte Gardena. Tra questi due paesi la linea esistente è caratterizzata da pendenze molto pronunciate (23‰), superiori al valore massimo previsto per le linee ad alta capacità (12,5‰). Questa pendenza richiede la doppia trazione in testa per treni oltre le 550 t

di peso lordo rimorchiato e un ulteriore rinforzo in coda per treni da 1110 t. Un altro punto nevralgico è la stazione di Bolzano, che con la struttura attuale non riuscirebbe ad assorbire un aumento ulteriore dei convogli in transito.

Le tratte d'accesso previste ridurranno anche l'attuale impatto sui centri urbani altoatesini, che attualmente vengono attraversati da tutto il traffico ferroviario. La realizzazione della circonvallazione di Bolzano e del tratto Fortezza-Ponte Gardena decongestionano aree urbane densamente popolate dal traffico delle merci. La circonvallazione di Bolzano inoltre schiude nuove prospettive per lo sviluppo della città.

Il nuovo accesso a Verona, invece, dovrà garantire l'allacciamento allo scalo intermodale e al corridoio ferroviario Lione-Venezia, mentre per il quadruplicamento originariamente previsto del tratto Mezzocorona-Ala sulla destra orografica(*) dell'Adige, la Provincia autonoma di Trento

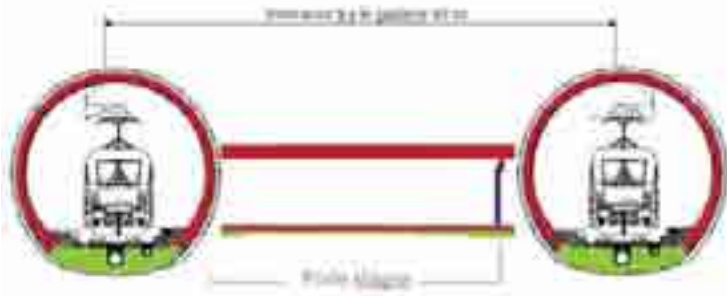
ha dato un parere negativo e sta elaborando una propria proposta di variante.

Dopo il completamento, sul nuovo tracciato potranno transitare almeno 270 treni al giorno, con una velocità massima di 250 km/h per i convogli passeggeri e 120 km/h per quelli merci con un peso massimo fino a 2500 t (160 km/h merci equiparati a treni viaggiatori). A quel punto, il tempo di percorrenza da Innsbruck a Bolzano si ridurrà dalle attuali 2 ore a soli 50 minuti, da Monaco a Bolzano dalle 3 ore e 55 di oggi a 2 ore e 50 minuti. Quando la galleria e le tratte d'accesso saranno entrate in funzione, Bolzano-Innsbruck e in parte perfino Bolzano-Monaco diverranno distanze alla portata di un pendolarismo giornaliero.

Lo sbocco a nord della galleria di base sarà realizzato a Wilten direttamente a ridosso del capoluogo di Innsbruck. I 56 chilometri della galleria si svilupperanno a est della Wipptal sul versante austriaco



(*) La „destra orografica“ di una valle o di un bacino fluviale è il lato che si trova a destra del corso d'acqua, guardando nella direzione di scorrimento con le spalle rivolte alla sorgente. Analogamente, il versante opposto del bacino prende il nome di "sinistra orografica".



Sezione tipo con cunicolo di collegamento

Fonte: BBT

nord e sud del Brennero e anche le politiche economiche e della gestione del territorio.

La galleria di base del Brennero e le nuove linee d'accesso sono indubbiamente un progetto assai ambizioso, innovativo e costoso. Come tutte le infrastrutture, anche la galleria del Brennero non potrà mai risolvere da sola il problema del traffico lungo questo corridoio. Inoltre, non potrà incidere sui trasporti prima del 2015. Nella migliore delle ipotesi, il potenziamento della linea del Brennero potrà far apparire una soluzione più favorevole di un'altra. Ma volendo utilizzare queste infrastrutture nello spirito di una gestione dei trasporti davvero sostenibile, occorre affiancarle con provvedimenti che modifichino, in modo mirato e concreto, i presupposti operativi e legislativi che regolano il sistema dei trasporti. Questo significa anche che Comunità Europea, Austria e Italia, Alto Adige e Tirolo, dicano chiaramente quali obiettivi si vorrebbe raggiungere con il quadruplicamento di questa linea.

Fra i provvedimenti più importanti da adottare rientra, prima di tutto, una revisione realistica dei costi dei vari vettori di trasporto, calcolando cioè i costi del trasporto su strada per la salute umana, gli edifici, l'ambiente, l'infrastruttura stradale ecc., e addebitandoli ai trasportatori. Una parte di questi tributi, va poi destinata al finanziamento trasversale della ferrovia e delle sue infrastrutture logistiche. Con questi presupposti, si garantirebbero le risorse per il potenziamento e la modernizzazione del sistema ferroviario. Infine, la ferrovia dovrà diventare a tutti gli effetti una struttura moderna ed efficiente, gestita secondo i criteri di un'impresa di servizio nel vero senso della parola. Probabilmente la ristrutturazione in questo senso di un'azienda di queste dimensioni sarà uno degli obiettivi più difficili da conseguire per creare una situazione quadro favorevole per lo spostamento dei trasporti merci dalla gomma alla rotaia.

e dell'alta Val d'Isarco, fino allo sbocco situato a nord di Fortezza. Analogamente ai nuovi tracciati in galleria previsti lungo le tratte d'accesso, sarà costituita da due gallerie a singolo binario distanti 40 m e con un cunicolo di collegamento ogni 300 metri ca.

Per il quadruplicamento del tratto Fortezza-Ponte Gardena saranno realizzate due nuove gallerie. All'uscita della stazione di Fortezza, infatti, è previsto che la nuova tratta entri in galleria sotto il Monte Scaleres (Galleria Scaleres), per riemergere in superficie dopo 15,35 chilometri a Nord di Chiusa. Lì, all'altezza dell'ingresso della Val di Funes, la nuova linea attraverserà l'Isarco con un ponte di 260 metri, portandosi sulla sinistra orografica della valle dove rientrerà in una galleria di 5,9 km fino a Ponte Gardena (Galleria Gardena). Per la circovallazione di Bolzano, invece, è prevista una galleria che, sfruttando i remi di interconnessione già predisposti nella già esistente galleria di Cardano, si estenderà per 10,6 km, sotto il Colle e fino a sud di Bronzolo (Galleria Val d'Ega).

La costruzione delle gallerie produrrà una quantità considerevole di materiale di scavo, parte del quale sarà riciclato per il rivestimento della galleria. Il resto potrà essere recuperato per la realizzazione di altri progetti edili. La parte non riutilizzabile dovrà essere conferita in depositi, che dopo la fine degli scavi dovranno essere immediatamente rinaturalizzati. Il deposito più importante sarà realizzato nella Val di Riga a nord di Bressanone. Questo deposito è destinato a raccogliere il materiale sia della galleria di base, sia della Galleria di Scaleres. Si calcola di poter depositare 4,2 milioni di m³ di materiale nella Val di Riga. Per evitare che la discarica cresca troppo in

altezza, si è pensato di asportare il ciottolato che attualmente ricopre la Val di Riga fino a una profondità di 10 metri. Non vi è alcun dubbio che si tratta di un intervento importante. Nonostante questo, questa zona, si presta molto bene allo scopo, sia per la lontananza dai centri abitati, sia perché il conferimento del materiale si potrebbe effettuare su nastri trasportatori, evitando così l'impatto di innumerevoli autocarri in circolazione.

È la soluzione più indicata?

È sbagliato pensare che il volume del traffico di transito al valico del Brennero sia una fatalità del destino. In realtà, è il prodotto della politica dei trasporti europea, nazionale e addirittura regionale attuata finora di al di qua e al di là del Brennero. Da sempre, i governi nazionali e anche regionali nonché le istituzioni europee hanno favorito il potenziamento del traffico pesante su strada, anche se era chiaro già da parecchi anni che questa tendenza era in contraddizione con i principi di uno sviluppo sostenibile.

Già nel 1985, infatti, le regioni alpine aderenti all'Arge/Alp avevano presentato un piano dei trasporti che prevedeva espressamente il trasferimento del trasporto merci dalla strada alla rotaia. Ma a parte le buone intenzioni, di provvedimenti concreti non ne furono mai adottati. Oggi, a posteriori, sappiamo che quell'obiettivo è rimasto esclusivamente sulla carta, ed è ormai dimostrato che il sistema dei trasporti non è in grado di regolarsi da solo, senza interventi correttivi di tipo fiscale e legislativo. Inoltre, è ormai diventata quasi certezza che una politica dei trasporti in sintonia con le esigenze dell'ambiente, del territorio e della salute umana va affrontata e realizzata in modo coerente coinvolgendo tutti i livelli politici a

Flavio V. Ruffini/EURAC
Istituto per lo sviluppo regionale
flavio.ruffini@eurac.edu



„Ohne Russland hätten wir den Konflikt gelöst“

Nach den demokratischen Wahlen 2003 fehlt es Georgien noch immer an Stabilität. Die Minderheit der Abchasen möchte sich abtrennen, USA und Russland buhlen in Georgien um ihre Vormachtstellung am Kaukasus. In den letzten Monaten haben gleich mehrere hochrangige Vertreter Georgiens die EURAC besucht.

Bei den offiziellen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 9. Mai in Moskau waren die meisten bedeutenden Staatsmänner versammelt. Nur einige fehlten aus Protest gegen die russische Führung unter Vladimir Putin: die Regierungschefs der Neo-Europäer im Baltikum und der Ministerpräsident Georgiens Saakaschwili. Der Kaukasus-Staat mit einer Größe wie Bayern ist seit Jahrhunderten von kriegerischen Auseinandersetzungen im Inneren und nach außen charakterisiert. Zuletzt erschütterten ethnische Auseinandersetzungen das seit 1991 unabhängige Georgien. Grund für seinen Ministerpräsidenten einen Besuch in Südtirol abzustatten, um sich über die Autonomie zu informieren.

Nach dem Besuch der großen Ministerdelegation im März folgte im April eine kleinere georgische Delegation unter Begleitung der UNO-Botschafterin in Georgien Heidi Tagliavini, die auch in der EURAC zu Gast war. Die Schweizer Diplomatin Tagliavini ist in Bozen keine Unbekannte, hat sie doch im Folio Verlag bereits einen Band zum Kaukasus „Verteidigung der Zukunft“ herausgegeben (siehe dazu Academia Nr. 26/ 2001).

An und für sich erschien die Lage in dem wichtigen Kaukasus-Staat nach der „Rosenrevolution“ von 2003 einigermaßen rosig: Der junge und agile Saakaschwili hatte den alten Sowjet-Fuchs Eduard Schewardnadse, zu Zeiten Gorbatschows sowjetischer Außenminister, nach jahrzehntelanger Regentschaft mittels demokratischer Wahlen abgewählt und eine blutjunge Regierungsmannschaft eingesetzt, deren Mitglieder zum Großteil an US-amerikanischen Eliteuniversitäten stu-

diert hatten. Dennoch gehen die Konflikte im Inneren des Landes weiter, besonders die rund 90.000 Abchasen wollen aus der georgischen Republik ausscheren und erhoffen sich unter russischer Flagge größere Autonomie und bessere Bedingungen. Ein Ansinnen, das der georgische Minister für Konfliktlösung, George Khaindrava, nur für einen strategischen Schachzug Russlands, „einem klassischen imperialistischen Land“, gegenüber Georgien hält. Und in der Tat scheint Georgien im internationalen Machtpoker der Großmächte eine wichtige Rolle zu spielen, denn die US-amerikanische

Regierung zeigt ein starkes Interesse an und nicht zuletzt ein erhebliches finanzielles Engagement in Georgien. So reiste George Bush nach den besagten Maifeierlichkeiten direkt von Moskau in die georgische Hauptstadt Tiflis, wo er von Tausenden jubelnd empfangen wurde. Es sind hauptsächlich strategische Interessen der USA, nämlich einen engen Verbündeten in dem konfliktbelasteten Kaukasus zu haben, einem Gebiet, das zudem reich an Erdöl ist.

Der russischen Präsident Putin hingegen ist nicht bereit den russischen Einfluss im Kaukasus aufzugeben, noch immer sind russische Truppe in Georgien und anderen Regionen stationiert und das von einem endlosen Krieg malträtierte Tschetschenien ist nicht weit entfernt. „99 Prozent der Georgier stehen hinter den Tschetschenen“, davon ist Minister George Khaindrava überzeugt und auch davon, dass ein Verbleiben der Abchasen bei Georgien das Überleben dieser kleinen Min-

derheit garantiere, „die Russen sind für die Abchasen eine Todesgefahr“. Es ginge der russischen Führung nur um Macht und nicht um den Schutz einer Minderheit. Die Georgier hingegen fühlten sich durch eine gemeinsame Geschichte, Kultur und Lebensweise mit den Abchasen aufs engste verbunden. George Khaindrava argumen-



V.I.n.r. Stuflessner, Khaindrava, Tagliavini, Ortner und Baltov.

tiert damit, dass rund 40% der heutigen Abchasen ursprünglich ethnische Georgier seien, da sich zu Sowjetzeiten viele Georgier als Abchasen bezeichnet hätten, um den Dienst in der Armee zu umgehen. „Ohne den Faktor Russland hätten wir den Konflikt schon gelöst.“ Die Georgier jedenfalls wollen dem mächtigen Nachbarn Russland weiterhin trotzen, diesen Eindruck vermittelte der georgische Konfliktminister bei seinem EURAC-Besuch. Ob dies dem kleinen Staat gelingt, bleibt mehr als fraglich. Dabei sollte man die Georgier und ihren Einfluss in der russischen Geschichte nicht unterschätzen: Einer der wichtigsten und zugleich grausamsten Politiker des 20. Jahrhunderts war der Georgier Dschugaschwili, besser bekannt als Stalin.

Stephanie Risse Lobis/EURAC
Projektentwicklung
stephanie.risse@eurac.edu

„Lebensqualität“

Wir sind es gewohnt zu messen – unser Gewicht vor (!) dem Frühstück, die viereinhalb Minuten zum perfekten Frühstücksei, die zwanzig Kilometer zum Arbeitsplatz, ... die Qualität unseres Lebens. Doch lässt sich Letztere messen? Sie lässt sich messen, nur sollte man die Ergebnisse mit Vorsicht genießen wie Erfahrungen aus der Untersuchung eines Lebensqualitätsindex zeigen.

*„ . . . weil die Lebensqualität bei uns auf dem Dorf einfach höher ist.
Das kann man doch gar nicht vergleichen mit einer Stadt . . . “*

Wenn ich über eine dieser Unterhaltungen, wie man sie an zu heißen Sommertagen in unklimateierten Pendlerzügen alle naselang aufschnappt, nachdenke, stelle ich mir über kurz oder lang die Frage, was Lebensqualität eigentlich sein soll. Ist Lebensqualität die „Magie der Vielfalt“ einer Bergregion oder doch das pulsierende Leben einer Großstadt? Die Einsamkeit eines Berggipfels oder die Ausgelassenheit eines Badestrands?

Seit Jahrzehnten zermartern sich Wissenschaftler und Laien den Kopf über die allgemeine Messung von Lebensqualität. Anhand von Indikatoren und komplexen Rechenverfahren kommen sie einer numerischen Definition zwar etwas näher, zufrieden stellend sind diese Ergebnisse aber nicht wirklich.

Eine weit verbreitete Möglichkeit ist die Berechnung mit Hilfe von sogenannten Verbundindikatoren und anschließendem Benchmarking, also Vergleich der Ergebnisse. Verbundindikatoren sind ein Sammelsurium von einzelnen Indikatoren, die keine gemeinsame Maßeinheit besitzen, z.B. Einkommen und

Arbeitslosenrate. Das Einkommen wird in Euro gemessen, die Arbeitslosenrate in Prozent. Zunächst muss ein geeignetes Transformationsverfahren gefunden werden, um die unterschiedlichen Maßeinheiten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, dann ein geeignetes Aggregationsverfahren, um am Ende sämtliche Indikatorenwerte zu einem Ergebnis zusammenzufassen.

Die Berechnung von Verbundindikatoren kann mit der Punktwertung im Zehnkampf verglichen werden. Die zehn Disziplinen haben teilweise auch unterschiedliche Maßeinheiten: der 100 Meter Lauf wird in Sekunden gemessen, der Weitsprung in Meter. Der Sieger beim Zehnkampf wird deshalb anhand einer Punktetabelle ermittelt. Durch das Transformationsverfahren werden den Leistungen in jeder Disziplin Punkte zugeordnet. Das Aggregationsverfahren ist beim Zehnkampf relativ simpel: die Punkte werden addiert.

Die Berechnung anhand von Verbundindikatoren hat Vor- und Nachteile: sie kann zwar komplexe Phänomene zusammenfassen, doch gerade diese Zu-

sammenfassung verleitet oftmals zu stark vereinfachten Schlussfolgerungen. Denn wofür bitte steht „Lebensqualität = 42“ Punkte von 100 möglichen? Für hohes Einkommen? Geringes Kulturangebot? Hohe Arbeitslosenrate? Außerdem kann diese Zahl schnell in eine andere umschlagen, wenn es zu Veränderungen in der Präferenzstruktur kommt. Unter Präferenzstruktur versteht man die Punktezuordnung an die unterschiedlichen Maßeinheiten, also hohes Einkommen hohe Punktezahl, hohe Arbeitslosenrate niedere Punktezahl. Diese Punktezuordnung ist nicht immer eindeutig. Während in einem ländlichen Gebiet Zuwanderung durchaus positiv sein kann, stellt sie in den Südamerikanischen Favelas ein großes Problem dar. „Lebensqualität = 42“ hängt demnach stark von den Präferenzen bei der Punktevergabe ab.

Dennoch, die Aussage „Lebensqualität = 42“ kann gerade wegen ihrer Eindeutigkeit erstaunliches öffentliches Interesse erwecken und zum Leistungsvergleich anspornen. So ist beispielsweise die jährliche Provinzrangordnung gemessen an

der Lebensqualität in der Italienischen Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“ ein mediales Großereignis. Da wird wochenlang über die jeweilige Platzierung im Verhältnis zur Vorjahresplatzierung und den restlichen Provinzen diskutiert und gestritten. Der Oppositionspolitiker Salvatore Caronna deutet die Platzierung ‚seiner‘ Provinz mit den Worten: „Die jährliche Untersuchung des Sole 24 Ore zur Lebensqualität in den Provinzhauptstädten Italiens bestätigt die Betroffenheit und die Klagen [der Linksdemokraten] und verdeutlicht in glaubwürdiger Weise den Beginn des Niedergangs [von Bologna].“ Der Journalist Mario Centorrino schrieb zur schlechten Platzierung von Brindisi folgendes: „[] Eine Stadt, die sich um sage und schreibe 20 Positionen verschlechtert, die aber gleichzeitig beim Index zur Wahrnehmung der Verbesserung der Lebensqualität (Ipr-Marketing-Umfrage) den dritten Platz einnimmt? Entweder ist diese Studie fehlerbehaftet, oder die Einwohner Brindisis sind Masochisten!“

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit, für die Fachzeitschrift „Social Indicators Research“ haben wir (Georg Lun, Dominik Holzer, G. Tappeiner & U. Tappeiner) anhand der Daten der Lebensqualitätsstudie 2002 des Sole 24 Ore, einen oft kritisierten Aspekt von Verbund-

dindikatoren untersucht: Die Wandelbarkeit der Ergebnisse. Hierfür haben wir alle 103 Provinzen nachgerechnet, indem wir jeweils Teilaspekte wie etwa Anzahl und Auswahl der Indikatoren, Präferenzstruktur, Transformations- und Aggregationsverfahren verändert haben. Die Ergebnisse ihrer alternativen Varianten haben wir anschließend mit der Originalplatzierung verglichen. Einen starken Einfluss auf das Ergebnis des Verbundindikators hat demnach:

- die Auswahl der einzelnen Indikatoren (z.B. Einkommen und Arbeitslosenrate).
- die gewählte Präferenzstruktur (z.B. hohes Einkommen ist gut).
- die Wahl der Transformationsmethode zur Umrechnung der verschiedenen Indikatorenwerte in Punkte.
- die Wahl der Methode zur Aggregation der einzelnen Indikatorenwerte zum Gesamtwert.

Eine Verschlechterung „um sage und schreibe 20 Positionen“ bedeutet demnach nicht unbedingt den „Niedergang“ einer Provinz; die Verschlechterung könnte auch auf der Unschärfe der Methode beruhen.

Wir können uns an dieser Stelle natürlich fragen, welchen Sinn eine Berechnung der Lebensqualität mit Verbund-

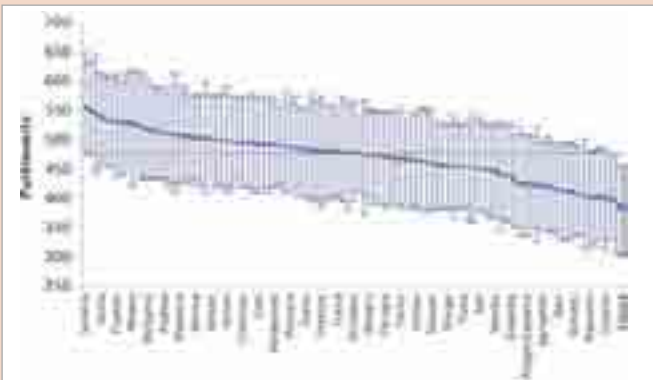
indikatoren macht, wenn die Ergebnisse derart schwanken können. Keinen?

Nein, denn mit steigender Informationsflut müssen komplexe Inhalte gebündelt und für die viel beschäftigte Öffentlichkeit in eine konsumierbare Form gebracht werden. Denn was nützen noch so viele differenzierte Einzelanalysen der Probleme unserer Welt, wenn die enthaltene Information nicht einmal ansatzweise den Weg in die Köpfe der Entscheidungsträger findet?

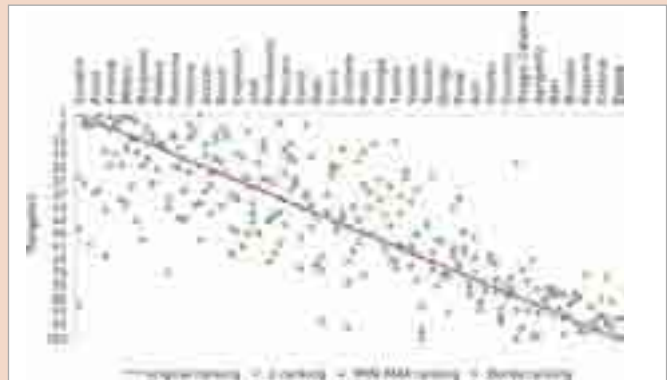
Diesen Weg finden Aussagen wie „Lebensqualität = 42“ um ein Vielfaches leichter und solange dargelegt wird, wie man zu solchen globalen Aussagen kommt, ist es „better to be vaguely right than precisely wrong“ wie der Ökonom John Maynard Keynes einst bemerkte.

Dominik Holzer/EURAC
Institut für Alpine Umwelt
dominik.holzer@eurac.edu

Fachlektüre: im renommierten Magazin Social Indicators Research erscheint in Kürze der wissenschaftliche Beitrag zur Studie mit dem Titel: The stability of rankings derived from composite indicators: Analysis of the „Il Sole 24 Ore“ Quality of Life Report (G. LUN, D. HOLZER, G. TAPPEINER & U. TAPPEINER).



Indikatorenauswahl: zur Berechnung der Variabilität aufgrund der Indikatorenauswahl wurde aus den 36 Indikatoren der Sole 24 Ore Studie 1000 mal hintereinander eine Stichprobe von 26 Indikatoren gezogen und der Gesamtpunktwert errechnet. Die Extremwerte wurden ausgeschlossen und die Schwankungsbreite der verbleibenden 95% der Werte berechnet. Die Schwankungsbreite ist so groß, dass lediglich behauptet werden kann, dass die erste Provinz eindeutig besser ist als die letzten drei und die zweite eindeutig besser als die letzte (siehe rote Linie).



z-Transformation: die verschiedenen Daten werden auf einen gemeinsamen Mittelwert von 0 und eine Streuung von 1 umgerechnet.

MinMax-Transformation: für den jeweiligen Indikatorwert wird die Position innerhalb der Verteilung der Werte bestimmt und dementsprechend der Punktwert zugeordnet.

Borda-Aggregation: dem „schlechtesten“ Wert werden 0 Punkte zugeordnet, während dem besten Wert bei k Werten, k-1 Punkte zugewiesen werden. Abschließend werden die Punkte aufsummiert.

Südtirols Verwaltung in Top-Form

Beim jährlichen Forum PA, der italienischen Fachmesse für Verwaltungsreformen, wurden vergangenen Mai gleich drei Südtiroler Projekte ausgezeichnet. Vertreter des EURAC-Instituts für Public Management waren auch in Rom, um sich ein Bild von den Reformbestrebungen zu machen und um die Vorstellung der Projekte in der Gemeinde Bozen und im Sozialbetrieb Bozen mitzuverfolgen. Beide Projekte hat die EURAC wissenschaftlich begleitet.

In seinem Willkommensgruß an die Gäste der 16. Verwaltungsreformmesse in Rom zitiert Generaldirektor Carlo Mochi Sismondi den bekannten US-Ökonomen Jeremy Rifkin. Der habe in seinem Buch „Der europäische Traum“ die europäische Lebensqualität wie folgt beschrieben: Der europäische Traum setzt den Akzent mehr auf gemeinschaftliche Beziehungen als auf die individuelle Autonomie, mehr auf kulturelle Vielfalt als auf Assimilierung, mehr auf Qualität des Lebens, als auf Ansammlung von Reichtümern, mehr auf nachhaltige Entwicklung als auf materielles Wachstum, mehr auf das „tiefe Spiel“ als auf nicht endende Anstrengungen, mehr auf Menschenrechte und Naturgesetze als auf Besitz, mehr auf globale Zusammenarbeit, als auf einseitige Machtausübung.

Sollte das von Rifkin Vorgeschlagene zutreffen, so Mochi Sismondi, würden öffentlichen Verwaltungen in den Ländern der „europäischen“ Demokratie eine wichtige und heikle Rolle in der demokratischen Dialektik anvertraut. „Den Bürgern und Organisationen, die Steuern zahlen, muss dieser Wert, in Form einer Erhöhung ihrer Lebensqua-

lität zurückgegeben werden“, so Mochi Sismondi.

Die 16. Verwaltungsreformmesse stand ganz im Zeichen der Qualität der öffentlichen Verwaltung. Sei diese gewährleistet, erklärt der Generaldirektor weiter, ziehe sie automatisch auch eine bessere Lebensqualität für die Bürger nach sich. Eine qualitativ hochwertige öffentliche Verwaltung, die besser funktioniert und weniger kostet, ist der Schlüssel für zufriedene Bürger und gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Ein schnelles und reibungsloses Dienstleistungsangebot bot auch die Messe selbst. Ich konnte mich schon vorab online registrieren. Warteschlangen gab es zu keinem Zeitpunkt. Meine Eintrittskarte mit Strichcode war für die ganze Messewoche gültig, registriert wurde ich am Eingang mit einer Laserpistole. Auch die Messestände selbst von sämtlichen öffentlichen Verwaltungen Italiens schrieben Transparenz und Bürgernähe auf ihr Aushängeschild. Präsentiert wurden innovative Internetportale mit elektronischem Zugang rund um die Uhr ebenso wie innovative Sozial- und Gesundheitsdienste oder eine Gemein-

depolizei mit „Qualitätszertifikat“, die *Polizia di Modena*.

Ein Lob an die Gemeinde Bozen

Die Gemeinde Bozen war mit einem eigenen Stand vertreten. Trotz kleiner Ausstellungsfläche war Bozen auf dem Forum PA ganz groß. Am ersten Messetag wurde die Gemeinde mit dem Preis „Sfide 2005“ ausgezeichnet, dafür dass die strategische Stadtentwicklungsplanung „Ideen 2005 – die Stadt erdenken“, vorbildlich begonnen hat. Die Jury gab als Begründung für ihre Preisvergabe an: „Für eine Stadt, die sich mit den Bürgern für die Bürger einsetzt“.

„Ideen 2005 – die Stadt erdenken“ steht für den Beginn eines Planungsvorhabens, das vom Europäischen Sozialfond unterstützt wird und auf die Ausarbeitung des Strategischen Entwicklungsplans der Stadt abzielt. So wurden in einem Ideenwettbewerb zunächst Stärken und Schwächen der Stadt sowie die Entwicklungs- und Wachstumsschancen in vier großen Themenkreisen untersucht: im sozialen Bereich, in der Kultur, im Tourismus und der Unterhaltung, in der Wirtschaftsförderung und der Beschäftigung, im Territorium und im Umwelt-



Das Forum PA findet alljährlich Anfang Mai in den Ausstellungenräumen der Messe Rom statt und ist Europas größte Leistungsschau der öffentlichen Verwaltung. So besuchten in der Woche vom 9.-13. Mai 2005 wiederum mehr als 50.000 Menschen die insgesamt 410 Aussteller. Bei 143 Messever-

anstaltungen kamen 1200 Referenten zu Wort. Steigender Beliebtheit erfreut sich zudem die „virtuelle Verwaltungsreformmesse“ im Internet unter: www.forumpa.it



bereich. Das EURAC-Institut für Public Management begleitet die Erstellung des Strategischen Entwicklungsplans wissenschaftlich.

Das Südtiroler Online-Projekt

Ebenfalls in Rom präsentiert wurde das erste vollständige eGovernment-Projekt des Landes.

„Borstudio“ ist ein innovativer Internetdienst, der die Möglichkeit bietet, Ansuchen um Studienstipendien online einzureichen und abzuwickeln. Auf dem Forum PA gaben Walter von Schlechtleitner, Direktor des Landesamtes für Schul- und Hochschulfürsorge, und Josef Tinkhauser, Direktor der Südtiroler Informatik AG, Einblick in den innovativen Dienst sowie die dahinterstehende Technik. „Rund 5000 Anträge um Studienstipendien jährlich mussten bisher meist persönlich im zuständigen Amt für Schul- und Hochschulfürsorge abgegeben werden“, erläuterte von Schlechtleitner. „Wir hoffen, dass wir heuer rund 50 Prozent der Studenten online über den Borstudio-Dienst abwickeln können.“

Bozens vorbildlicher Sozialbetrieb

Besonders stolz ist man im Betrieb für Sozialdienste Bozen darüber, dass dieser in einer eigenen Fachpublikation der Abteilung für den öffentlichen Dienst des Ministerratspräsidiums für sein integratives Qualitätsmanagement angeführt ist. Die Publikation wurde am diesjährigen Forum PA dem breiten Fachpublikum vorgestellt. Erschienen ist das Handbuch mit zahlreichen Fallbeispielen in der Buchreihe von „Cantieri“, einer staatlichen Initiative zur Förderung der Verwaltungsinnovationen in Italien. Im Sozialbetrieb Bozen arbeiten über 800 Mitarbeiter, das Leistungsangebot richtet sich an Minderjährige und Familien, aber auch an Senioren und Menschen mit Behinderung sowie in sozialen Notlagen. Eine komplexe Materie, die innovatives Management notwendig macht. Kaum eine andere Verwaltung sieht sich mit derart unterschiedlichen Zielgruppen konfrontiert, kaum ein anderer öffentlicher Betrieb umfasst derart viele Teilorganisationen: Kinderhorte, geschützte Wohnungen und Werkstätten,

Obdachlosenheime, Aufnahmezentren für Einwanderer. Um alle Bereiche unter ein Dach zu bringen, ist das Direktionsamt stetig bemüht, die Qualität im Betrieb umfassend zu fördern. So haben die Altenheime beispielsweise schon Qualitätsstandards für ihre Nutzer definiert, die Kinderhorte sind ISO-zertifiziert, ein virtueller Bürgershalter (www.sozialbetrieb.bz.it) ist eingerichtet und die Kundenzufriedenheit wird laufend gemessen. Als erste Einrichtung ihrer Art hat der Sozialbetrieb zudem im Sommer letzten Jahres eine Qualitätsbewertung der gesamten Organisation nach dem Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystem CAF durchgeführt. Auch hierbei ist die wissenschaftliche Begleitung durch die EURAC erfolgt und in den laufenden Qualitätsverbesserungen des Sozialbetriebes ist das Institut für Public Management für die Evaluation verantwortlich.

Josef Bernhart/EURAC
Institut für Public Management
josef.bernhart@eurac.edu

Pianificazione strategica

Come le città possono assumere un ruolo di governo forte e autorevole del territorio



“Il Comune di Bolzano è stato premiato con ‘l’Award di eccellenza’ per la qualità del progetto presentato, ovvero il processo di costruzione del Piano di Sviluppo Strategico della Città di Bolzano – Idee 2015.” Con questa nota ufficiale il Comune di Bolzano ha di recente appreso la notizia che l’ambito premio sarà conferito nel corso del Forum P.A. 2005 all’interno del concorso “Sfide”, un’iniziativa promossa dal Dipartimento per lo Sviluppo delle Economie Territoriali della Presidenza del Consiglio dei Ministri e dal Forum PA per valorizzare le azioni delle pubbliche amministrazioni tese al rafforzamento dei sistemi locali.

Dopo la riorganizzazione dell’amministrazione comunale e l’avvio di un processo di miglioramento continuo delle proprie prestazioni nell’ottica del modello di Gestione Totale per la Qualità dell’EFQM, lo strumento della pianificazione strategica è parso la risposta più adeguata all’esigenza interna del Comune di superare la logica della programmazione di breve e di medio termine, tendenzialmente costretta entro i confini formali dell’amministrazione e caratterizzata da una certa frammentazione istituzionale degli interventi, per approdare

allo sviluppo di una visione del futuro della città di ampio respiro, condivisa e partecipata, per uno sviluppo integrato del sistema locale.

Come spiega Renzo Caramaschi, city manager del Comune di Bolzano, “se non si costruisce un’identità della città e non si ricercano le opportunità economiche che il mondo in forte evoluzione può offrire, si perdono delle occasioni e la città tenderebbe a spegnersi. Bisogna quindi prevedere e studiare le opportunità del mondo economico secondo le aspettative dei cittadini di Bolzano.”

D’altra parte, la complessità del governo del territorio e delle reti di relazioni che sottendono le diverse politiche di settore, dallo sviluppo economico all’ambiente, dalla salute alla cultura, alla sicurezza ecc., impongono la costruzione di una visione globale dei problemi, delle politiche e degli attori, fondata su un processo continuativo di costruzione di consenso e di cooperazione attorno a obiettivi realistici e sostenibili.

In realtà la tematica della pianificazione strategica, complessa e diversificata, sia per contesti che per logiche e strumenti,

non si lascia certo riassumere in questi pochi e brevi cenni. Basti qui tuttavia ricordare che, laddove è in atto un processo di pianificazione strategica, come a Bolzano, ogni cittadino può partecipare in prima persona, secondo misure e modalità specifiche, alla sua costruzione, oltre ad essere garantito sulla sua attuazione effettiva da un patto stipulato dall’amministrazione con la cittadinanza. In tutti i rimanenti casi non sembra (ancora) il momento di rammaricarsi di non poter avere uno strumento in più per partecipare a decisioni che riguardano l’interesse della collettività, visto che si sta sempre più affermando la consapevolezza della comunità scientifica e dei decisori pubblici dell’esigenza di governance, come dimostrano i sempre più numerosi convegni e seminari sul tema. Tra questi si ricorda il recente convegno/workshop dedicato allo sviluppo strategico delle città, organizzato dall’EURAC con la collaborazione del Comune di Bolzano e con il patrocinio delle principali associazioni nazionali e internazionali del settore pubblico a livello locale.

Sara Boscolo/EURAC
Istituto di Public Management
sara.boscolo@eurac.edu

Publikationen | Pubblicazioni | Publications



Erfolgskonzepte im Tourismus III - Regionalmarketing, Großveranstaltungen, Marktforschung

hrsg. von Harald Pechlaner, Thomas Bieger, Thomas Bausch

Wien, Linde, 2005

Erfolgskonzepte im Tourismus - Regionalmarketing, Großveranstaltungen und Marktforschung: Dieser Titel bringt wiederum zum Ausdruck, welche

Themen derzeit von der Tourismuswirtschaft im Besonderen diskutiert werden.

Im Mittelpunkt des ITB (International Tourism Exchange Berlin)-Fachkongresses 2004 standen folgende Themenschwerpunkte:

- Tourismus und Regionalmarketing - eine Symbiose?
- Großveranstaltungen im Sport- und Kulturbereich
- Welche Wirkungen haben sie für den Tourismus?
- Marktforschung als Instrument des strategischen und operativen Tourismus-Marketing.



The changing faces of federalism - Institutional reconfiguration in Europe from East to West

ed. by Sergio Ortino, Mitja Zagar and Vojtech Mastny

Manchester [u.a.], Manchester Univ. Press, 2005

The changing faces of federalism provides a rigorous and original view of what will be the future of the European Union. It describes

and discusses the tradition and the institutions of federalism in the Eastern, Central and Western European countries and deals thoroughly with many innovative issues about federalism such as multi-level-governance, network government, devolution, subsidiarity, asymmetry and functionalism.



Beyond a one-dimensional state - An emerging right to autonomy?

ed. by Zelim A. Skurbaty

Leiden [u.a.], Nijhoff, 2005

The beginning of the 21st century is characterized by global structural changes and worldwide concern for the problems surrounding the relationships between states and minority groups.

Autonomy has become a code word for an all-purpose means of inclusion of sub-state groups. Since to be autonomous is to be a law to oneself, and autonomous agents are self-governing agents, the authors of this book try to give an answer to one overriding question: what conditions must be met in order to ensure that the autonomous agents govern themselves, and govern effectively.

Minority Dailies Association MIDAS - European Association of Daily Newspapers in Minority and Regional Languages ; 2001-2005

ed. by Toni Ebner, Günther Rautz

Bozen, Verl.-Anst. Athesia, 2005
The European Association of Daily Newspapers in Minority and Regional Languages (MIDAS) was formed four years ago. 29 newspapers from Spain to Finland and Northern Ireland to Romania have already joined MIDAS, and the organization continues to grow.



Die Verfassung der Südtiroler Autonomie - Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol

hrsg. von Joseph Marko, Sergio Ortino, Francesco Palermo, Leonhard Voltmer, Jens Woelk

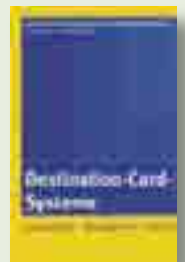
Baden-Baden, Nomos-Verlagsges, 2005
Die seit 1992 vollständig umgesetzte Südtiroler Autonomie ist zwar in ihren Grundzügen erhalten geblieben, hat sich aber in wesentlichen Details in mehr als 30 Jahren sehr verändert. **Die Verfassung der Südtiroler Autonomie** ist eine umfassende Analyse ihrer Grundlagen und Entwicklung sowie ihrer Sonderstellung in der italienischen Rechtsordnung.



Destination-Card-Systeme - Entwicklung, Management, Kundenbindung

hrsg. von Harald Pechlaner, Anita Zehrer

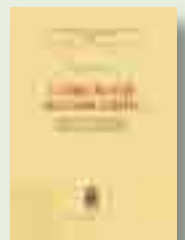
Wien, Linde, 2005
Das Produktkonzept ‚Destination Card‘ ist ein wesentlicher Entwicklungsimpuls für das Destinationmanagement. Ziel einer Destination Card ist es, dem Gast ein komplettes, gebündeltes multifunktionales Produkt der touristischen Wertschöpfungskette anzubieten. Die in diesem Buch enthaltenen Beiträge geben einen Überblick über die Planung, Konzeption, Weiterentwicklung und Implementierung von Destination-Card-Systemen.

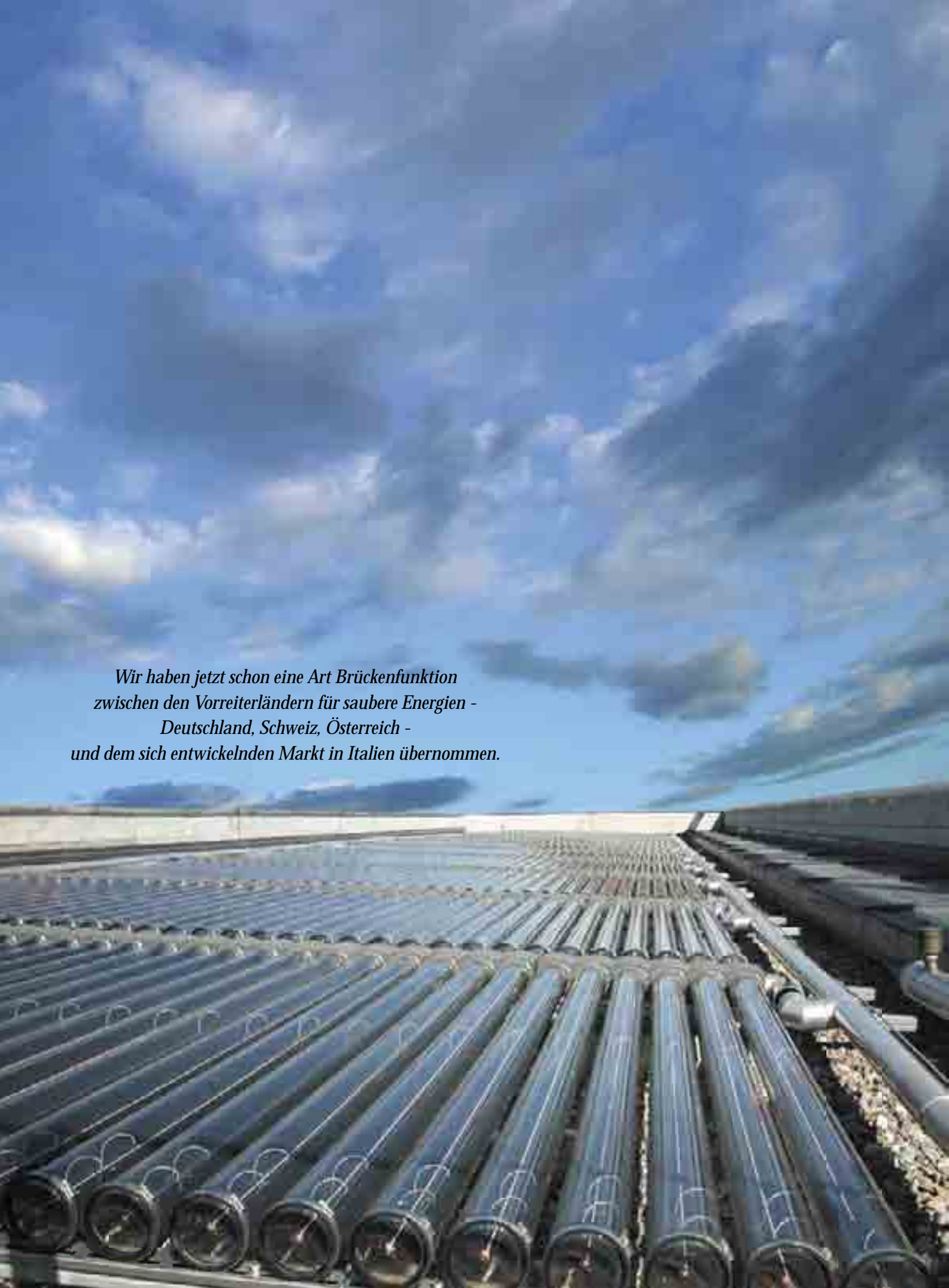


La forma di stato dell'Unione europea - Per una teoria costituzionale dell'integrazione sovranazionale

Francesco Palermo
Padova, Cedam, 2005

La costituzionalizzazione dell'Unione Europea, un "ordinamento costituzionale senza costituzione e senza stato", rappresenta una nuova sfida per l'analisi costituzionale tradizionale. La giuridicizzazione dei valori, caratteristica intrinseca del costituzionalismo, deve ora confrontarsi con modalità operative e finalità diverse, proprie di un sistema più articolato, di cui lo Stato è solo una parte.





*Wir haben jetzt schon eine Art Brückenfunktion
zwischen den Vorreiterländern für saubere Energien -
Deutschland, Schweiz, Österreich -
und dem sich entwickelnden Markt in Italien übernommen.*

JA NICHT AM MARKT VORBEIFORSCHEN!

Seit Juni gibt es an der EURAC ein Institut für Erneuerbare Energie. Schwerpunkt der Forschung wird das Monitoring von technischen Anlagen im Bereich der sauberen Energien sein. Finanziert wird die Arbeit zum Großteil über Auftragsforschung. Im Interview die beiden Institutsleiter Alexandra Troi und Wolfram Sparber.

ACADEMIA: Im Juni 2004 wurde RENERTEC gegründet, Südtirols Kompetenzzentrum für Regenerative Energien. Sie, Herr Sparber, sind Geschäftsleiter dieser Plattform. Nun sind Sie zusätzlich Leiter des EURAC Instituts für Erneuerbare Energie. Warum braucht es so ein Institut?

Sparber: RENERTEC ist in nur einem Jahr zu einer beachtlichen Plattform für Südtirols Akteure im Bereich der sauberen Energien herangewachsen. Neben den RENERTEC-Partnern – BIC, LVH, Landesagentur für Umwelt, EURAC und SYNECO – wirken derzeit auch 30 Südtiroler Firmen am Auf- und Ausbau des Netzwerks mit. Gemeinsam haben wir Fachveranstaltungen organisiert, gezieltes Marketing für saubere Energien betrieben und Literatur veröffentlicht wie den soeben erschienen „Wegweiser – Regenerative Energien Südtirol 2005“. Es gab auch schon erste Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Kooperation mit Industriepartnern und unterschiedlichen Forschungseinrichtungen. Diese sollen nun ausgebaut werden.

RENERTEC wird also weiterhin den eher wirtschaftlichen Aspekt abdecken, während an der EURAC Auftragsforschung getätigt wird?

Sparber: So ist es geplant. RENERTEC betreibt das Marketing, koordiniert also technische und wirtschaftliche Projekte mit Industrie und Gemeinden, das Institut kümmert sich um die Forschung und Entwicklung. Die Wahl der EURAC als Institutsstandort kommt nicht von ungefähr. Mit den Untersuchungen zur Nutzung solarer Kühlanlagen oder der Studie zur „Kirchenheizung – eine Gratwanderung zwischen Behaglichkeit, Kosten und Denkmalpflege“, hat meine Forscherkollegin an der EURAC, Frau Alexandra Troi, in den vergangenen Jahren schon technische Erfahrung gesammelt. Außerdem koordinierte sie internationale Projektanträge und war und ist für den Ausbau des Wissenschaftsnetzes zuständig.

Frau Troi, welches werden denn die großen Forschungsschwerpunkte an der EURAC sein?

Troi: Wir unterstützen Firmen bei der Entwicklung von „sauberen“ Energieanlagen. Wir vermessen beispielsweise Prototypen



Alexandra Troi und Wolfram Sparber

und Demonstrationsanlagen und optimieren sie mit Hilfe von Computersimulationen. Und das im Bereich der Energiegewinnung aus Sonne, Biomasse, Wasser, Wind und Geothermie. Unser Wegweiser ist der Markt, also heimische und ausländische Firmen oder lokale Behörden, für die wir Auftragsforschung betreiben.

Forschen Sie also in allen Bereichen der sauberen Energie?

Troi: Was das Monitoring betrifft ja. Weiterführende Aktivitäten werden wir zusätzlich in den Bereichen Sonnenenergie und „Energie und Denkmal“ durchführen, weil wir da schon einiges an Erfahrung gesammelt haben.

Gibt es schon konkrete Projekte?

Troi: Ja. Wir sind an einem internationalen Photovoltaikprojekt mit Österreich beteiligt, bei dem wir ein Simulationsprogramm für die zu erwartenden Erträge entwickeln. Es soll den Nutzern kostenlos online zur Verfügung gestellt werden. Wir begleiten zwei Südtiroler Firmen beim Monitoring ihrer Demonstrationsanlagen. Wir untersuchen im Detail das Energiesystem der EURAC, bei dem Sonnenkollektoren mit Absorptionskältemaschine und Blockheizkraftwerk zusammenspielen. Das hierbei entwickelte Monitoringsystem kann als Grundlage für die Vermessung anderer innovativer Anlagen dienen.

Wie viele Mitarbeiter hat das Institut?

Sparber: Zurzeit sind wir zu viert (vgl. Kasten S. 56). Wenn alles nach Plan läuft, werden wir in drei Jahren auf rund 10-15 Mitarbeiter anwachsen.

Und wie lautet der Plan?

Sparber: Unser Hauptziel liegt darin, den Unternehmen attraktive Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen anzubieten, womit sie wiederum ihre Konkurrenzfähigkeit steigern. Auf regionaler Ebene möchten wir dazu beitragen, dass Südtirol eine Führungsrolle in Italien einnimmt im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

Die Chancen stehen nicht schlecht, da wir jetzt schon eine Art Brückenfunktion zwischen den Vorreiterländern für saubere Energien - Deutschland, Schweiz, Österreich - und dem sich entwickelnden Markt in Italien einnehmen. Das wissenschaftliche Potential ist vorhanden, nun gilt es die Finanzierung des Instituts sicherzustellen.

Wie sieht ihr Finanzierungsplan aus?

Sparber: Nahezu 70% Prozent unserer Finanzierung soll über Drittmittel und Projektgelder erfolgen. Rund die Hälfte davon soll durch Auftragsforschung aus der Industrie gedeckt werden.

Das Finanzierungsmodell orientiert sich ganz stark am Markt und fördert die Kooperation mit den Unternehmen. Außerdem fördert es unsere Aktivitäten auf internationaler Ebene.

Die über 60 Institute der Fraunhofer Gesellschaft organisieren sich nach einem ähnlichen Modell. Während meiner Arbeit am Fraunhofer ISE in Freiburg hab ich reichlich Erfahrung damit sammeln können.

Das Interview führte Sigrid Hechensteiner

Mitarbeiter des Instituts für Erneuerbare Energie

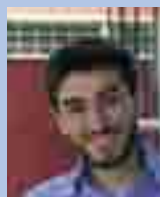


Wolfram Sparber

Bereits während seines Studiums der Technischen Physik an der TU-Graz und an der *Universitat Autònoma de Barcelona* lag sein Interessenschwerpunkt im Bereich der Solarenergie und dem effizienten Umgang mit Energieressourcen. Am Fraunhofer Institut für

Solare Energiesysteme in Freiburg erwarb er im Bereich Produktionstechnologien für Solarzellen seinen Studienabschluss. Er verblieb anschließend am Institut als technischer Leiter von Industrieprojekten. „In relativ kurzer Zeit konnte ich viele Kontakte mit der Solar-Industrie knüpfen“, erzählt er. Diese Kontakte werden ihm beim Aufbau des Instituts hilfreich sein. Als Institutsleiter wird sich Wolfram Sparber neben seinem Schwerpunktthema vor allem auch um die Akquisition, Organisation und Finanzierung der Projekte kümmern. Außerdem wird er auch weiterhin das Südtiroler Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien RENERTEC koordinieren.

meinsam mit Wolfram Sparber leitet sie das neu gegründete Institut. Ihre Schwerpunkte werden das Thema „Energie und Denkmal“ sowie die Kontakte zu internationalen Forschungsinstituten sein.



Francesco Besana

Ha studiato all'Università di Bergamo, ma non solo. Per due anni e mezzo è stato ospite prima dell'università TU Delft in Olanda, come studente Erasmus, e poi dell'istituto Fraunhofer ISE di Freiburg in Breisgau, come tesista. La sua tesi sperimentale si è

incentrata su un brevetto nel campo del "solar cooling" e grazie a questo lavoro Francesco Besana ha avuto la possibilità di sperimentare direttamente le procedure della ricerca applicata. È con buone motivazioni e entusiasmo che il giovane ricercatore collabora al nuovo Istituto per le Energie Rinnovabili.



Alexandra Troi

Seit 1999 ist die studierte Energietechnikerin (TU München) an der EURAC im Bereich Alpine Umwelt tätig. Gleich anfangs hat sie mit ihrem Kirchenheizungs-Projekt von sich reden gemacht. Für zwei Jahre hat sie über 30 Kirchen in Südtirol mit Messgeräten aus-

gestattet, um die Jahresschwankungen von Luftfeuchtigkeit und Temperatur aufzuzeichnen. Anhand von Computersimulationen hat sie dann die beste Beheizungs möglichkeit für die jeweilige Kirche errechnet. „Sie soll wenig kosten, für das Wohlbefinden der Kirchgänger sorgen und wertvolle Fresken vor Zerstörung schützen“, erklärt die Wissenschaftlerin. Ge-



Hannes Filippi

Nach seinem Studium der angewandten Physik hat er ein neunmonatiges Praktikum bei HILTI in Liechtenstein, einem weltweit führenden Unternehmen für Baumaschinen, absolviert. Dort hat sich Hannes Filippi mit Projekten im Bereich der „advanced

mecanics“ auseinandergesetzt, also mit den Möglichkeiten Computer und Mechanik zu verbinden. „Das ABS im Auto, arbeitet etwa mit solchen Systemen, wo ein Computer die Mechanik also das Bremsen steuert“, erklärt der junge Physiker. An der EURAC beschäftigt sich Hannes Filippi deshalb vor allem mit den Projekten im Monitoring Bereich. Außerdem arbeitet er zurzeit an dem Internetauftritt des Instituts.

Alle soglie dell'era delle rinnovabili?

Nel 2005, nel mese di giugno, l'EURAC ha salutato la nascita dell'Istituto per le Energie Rinnovabili: un team di quattro ricercatori, co-diretti da Wolfram Sparber e Alexandra Troi, garantirà consulenza scientifica al centro di competenza RENERTEC, che dal 2003 sostiene aziende private e istituzioni pubbliche in progetti riguardanti le energie alternative.

Carbone e petrolio furono le forze trainanti della Rivoluzione Industriale. Fino a che le catastrofi ambientali e le crisi petrolifere non indussero alla demoralizzazione. Poi le centrali atomiche sembrarono segnare l'inizio di una nuova era energetica, più pulita ed efficace. Fino a che Tschernobyl non spense ogni entusiasmo. Infine ci si rese conto che i combustibili fossili erano destinati a un rapido esaurimento. Oggi economia e industria ripongono le loro speranze nelle fonti di energia rinnovabili: acqua, sole, biomassa e vento.

Eccetto l'acqua, tutte queste risorse erano finora scarsamente utilizzate; adesso invece, specialmente in area tedesca e in paesi come la Spagna e il Giappone, si respira un clima di entusiasmo e predomina uno spirito di intraprendenza. I progressi tecnici, insieme alla disponibilità di prodotti di alta resa, hanno condotto a un netto abbassamento dei costi e a una forte crescita del mercato. Ciò permette ormai di avviare progetti per la produzione e lo sfruttamento di fonti energetiche pulite senza particolari facilitazioni economiche; benché in molti casi i programmi di sostegno siano ancora fondamentali per favorire la penetrazione dell'energia verde sul mercato economico.

“Il mercato del solare fotovoltaico è cresciuto più del 60% nel 2004 e la Germania ha giocato in questa crescita un ruolo molto speciale”, ricorda Wolfram Sparber, direttore del neonato Istituto per le Energie Rinnovabili dell'EURAC. Anche il mercato del biogas sta vivendo un boom. La quantità di energia ricavata da letame, rifiuti di legno e liquame è aumentata considerevolmente nello scorso anno, come l'energia

eolica. Anche se, per la verità, in Germania i parchi eolici sono sotto il fuoco incrociato della critica. C'è chi li accusa di deturpare il paesaggio con i loro rotori alti fino a 70 metri, trasformando le dolci pianure in sgradevoli campi di asparagi. E c'è chi critica il fatto che i parchi sopravvivano solo grazie al sostegno dei finanziatori. Ma tutto ciò non sembra impressionare gli esperti di energia rinnovabile. Le preoccupazioni della popolazione devono naturalmente essere prese in considerazione e la tutela del paesaggio è un tema importante, tuttavia i parchi eolici già contribuiscono per il 5% alla produzione totale di energia, addirittura più delle centrali idroelettriche. “Non dimentichiamo poi che i costi e gli scempi ambientali delle miniere di carbone e delle centrali atomiche, con relative scorie da smaltire, sono sotto gli occhi di tutti”, spiega Wolfram Sparber, “e che, senza sovvenzioni, alcune migliaia di minatori perderebbero comunque il loro posto”.

Ma mentre i tedeschi si inoltrano sulla via del solare, dell'eolico e della biomassa, gli italiani sembrano ancora essere un passo indietro. “Peccato, perché l'Italia è avvantaggiata sul campo del solare dal clima mediterraneo”, commenta Wolfram Sparber. Con circa 3000 ore all'anno di bel tempo, l'Italia è baciata dai raggi solari più del doppio della piovosa Germania. Di conseguenza il solare (fotovoltaico o termico) potrebbe portare a profitti reali molto più rapidamente che nei paesi del Nord. Eppure rimane ancora insufficientemente sfruttato. Colpevoli per questo scetticismo sono l'incertezza dei finanziamenti statali, la scarsità delle informazioni e le pressioni dei cartelli delle grandi aziende contrarie a queste nuove tecno-

logie. “L'Italia ha le potenzialità naturali ed economiche per poter emergere nel campo delle

rinnovabili, ma in pochi sembrano essersene accorti. Troppi credono ancora che le linee guida suggerite dalla Ue in materia di risparmio energetico e nuove fonti energetiche rappresentino degli impedimenti per l'industria”, spiega Wolfram Sparber. “Il guaio è che non si riflette sul fatto che anche le energie alternative portano guadagni e lavoro. Pensiamo solo ai 75.000 impiegati nell'industria eolica in Europa”.

Un atteggiamento diverso dagli altri stati del Sud è quello della Spagna. Questo paese ha investito nell'ultimo decennio in modo molto massiccio sulle rinnovabili e oggi è uno dei leader in Europa per l'utilizzo di biomassa, acqua e vento nei cicli di produzione energetica. E anche per quanto riguarda l'energia solare la Spagna è in buona posizione.

Come direttore dell'Istituto per le Energie Rinnovabili, Wolfram Sparber intende sostenere gli attori dell'industria e dell'economia locale nelle loro attività di ricerca e introduzione di nuovi prodotti. Il proposito è di rendere familiare il tema delle rinnovabili in Alto Adige e in Italia. Con fiducia. E con la consapevolezza che il lavoro da fare è ancora tanto.

Valentina Bergonzi/EURAC
Comunicazione scientifica
valentina.bergonzi@eurac.edu



La parola ai muri

La mostra *Voci Stimmen* aperta fino alla fine di luglio, restituisce la torre dell'EURAC alla vita. Grazie a un collage di voci di persone che ci hanno vissuto e lavorato dagli anni Trenta a oggi, il giro scale torna ad animarsi dopo anni di silenzio.

“Camere uso bagno”: così venivano offerti in affitto agli sfollati della seconda guerra mondiale prima e della alluvione del Polesine poi gli spazi della torre dell'Ex-GIL di Bolzano. Poco importa che le camere fossero pianerottoli di pochi metri quadri e che il bagno fosse un centinaio di scalini più sotto. I tempi erano duri e ci si adattava a tutto. Anche il giro scale di una torre costruita nel 1937 come proclama architettonico del fascismo, senza una destinazione d'uso chiara e funzionale, poteva offrire riparo. Poi ad avere bisogno di un tetto di fortuna furono altri disperati e negli anni Ottanta la torre si animò di famiglie maghrebine e nomadi. La ristrutturazione e la trasformazione del complesso architettonico nella sede dell'EURAC, a partire dal 1995, affidarono le rampe di scale al silenzio.

Oggi il rincorrersi delle voci di tanti abitanti del passato restituisce vivacità ai pianerottoli. Dagli inizi di giugno al 29 luglio, la mostra *Voci Stimmen*, curata

dallo Studio Lupo&Burtscher e realizzata in collaborazione da EURAC e dalle ripartizioni culturali della Provincia, ripercorre infatti la storia dell'Ex-GIL attraverso un'installazione audio con le voci dei testimoni che hanno vissuto e lavorato nella Torre dagli anni Trenta a oggi. Dopo una accurata ricerca, sono state contattate e intervistate più di 35 persone che hanno raccontato le loro esperienze di vita e la loro relazione con questa struttura imponente e con la sua storia “ingombrante”. All'edificio è legata infatti la vita di molti: custodi, commessi del supermercato, allenatori di box, ragazze che frequentavano l'oratorio, la tenente della Polizia Municipale che ha sgomberato gli inquilini abusivi negli anni Novanta e gli architetti che hanno ristrutturato il complesso. Sì, perché nel corso dei decenni, nelle varie ali del complesso di viale Druso le attività si susseguivano febbrilmente: officine, teatri, cinema, supermercati, palestre...

“Vogliamo trasformare la torre in una

piattaforma di dialogo e riflessione per la cittadinanza sui temi della ricerca scientifica e per farlo dobbiamo restituire alla città di Bolzano un proprio spazio, una porzione della propria storia”, spiega Stephan Ortner, direttore dell'EURAC. E per sottolineare la volontà di tramutare la torre in un luogo pubblico, lo spazio espositivo della mostra è stato sdoppiato. Oltre all'installazione audio all'interno del giro scale, i ritratti degli intervistati sono esposti in una singolare mostra fotografica presente in vari luoghi in parti diverse della città di Bolzano. Centinaia di poster con i loro volti sono sparsi per le vie più frequentate, a tessere un filo di collegamento tra tessuto urbano e complesso dell'EURAC.

“Non abbiamo mai pensato di mettere in scena una ricostruzione storica, malgrado il nostro lavoro sia stato supportato da ricerche precise”, spiega Daniele Lupo, uno dei curatori della mostra. “Il nostro intento era piuttosto di riportare alla vita i volti della storia e riscoprire l'anima



della torre, lasciando parlare i muri... per aprire le porte a un nuovo progetto futuro...". *Voci Stimmen* è infatti la mostra di inaugurazione di una iniziativa più articolata che avrà come punto di riferimento la torre dell'edificio. Nell'ambito dell'iniziativa sperimentale "EURAC tower – Percorsi tra arte e scienza" la torre ospiterà due volte all'anno mostre e installazioni artistiche incentrate sul tema scienza e arte. Ricercatori e artisti

lavoreranno fianco a fianco per visualizzare in forma artistica temi propri degli studi scientifici. Ad arricchire ulteriormente le mostre, la torre ospiterà anche l'EURAC science café, un appuntamento che si rinnoverà ogni giovedì sera e che intende offrire a ricercatori, artisti e pubblico occasioni di incontro e discussione su temi scientifici

Il progetto è ambizioso, ma la coordinatrice, Annelie Bortolotti, ne è convinta:

“Arte e scienza sono due discipline molto diverse tra loro, ma dal dialogo tra questi due mondi apparentemente così distanti nasce un nuovo modo di comunicare con il pubblico, rendendo più accessibili e comprensibili tematiche altrimenti troppo complesse.”

Valentina Bergonzi/EURAC
Comunicazione scientifica
valentina.bergonzi@eurac.edu



EURAC science café
ogni giovedì sera, ore 19 - 23
conferenze, discussioni, concerti, DJ-sets, bar
sulla terrazza dell'EURAC tower

Mostra *Voci Stimmen*

Durata mostra: 10.06.2005 / 29.07.2005

Orari di apertura: lunedì – venerdì, ore 14 – 19

EURAC tower

Viale Druso 1 – 39100 Bolzano

0471 055031 – <http://tower.eurac.edu>

La mostra è stata realizzata in collaborazione con le tre ripartizioni culturali della Provincia e resa possibile grazie al supporto della Fondazione Cassa di Risparmio, del Comune di Bolzano e della ditta Frener und Reifer. Si ringraziano inoltre Fotolito Longo, Crushsite.it e Clipart.



Stephan Ortner (EURAC), Angelika Burtscher und Daniele Lupo (Kuratoren von Wissen schaf(f)t Kunst)

Die Nähe zum Volk suchen

Mit der Initiative „Wissen schaf(f)t Kunst“ schlägt die EURAC einen ganz neuen Weg in der Wissenschaftskommunikation ein. Als gleichberechtigte Partner werden Künstler und Wissenschaftler Aktionen zu fachlich komplexen Themen im öffentlichen Raum starten. EURAC-Direktor Stephan Ortner und Kuratorin Angelika Burtscher versprechen sich damit eine ganz neue und kreative Nähe zur Bevölkerung.

Beschäftigt sich die EURAC neuerdings auch mit Kunst?

Ortner: Mit Wissenschaft und Kunst. Allerdings nicht als Forschungsschwerpunkt sondern als neues Stilmittel in der Kommunikation nach außen. Wir führen EURAC Wissenschaftler und junge Künstler zusammen, und lassen sie gemeinsam an der Visualisierung eines Forschungsprojektes arbeiten. Die Ergebnisse dieser eigenwilligen Partnerschaft werden regelmäßig im EURAC tower im Rahmen der Initiative „Wissen schaf(f)t Kunst“ ausgestellt.

Wissenschaftler erzählen den Künstlern von ihrer Arbeit und Künstler setzen die Inhalte in Kunstwerken um?

Burtscher: Ganz so simpel ist es nicht. Bei „Wissen schaf(f)t Kunst“ geht es um weit mehr als reine Auftragskunst. Es gibt ja vereinzelte Forschungsinstitute und Universitäten in Deutschland und Großbritannien, die namhafte Künstler beauftragen zu deren Kernthemen Kunstwerke zu schaffen, die dann im Institut fast schon als eine Art „Kunst am Bau“ ausgestellt werden. Wir verlangen von den Wissenschaftlern und Künstlern weit mehr. Sie sollen in einen kontinuierlichen Dialog treten, einander inspirieren vom ersten Treffen bis zur Aktion im EURAC tower und im öffentlichen Raum.

Verlangen Sie da nicht ein bisschen zu viel von beiden Seiten?

Burtscher: Gerade darin sehe ich die Herausforderung. In zahlreichen Gesprächen mit Kuratoren, die Ähnliches machen, wurde uns immer wieder von einem Symbioseprojekt zwischen Wissenschaftlern und Künstlern abgeraten. Die Ehe zwischen Vertretern beider Gruppen sei eine erzwungene, warnte uns beispielsweise Nicola

Triscott von Arts Catalyst, London. Sie hat vor 12 Jahren als eine der allerersten Aktionen im Spannungsfeld Kunst und Wissenschaft organisiert. Kunstprojekte im Wissenschaftsbereich, glaubt Triscott, würden nur dann funktionieren, wenn den Künstlern zwar die wissenschaftlichen Themen vorgegeben werden, sie dann aber absolut freie Hand bei der Realisierung der Projekte haben. Wissenschaftler würden mit ihrer Pragmatik nur den kreativen Prozess behindern. Das sehen wir im Projekt „Wissen schaf(f)t Kunst“ ganz anders.

Nämlich?

Ortner: Wir verpflichten Wissenschaftler und Künstler eine Kooperation einzugehen. Sie erarbeiten gemeinsam ihre Visualisierung: in regelmäßigen Workshops und in einem eigens für sie eingerichteten Chat-Forum im Internet. Beide Partner müssen sich am Ende mit ihrem gemeinsamen Produkt identifizieren können und die Chance haben, ständig voneinander lernen zu können.

Worum geht es bei der Herbstinitiative von „Wissen schaf(f)t Kunst“?

Ortner: Thema ist das EU Motto Einheit in der Vielfalt, mit Schwerpunkt Minderheiten. Also wie definieren sich Minderheiten in der EU und wie integrieren sie sich in der EU?

Wer wirkt an dem Projekt mit?

Burtscher: Die Wissenschaftler aus dem Bereich Minderheiten und Autonomien und vier Künstler bzw. Künstlergruppen: Poda Bal aus Prag, Iris Hoppe aus Amsterdam, Kristina Leko aus Zagreb und Philipp Messner aus St. Ulrich/München. Voraussetzung an die Künstler zur Teilnahme am Projekt war, dass Sie sich bereits im Vorfeld mit sozialen Fragestellungen auseinandergesetzt hatten.

Gibt es schon erste Workshop-Ergebnisse?

Burtscher: Ich möchte nicht allzu viel vorwegnehmen. Eines der Themen der Ausstellung „Einheit in Vielfalt“ ist die Symbolik. Einer der bislang meistdiskutierten Vorschläge von Seiten der Künstlergruppe Poda Bal war deren Vorschlag für eine Installation an der Drususbrücke. Die überdimensionalen leer stehenden Wannen, so Poda Bal, würden sich als Adlernester eignen. Jetzt müssen wir erst einmal mit den Wissenschaftlern diskutieren, ob so eine Aktion denn überhaupt denkbar sei. Die Ausstellung im Oktober wird zeigen, wofür sich Wissenschaftler und Künstler gemeinsam entschieden haben.

Das Interview führte Sigrid Hechensteiner



Die Plastilinwand

Rudolf Stingel, in Meran geborener und in New York lebender Künstler, gestaltet eine temporäre Installation im EURAC tower. Zu sehen und zu berühren von Juni bis November 2005.



Seit Anfang der 1990er Jahre macht der Künstler Rudolf Stingel mit seinen Installationen von sich reden. Wenn er öffentliche Räume mit Celotex-Platten verkleidet, Tiefgaragen mit farbigen Blumentapeten überzieht oder aber im Grand

Central Terminal in New York einen gemusterten Teppichboden verlegt, fordert er die Vorbeiziehenden immer auch indirekt auf, die Kunstwerke durch eigenes Zutun mitzugestalten. Wenn Passanten in Stingels Installationen einwirken, dann sieht der Künstler darin keinen Vandalenakt, sondern Spuren spontaner Ausdrucksformen. „Sie sind immer auch Zeugnis der unterschiedlichen Temperamente und Mentalitäten der jeweiligen Entstehungsorte“, erklärt er.

Im Rahmen der Ausstellung Voci Stimmene, welche der Geschichte des imposanten EURAC-Gebäudes gewidmet ist, hat Rudolf Stingel eine Wand des Treppenhauses im Turm mit grauen Plastilinplatten verkleidet. In das Plastilin hat er ein Barockmuster eingepreßt, das im direkten Kontrast zu den klaren und einfachen Linien des EURAC-Baus steht. Das Muster ist Zierde und Hemmschwelle in einem. „Mal schauen wie sehr sich die Menschen trauen, die Installation mitzugestalten“, so der Künstler. Das aufwendige Projekt hat Rudolf Stingel mit den beiden Kuratoren Angelika Burtscher und Daniele Lupo realisiert.



Lingue di andata. E ritorno.

Scrittore, poeta, saggista, Carmine Abate racconta la condizione di chi, come lui, è stato costretto ad abbandonare la propria terra per trovare lavoro. Nelle parole, nei ritmi, nelle suggestioni dei suoi romanzi risuonano le lingue delle terre che l'hanno ospitato.

Fino all'età di sei anni sapevo parlare solo l'arbëresh, l'albanese antico, e anzi ero convinto che l'italiano (la lingua che avrei poi imparato a scuola) fosse il napoletano delle canzoni che cantavano i teatranti in piazza, durante i loro spettacoli, e mio padre, ogni mattina, mentre si faceva la barba. A scuola, come quasi tutti gli arbëreshë, ho poi subito una scolarizzazione esclusivamente in lingua e cultura italiana, cioè *litirë*, straniera, mentre a casa e con gli amici, nel vicinato, per le strade del paese continuavo a parlare quella che noi chiamiamo *gjuha e zemëres*, la lingua del cuore. L'altra, la lingua che parlavano i maestri, prima, i professori poi, e infine i datori di lavoro, era *gjuha e bukes*, la lingua del pane: importante, certo, ma non radicata dentro come la lingua arbëresh.

In seguito la mia situazione linguistica si è complicata ma anche, da altri punti di vista, arricchita dal fatto che dal fatto che a sedici anni ho messo

piede per la prima volta in Germania. È qui che ho cominciato a scrivere in italiano delle storie "germanesi" (come vengono chiamati gli emigrati del mio paese, cioè né tedeschi, né arbëreshë, né italiani, ma figure ibride, come la lingua che parlano) e ho cominciato a scriverle per un motivo ben preciso: volevo denunciare l'ingiustizia della costrizione ad emigrare. Costringere qualcuno ad abbandonare la propria terra per andare a vivere altrove era per me la più grande delle ingiustizie. E naturalmente parlavo di situazioni vissute in prima persona: a quattro anni avevo visto partire mio padre per la Francia, con un contratto in tasca da minatore, e l'anno dopo per la Germania, dove è rimasto venticinque anni, prima da solo, poi con mia madre, mentre io facevo la spola tra Amburgo e Carfizzi.

Dopo la laurea, a ventun anni, sono stato costretto anch'io a stabilirmi in Germania per motivi di lavoro, e ho

vissuto in prima persona le difficoltà d'essere diviso tra più mondi, riuscendo però a cogliere anche gli aspetti positivi di questa condizione. Erano gli anni Ottanta e facevo parte della *PoLiKunst*, un'associazione polinazionale, che col tempo avrebbe accolto scrittori e artisti stranieri residenti in Germania di ben 17 nazionalità diverse. Ciò che ci accumulava era la voglia di uscire dai ghetti culturali della nazionalità, cercare nuove strade, aprirci. Da qui, l'esigenza di usare il tedesco come lingua veicolare, per capirci tra di noi, per cominciare a dialogare con i tedeschi, con lo scopo dichiarato di superare i pregiudizi reciproci e gettare le basi per una letteratura multiculturale.

È in tale contesto multiculturale che è nato il mio primo libro di racconti pubblicati in tedesco nel 1984, col titolo di *Den Koffer und weg!* Come narratore ho quindi esordito in Germania, dove ho continuato a pubblicare tutti i miei libri;

La parola arbëresh viene utilizzata per indicare sia i cittadini italiani di origine albanese sia la loro lingua particolare. In Italia vivono oggi circa 100.000 arbëreshë, concentrati soprattutto in una cinquantina di comunità dell'Italia meridionale.

All'interno delle comunità arbëresh, la religione più diffusa rimane la religione cristiana di culto ortodosso.



solo nel 1991 è uscito da Marietti il mio primo romanzo in Italia, ma non credo in un tipico italiano da tipico scrittore italiano.

Del resto, le storie che mi ronzano in testa le sento in una Babele di lingue: l'*arbëresh*, che è la lingua in cui penso e sogno, l'italiano della mia scolarizzazione, il calabrese, il tedesco, il germanese, cioè la lingua ibrida degli emigrati; e poi le parole e i modi di dire dei tanti luoghi in cui ho vissuto. Perciò sono costretto, di storia in storia, a reinventare una mia lingua, stando attento a non perdere la musicalità delle lingue e delle storie che ho dentro. Ad esempio, quando nella *Moto di Scanderbeg* o nella *Festa del ritorno* sono i protagonisti a raccontare, lascio a volte termini arbëreshe, tedeschi, francesi o calabresi, li italianizzo, li contamina, pur di non spezzare il loro flusso ritmico, la loro musica. Del resto, viviamo in società multiculturali in cui le lingue saranno sempre di più il risultato di una contaminazione.

Nel Ballo tondo, oltre alla contaminazione linguistica, ho imboccato anche un'altra strada: ho lasciato in arbëresh non solo singole parole ma intere frasi che mi venivano spontaneamente in questa lingua; cioè ho scritto, per il momento in misura ridotta, contemporaneamente in due lingue diverse. E ho anche inserito delle antiche rapsodie dell'Arberia, inseguendone il ritmo come un topo dietro al pifferaio magico. A me piacciono queste rapsodie che sono poi delle storie tutta polpa, veloci e leggere.

Ne sono stato felicemente condizionato. Perciò quando ho ritoccato *Il ballo tondo* per la nuova edizione che uscirà in autunno negli Oscar Mondadori, sono stato molto attento nelle correzioni a non compromettere il ritmo delle rapsodie.

Devo anche dire – e questo mi è chiaro solo da qualche anno – che lo scrivere in una lingua diversa dalla madrelingua ha anche un vantaggio, soprattutto per chi come me scrive su temi come l'emigrazione, le minoranze: un certo distacco dalla materia trattata, una specie di filtro capace di eliminare le scorie tradizionali più inflazionate: la nostalgia lamentosa, la denuncia scontata. Questa lingua-distanza è per me la chiave per rientrare nei miei luoghi o raccontare i miei personaggi arbëreshe o germanesi, attraversati più o meno consapevolmente dal plurilinguismo e dal muticulturalismo.

Uno di questi luoghi è Hora, il paese arbëresh in cui sono ambientati *Il ballo tondo*, *La moto di Scanderbeg*, *La festa del ritorno* e il nuovo romanzo che sto scrivendo in questo periodo. Hora è un microcosmo in cui si intersecano più culture e più lingue (arbëresh, italiano, tedesco, germanese, calabrese). Di questo luogo che conosco e forse idealizzo oralmente, mi riapproprio attraverso la scrittura *litirë*. E dentro ci trovo i grandi temi della letteratura: l'amore, il mistero, il bene e il male, ecc.

In conclusione, mi pare di poter affermare che il mio viaggio nello spazio della lingua italiana parte da una lingua

lontana, l'*arbëresh*, che mi segna i ritmi, mi evoca le storie, mi accompagna in altre lingue e in un altro viaggio, questa volta reale e altalenante, dal nord al sud, dal sud al nord dell'Europa.

Carmine Abate
carmine.abate@tin.it



Nato nel 1954 a Carfizzi, paese arbëresh – cioè italo-albanese – della Calabria, Carmine Abate è emigrato da giovane ad Amburgo e poi in diverse città del Nord Italia e della Germania. Attualmente vive in Trentino, dove insegna.

Ha esordito in Germania, nel 1984, con il libro di racconti *Den Koffer und weg!* (ed. italiana ampliata, *Il muro dei muri*, 1993). Ha pubblicato, tra l'altro, *Die Germanesi*, ricerca socio-antropologica sull'emigrazione assieme a Meike Behrmann (Campus Verlag, 1984), il libro di poesie *Terre di andata* (Argo, 1996), i romanzi *La moto di Scanderbeg* (Fazi, 1999), *Il ballo tondo* (Fazi, 1991) *Tra due mari* (Oscar Mondadori, 2005) e *La festa del ritorno* (Mondadori, 2004). I suoi lavori, che hanno vinto numerosi premi in Italia e all'estero, sono tradotti in Francia, Germania, Olanda, Portogallo, Kosovo, Albania e sono in corso di traduzione in altri Paesi. Ulteriori informazioni al sito: <http://www.celeste.it/abate>.

Lo scorso febbraio l'EURAC library ha organizzato un incontro con Carmine Abate, che ha letto alcuni brani tratti dal suo ultimo romanzo *Tra due mari - Tra due mondi*.

Neue Mitarbeiter Nuovi collaboratori



Da Marzo **Anna De Marchi** è la nuova segretaria dell'area di ricerca Sviluppo Sostenibile. Laureata in Commercio Estero all'Università Ca' Foscari di Venezia, si è da poco trasferita a Bolzano lasciando la provincia di Padova dove è cresciuta.



Seit Mai hat das Institut für Alpine Umwelt Verstärkung bekommen. **Marc Zebisch** hat im Jahr 2003 an der TU Berlin zum Thema „Modellierung von Landnutzungsänderungen“ promoviert. Er arbeitete bisher am Potsdam-Institut für Klimaforschung. Marc Zebisch wird das Forscherteam im Bereich Fernerkundung und GIS verstärken.



Das Institut für Regionalentwicklung hat im März Zuwachs bekommen. **Lisa Kofink** hat Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern studiert. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen im Bereich regionale Entwicklung und europäische Raumordnung. An der EURAC arbeitet sie am Projekt LEROP.



Sarah Klever kümmert sich am Institut für Regionalentwicklung um das Projekt AlpNaTour. Sie hat in Berlin Landschaftsplanung studiert und arbeitete zunächst als Gestalterin für die 3. Sächsische Landesgartenschau.



Il 20 giugno 2005 **Fabio Marroni** è entrato a far parte dell'Istituto di Medicina Genetica. Dopo aver ottenuto il titolo di dottore di ricerca in oncologia sperimentale e molecolare all'Università di Pisa, Fabio ha lavorato presso l'NHGRI/NIH di Baltimore, MD. Fabio si occuperà di epidemiologia genetica e genetica di popolazioni.

Christian Fuchsberger hat Informatik an der TU-Wien studiert und sich auf den Bereich Künstliche Intelligenz in der Medizin spezialisiert. Am Institut für Genetische Medizin ist er für die Entwicklung neuer Algorithmen zur Verarbeitung und Visualisierung genetisch-medizinischer Daten verantwortlich. Außerdem kümmert er sich um die Datenbank und die Überwachung der Einhaltung der Privacy Richtlinien.



Sandrine Cieri ha conseguito la laurea in lingue a Parigi e il master in traduzione tecnica presso l'Università Stendhal – Grenoble 3. Presso l'Istituto di Comunicazione Specialistica e Plurilinguismo si occupa di terminologia nell'ambito del progetto LexALP.

Ruggero Lamberti ha cominciato la propria attività di ricerca terminologica contrastiva nell'ambito del progetto Terkom presso l'Istituto di Comunicazione Specialistica e Plurilinguismo dopo aver conseguito la laurea in Interpretazione di Conferenza presso l'università S. Pio V di Roma. Ruggero ha anche preso parte al primo corso post-laurea in Tecniche avanzate di traduzione, redazione e documentazione organizzato dall'EURAC nel 2004.



Claudio Zanoni, laureato in matematica a indirizzo applicativo informatico presso la Facoltà di Scienze dell'Università degli Studi di Trento, è responsabile per la ricerca informatica nell'ambito del progetto e-LIS finalizzata alla realizzazione del *Dizionario elettronico di base bilingue Lingua Italiana dei Segni – italiano* presso l'Istituto di Comunicazione Specialistica e Plurilinguismo.



Angewandte Sprachwissenschaften Linguistica Applicata

A fine febbraio 2005 si è svolto a Bari il **V Congresso dell'Associazione Italiana di Linguistica Applicata (AItLA)**, incentrato sui problemi e i fenomeni di mediazione interlinguistica e interculturale. Natascia Ralli, ricercatrice dell'Istituto per la Comunicazione Specialistica e il Plurilinguismo, ha tenuto una relazione dal titolo "Terminologia comparata dei sistemi giuridici: problematiche principali".

Nella splendida cornice di Portico di Romagna si è tenuto a fine aprile il **convegno 'La formazione in terminologia'**. Organizzato dalla Scuola Superiore di Lingue Moderne per Interpreti e Traduttori (SSLMIT) di Forlì e dall'Associazione Italiana per la Terminologia (Ass.It.Term) in collaborazione con l'Associazione Italiana per la Documentazione Avanzata (AIDA), il convegno ha inteso dare il via a una serie di incontri annuali aperti a professori e studiosi di terminologia italiana. Le ricercatrici **Elena Chiochetti**, **Natascia Ralli** e **Isabella Stanizzi** hanno preso parte all'incontro con un intervento dal titolo "Normazione: aspetti giuridici e linguistici", mentre **Isabella Ties** ha presentato BISTRO, il Sistema Informativo per la terminologia giuridica sviluppato dall'istituto.

Der erste Preis im Wettbewerb "Schule macht Zukunft" des deutschen Magazins Focus geht an die Gewerbeoberschule Meran. Preisträger sind die 16 Absolventen der diesjährigen Elektronik-Maturaklasse. Prämiert wurde das Multimedia-Theaterstück „Künstliche Intelligenz – Was ist denkbar?“, das die Schüler im vergangenen Schuljahr, unterstützt

durch das EURAC-Institut für Fachkommunikation und Mehrsprachigkeit, erarbeitet hatten. Am 6. April war das Stück in der EURAC der Focus-Jury vorgeführt worden.

Minderheiten und Autonomien Minoranze e Autonomie

The **first expert meeting of the 'Georgian-Ossetian Dialogue' project**, under the auspices of the London-based International Institute of Strategic Studies, was held in Brdo (near the Slovenian capital of Ljubljana) between 15th and 18th March 2005. The aim of the meeting was an informal exchange of views on a wide range of issues related to the resolution of the Georgian-Ossetian conflict. The South Tyrolean experience may provide one model for progress toward consensus, so there was considerable interest in the presentation given by EURAC's Leonhard Voltmer.

Dall'1 al 6 maggio, nel Karl Brunner Europahaus di Neumarkt (Austria), l'Intendenza Ladina ha organizzato una **settimana di approfondimenti sull'Ue**, in collaborazione con il Movimento Federalista Europeo. I partecipanti di tutti e tre i gruppi linguistici altoatesini, studenti degli Istituti Tecnico Commerciali di Brunico e Bressanone e del Liceo IPC di Ortisei, hanno avuto la possibilità di approfondire diverse tematiche legate all'Unione Europea. **Carolyn Zwilling** e **Leonhard Voltmer**, ricercatori dell'EURAC, hanno tenuto due workshop sulla Costituzione Europea e la protezione delle minoranze nel diritto costituzionale europeo.

Die **Europäische Vereinigung von Minderheitentageszeitungen** (MIDAS) verleiht alljährlich zwei **Journalistenpreise**, die einer ausgewogenen Berichterstattung zu Minderheitenschutz und kulturelle Vielfalt in Europa gewidmet sind. Im Rahmen der diesjährigen Midas Generalversammlung vom 26. – 29. Mai in Bautzen (Deutschland) erhielt Björn Mansson von der schwedischen Tageszeitung „Hufvudstadsbladet“, mit Erscheinungsort Helsinki, den Midas Journalistenpreis. Der zweite von Midas



gestiftete Preis geht an Journalisten der sogenannten Mehrheitspresse. Gian Antonio Stella vom „Corriere della Sera“ bekam den nach Otto von Habsburg benannten Journalistenpreis verliehen. **Gian Antonio Stella (links) und Björn Mansson (rechts)**

Il 27 e 28 maggio si è tenuto a Trento il **convegno annuale del Devolutionclub**, l'associazione di studiosi della *devolution* britannica collegata alla Devolution unit istituita per volontà del governo del Regno Unito. Il convegno, dal titolo "Asimmetria dei diritti, asimmetria delle istituzioni", si è concentrato soprattutto sulle tematiche legate alla differenziazione di istituzioni e di competenze nel sistema britannico. Al convegno hanno partecipato i ricercatori dell'Istituto per lo Studio del

Federalismo e del Regionalismo, che è parte del Devolutionclub. www.devolutionclub.it

Nachhaltige Entwicklung Sviluppo Sostenibile

Ende Februar erfolgte der Startschuss für das **Projekt MONITRAF** im Rahmen eines Workshops zur weiteren Programmplanung. MONITRAF, ein INTERREG IIIB Alpine Space Projekt, unter-



sucht die Auswirkungen des alpinen Straßenverkehrs entlang der vier Transitkorridore Brenner, Fréjus, Gotthard und Mont-Blanc. Ziel ist es, Maßnahmen für eine nachhaltigere Verkehrsstrategie im Alpenraum zu entwickeln. www.monitraf.org

Ende April kamen in Wien die Experten des **Projektes AlpNaTour** zum dritten Mal zusammen. Das EU-geförderte Interreg III B Alpine Space Projekt, an dem das Institut für Regionalentwicklung beteiligt ist, begann im Januar diesen Jahres. Bis Ende 2006 wird das internationale Team bestehend aus sechs Partnern aus Deutschland, Österreich, Slowenien und Italien einen Leitfaden sowie Checklisten entwickeln. Diese sollen die Erstellung von Managementplänen in touristisch und erholungswirtschaftlich beeinflussten Natura-2000-Gebieten erleichtern. www.alpnatour.info

Vom 6.-8. April fand an der EURAC das dritte „**Ad Hoc Expert Meeting**“ der **Karpatenkonvention** statt. Neben legalen und finanziellen Aspekten, wurde über die Abgrenzung des Hoheitsgebiets der Konvention diskutiert. Thomas Streifeneder und Beatrice Eisel (Institut für Regionalentwicklung) stellten dabei ein Konzept für eine einheitliche und alle Karpatenstaaten umfassende Abgrenzung der Konvention vor. Dieses Konzept wurde auch in Zakopane/Polen (Hohe Tatra) im Rahmen des „Carpathian Environment Outlook Experts Workshop“ präsentiert (11.-13. April). Das Institut für Regionalentwicklung arbeitet im Auftrag des United Nations Environment Programm (UNEP).

Il **progetto "NIGIS"** ovvero - L'impatto dell'agricoltura sui corpi idrici in Alto Adige con particolare riguardo alla problematica dei nitrati, svolto su incarico della Ripartizione Agricoltura della Provincia Autonoma di Bolzano, è giunto ormai al termine. Vi hanno attivamente partecipato Roberta Bottarin, Verena Grüner e Marcella Macaluso. Dalle analisi svolte è risultato che i corpi idrici in Alto Adige non presentano gravi problemi, benché si possono rintracciare delle zone a rischio. Esistono cioè porzioni di territorio dove, ad esempio, la

probabilità che i nitrati filtrino attraverso il terreno e raggiungano i corpi idrici è molto forte.

Dal 17 al 19 marzo si sono incontrati a Catania i maggiori esponenti nazionali nel campo della valutazione di programmi d'intervento pubblico per il **congresso nazionale della AIV (Associazione Italiana Valutatori)**. Il tema affrontato quest'anno, "La valutazione come strumento di integrazione delle politiche di sviluppo e di inclusione", ha direttamente coinvolto anche un collaboratore dell'Istituto per l'Ambiente Alpino. **Dominik Holzer** ha partecipato al convegno con un intervento sulla "Valutazione di programmi strutturali europei e il loro impatto ambientale" inserito all'interno del workshop "La valutazione di politiche, programmi e progetti in condizioni d'incertezza". <http://www.valutazioneitaliana.it/catania/programma.php>

Mit März startete unter der wissenschaftlichen Leitung des Institutes „Alpine Umwelt“ das **Projekt DIAMONT**. Am 11. und 12. März fand dazu ein erstes Treffen der acht Partner aus allen Alpenstaaten in Innsbruck statt. Das Projekt wird durch die EU im Rahmen des *Alpine Space Programms* (Interreg IIIb) gefördert und wird in enger Kooperation mit der Alpenkonvention durchgeführt. Das Projekt setzt sich zum Ziel, alpenübergreifendes und vergleichbares Wissen zur Raum-, Wirtschafts-, Sozial- und Naturraumentwicklung zusammen zu stellen und dieses Wissen für Verantwortliche und Bürger aufzubereiten.

„**Alm(wirtschaft) und Natur(schutz)**“ so der Titel der diesjährigen Almtagung in Neustift im Stubaital, bei der es um die Bedeutung der Almwirtschaft ging. Rund 50 Vertreter aus den Bereichen Naturschutz, Landesumweltschutz, Landwirtschaftskammer und Almbauern waren anwesend,

um die Situation und die Perspektiven der Almwirtschaft in Beziehung zum Naturschutz zu überdenken. Erich Tasser, Institut für Alpine Umwelt stellte in seinem Eingangsreferat die Ergebnisse des mehrjährigen Forschungsschwerpunktes an der EURAC vor.

In occasione dell'iniziativa "**I giorni delle rinnovabili 2005 - Impianti aperti ai cittadini**", proclamata dall'ISES Italia su tutto il territorio nazionale, RENERTEC, in collaborazione con l'EURAC, ha organizzato all'inizio di maggio due escursioni. Si è trattato di due visite guidate rispettivamente alle centrali per la produzione di energie alternative e agli edifici alimentati da fonti rinnovabili in Alto Adige. Alexandra Troi dell'EURAC e Mathias Brugger dell'APA hanno accompagnato una cinquantina di partecipanti in una visita agli edifici innovativi presenti sul territorio locale.



A Vicenza, dal 19 al 21 maggio, si è tenuto **SOLAREXPO**, mostra e convegno tecnico-scientifico del settore delle energie rinnovabili più importante in Italia. Nell'ambito di questo vertice **Alexandra Troi** ha contribuito al convegno internazionale "Impianti solari termici di grandi dimensioni e raffrescamento solare" con una relazione sull'innovativo impianto di riscaldamento e raffreddamento dell'EURAC.

Junge Forscher gesucht!

4 Länder - 1 Wettbewerb

Giovani ricercatori cercasi!

4 regioni - 1 concorso

Informationen

www.explora-science.net, siehe „Wettbewerb“

Informazioni

www.explora-science.net, vedi "Concorso"

Management und Unternehmenskultur Management e cultura d'impresa

Josef Bernhart hat am 8. März in Berlin zum Thema **Qualitätsorientierung in Italiens öffentlichem Sektor** referiert. Neben weit über 100 Zuhörern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz war auch der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Göttrik Wewer, anwesend. Auf der Tagung wurde angeregt, den renommierten Speyerer Qualitätswettbewerb, der heuer zum 7.



Mal stattfindet, auch für Italiens öffentliche Verwaltungen und die italienische Schweiz zugänglich zu machen. **Prof. Hermann Hill, Leiter der Tagung, Josef Bernhart und Staatssekretär Göttrik Wewer**

Il 10 giugno 2005 si è tenuta la presentazione ufficiale all'assessore provinciale alla sanità e alle politiche sociali del "**Concetto per l'assistenza ottimale dei malati di Parkinson in Alto Adige**". Il progetto, sviluppato dall'Istituto per il Management Pubblico su incarico dell'Associazione Altoatesina per il Parkinson e malattie affini è stato elaborato in cooperazione con l'Istituto di Medicina Genetica dell'EURAC e ha visto il diretto coinvolgimento di pazienti, parenti e personale medico.

Common Assessment Framework (CAF) steht für ein umfassendes **Qualitätsbewertungssystem von Organisationen im öffentlichen Sektor**. Über 150 Teilnehmer, darunter auch Wissenschaftler vom EURAC-Institut für Public Management haben vom 1.-2. Juni 2005 an diesem Event teilgenommen, um sich gemeinsam über Umsetzungserfahrungen auszutauschen und neueste Entwicklungen zur Qualitätsthematik zu erörtern. Die EURAC hat bereits den Sozialbetrieb Bozen sowie die Landesabteilung Mobilität bei der CAF-Anwendung begleitet.

Am 24. Mai 2005 fand eine Klausur der Landesabteilung Mobilität auf der Haselburg bei Bozen statt. Die Veranstaltung, an der erstmals alle Bediensteten teilnahmen, um gemeinsam ein Leitbild und Marketingideen zu entwickeln, war der offizielle Start des umfassenden **Modernisierungsprojektes „Optima 38“**. Das EURAC-Institut für Public Management unterstützt die Abteilung bei der Selbstbewertung ihrer Leistungsfähigkeit nach dem Europäischen Qualitätsbewertungssystem CAF (**Common Assessment Framework**).

From April 4th - 22nd, the **International MBA in Tourism and Leisure Management** was held in Bolzano in collaboration with the Salzburg Business School, the University of St. Gallen and the Simon Fraser University of Vancouver. The Institute for Management and Tourism organized the three-week program. Alongside internationally recognized scholars like New Zealand's Chris Ryan and Australia's Eric Laws, students had the chance to meet experienced practitioners and experts from the field. www.smbs.at

EURAC education

Am 22. September startet die **vierte Auflage** des in Zusammenarbeit mit der Salzburg Management Business School (SMBS) organisierten **Kompaktlehrgangs Public Management**. In sechs Modulen, die abwechselnd in Bozen und in Salzburg abgehalten werden, werden für Führungskräfte und solche, die es werden wollen, Themen wie das Management komplexer Systeme, das Management öffentlicher Dienste, die politische Steuerung, Personalentwicklung und Mitarbeitermanagement sowie das Informationsmanagement gemeinsam mit Experten aus Österreich, Deutschland, Schweiz und Südtirol vertieft. Informationen: Francesca Gallmetzer - EURAC education, Tel. 0471 055 441, education@eurac.edu.

Was sind zurzeit die „Baustellen“ in der öffentlichen Verwaltung? In welche Richtung gehen die Innovations- und Reformbestrebungen in Ministerien, Ländern und Kommunen in Italien, Österreich und Deutschland? Welche Trends lassen sich in der öffentlichen Verwaltung für die nächsten Jahre erkennen, über die öffentliche Führungskräfte unbedingt Bescheid wissen müssen?

Diesen Fragen geht die diesjährige **internationale Herbsttagung für die öffentliche Verwaltung** nach, die vom 22.-23. September an der EURAC stattfindet. Experten und Expertinnen aus Rom,

IMPRESSUM

Informationen / Informazioni:

Tel. 0471 055031, Fax 0471 055099

Herausgeber / Editore:

EURAC Europäische Akademie Bozen

EURAC Accademia Europea Bolzano

Verantwortliche Direktoren:

Direttori responsabili:

Werner Stuflesser / Stephan Ortner

Erscheinungsweise / Pubblicazione:

vierteljährlich / trimestrale

Redaktion / Redazione:

Sigrid Hechensteiner (Chefredakteurin/
caporedattrice), Stefania Coluccia (Vize-
Chefredakteurin/vice-caporedattrice),

Karin Amor, Valentina Bergonzi, Sara

Boscolo, Stefania Campogianni, Alberto

Cló, Matthew Isom, Antje Messerschmidt,

Marco Polenta, Frieda Raich, Günther

Rautz, Julia Reichert, Stephanie Risse-Lobis,

Uta Schirpke, Gabriel N. Toggenburg,

Alexandra Troi, Carolin Zwilling

Redaktionsanschrift / Redazione:

Drususallee 1 - 39100 Bozen

Tel. 0471 055030 / Fax 0471 055099

Layout: Marco Polenta

(in Zusammenarbeit mit/in collaborazione

con Wolfgang Töchterle)

MITTEILUNG gemäß Art.13 Datenschutzgesetz (GvD 196/2003):

Ihre persönlichen Daten benötigt die Europäische Akademie Bozen zwingend für den Versand des Wissenschaftsmagazins ACADEMIA. Unter Berücksichtigung des GvD 196/03 werden Ihre Daten von unseren beauftragten Mitarbeitern sowie von der beauftragten Druckerei unter der Verantwortung des Dateninhabers, der Europäischen Akademie Bozen, auch elektronisch verarbeitet. Sie können jederzeit die, von den Art. 7ff GvD 196/03 vorgesehenen Rechte wie den Zugang, die Auskunft, die Aktualisierung und die Löschung Ihrer Daten aus unserem Verteiler bei der Pressestelle der Europäischen Akademie veranlassen. Kontaktadresse: press@eurac.edu, Tel. +39 0471 055 033, Fax: +39 0471 055 039.

Informationen / Informazioni:
Bild / Immagini: Annelie Bortolotti

Druck / Stampa: Fotolito Longo

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit

Quellenangabe gestattet.

Opinioni e pareri espressi dai singoli autori

non indicano necessariamente la linea della

redazione.

È consentita la riproduzione - anche di

brani o di parti - purché venga data indica-

zione della fonte.

Das nächste Magazin erscheint im Okt. 2005.

Il prossimo numero uscirà in ott. 2005.

Numero e data della registrazione alla cancelleria del tribunale 19-94 del 5 dicembre 1994.

ISSN 1125-4203

Sie können dieses Magazin kostenlos bei uns beziehen.

Potete ricevere gratuitamente questa rivista.

Redaktionsschluss: 27. Juni 2005.

Chiuso in redazione il 27 giugno 2005.

www.eurac.edu

Per Mausklick in die Welt der Forschung
Con un click nel mondo della ricerca



Erneuerbare Energien

Vorreiter in Sachen Sonnenenergie sind Deutschland und Österreich. Doch auch die südeuropäischen Länder nutzen immer stärker die Kraft der Sonne: als Energielieferant für Gebäudeheizungen und als Kältespender bei der Betreibung von Klimaanlage.

E ancora in FOCUS luglio

► Ambiente Alpino

In che modo il paesaggio si modifica in risposta ai cambiamenti delle condizioni di vita e di lavoro degli uomini che da secoli popolano le montagne? Quali sono i fattori di rischio? E quali quelli che invece garantiscono uno sviluppo sostenibile delle aree montane? Questi i quesiti che approfondiremo nel prossimo Focus di luglio insieme ai collaboratori dell'Istituto per l'Ambiente Alpino dell'EURAC.



ZEPPELIN

trasmissione radiofonica della Sede Rai di Bolzano
dedicata a cultura, scienza e attualità presenta:

ACADEMIA ON AIR

Giovedì, 22 settembre, dalle 14:15 alle 15:30
In diretta dagli studi RAI di Bolzano
sulle frequenze di RadioDue e Rai-Sender Bozen
approfondimenti dei temi trattati
in questo numero di *ACADEMIA*
Conduce Paolo Mazzucato con Stefania Coluccia

München, Wien, Salzburg und Bozen werden ein klares Bild über den Stand der Dinge vermitteln und Praxisbeispiele vorstellen.

On 1st August, the **Dalai Lama** will participate at a **public conference organized by EURAC** on Ethics and the Challenges of the Global Economy. Further speakers are the Italian Senator Giuliano Amato, Lord Meghnad Desai (an Indian-born British MP and Professor at the London School of Economics) and Dr. Hans Georg Wieck (former German ambassador to India, the Soviet Union, Bielorussia, NATO and now President of the German-Indian Society).

The conference starts at 9.30 a.m. at the EURAC Auditorium. Seats must be booked in advance at: www.eurac.edu

EURAC convention center

Als einziges Kongresszentrum Südtirols sind alle Mitarbeiter des Organisationsteams **geprüfte Veranstaltungsprofis** (Certified Meeting Professionals, CMP). Nach Pier Paolo Mariotti und Karin Amor haben auch Ute Duregger und Anna Carnielli die Prüfung im April bestanden und Pier Paolo Mariotti kann sich seit kurzem auch „Certified Meeting Manager“ nennen, ebenfalls ein international anerkannter Titel. All diese Qualifikationen dienen dazu, den Kunden des EURAC Convention Center einen hervorragenden Service und den reibungslosen Ablauf ihrer Veranstaltungen zu garantieren.

Allgemeine - Varie

10 istituti, 120 collaboratori e una rete di contatti che conta più di 100 partner in Europa e oltreoceano: questo lo stato dell'attività di ricerca 2004/2005 presentato durante l'**assemblea annuale dei soci** dell'EURAC, che si è tenuta lunedì 13 giugno. L'Assessore Otto Saurer è intervenuto all'assemblea, esprimendo la sua soddisfazione per il riconoscimento che l'attività di ricerca dell'EURAC trova a livello internazionale. Il fatto che ben il 47% delle ricerche siano finanziate dall'Ue è un'ulteriore conferma dell'alto livello di qualità degli studi e delle ricerche svolte dai vari istituti.



Subscribe to the EURAC newsletter! From the month of May we have started our Newsletter action. Anyone interested in receiving a periodic update on all current and upcoming activities and events at the EURAC can subscribe directly at our internet site: www.eurac.edu. Every two weeks, all subscribers will receive an e-mail listing of all EURAC events, job announcements, courses and scientific articles. All items are directly linked to our home page. The newsletter service is completely free.